Leibniz Online, Nr. 44 (2022)
Zeitschrift der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V.
ISSN 1863-3285

Leibniz Online

Internetzeitschrift
der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V.

Jahrgang 2022 ● Nummer 44

Gerda Haßler: Innovation und kulturelles Gedächtnis. Bericht der Präsidentin zum Leibniz-Tag 2021

Karl-Heinz Bernhardt: Betrachtungen zum 75. Jahrestag der Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin (1. Juli 2021)

Hansjürgen Garstka: Digitalisierung der Gesellschaft. Grenzenloser Fortschritt oder Bedrohung? Festvortrag zum Leibniz-Tag 2021

Wilfried Baumgarten: Von Worten und Wörtern. Mentale Repräsentation aus der Sicht der Sprachmittlung

Rose-Luise Winkler: Anmerkungen zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Satire von Nicolas Boileau *Burleskes Urteil* (1671) und ihrer erstmaligen Übertragung ins Deutsche

Michael Thomas: Nachbetrachtungen und Reflexionen zum Workshop „Streitfall Ostdeutschland – Grenzen einer Transformationserzählung“

LO-Redakteur: *Rolf Hecker* r.hecker@leibnizsozietaet.de

Für die Inhalte der Beiträge sind in erster Linie die AutorInnen verantwortlich, sie geben nicht notwendig die Meinung der Leibniz-Sozietät wieder.

Redaktionsschluss: 12. Januar 2022

Leibniz Online, Nr. 44 (2022)
Zeitschrift der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V.
ISSN 1863-3285

Innovation und kulturelles Gedächtnis

Bericht der Präsidentin zum Leibniz-Tag 2021

Gerda Haßler
Potsdam, MLS

Veröffentlicht: 12. Januar 2022

Abstract
This paper is the President's report at Leibniz Day 2021. The first part recognises the achievements of the Leibniz-Sozietät since Leibniz Day 2020, which are evident in events and publications. This is followed by an account of how the Leibniz-Sozietät took up the challenges of the energy transition and the Covid 19 pandemic and addressed them in its events. The overarching theme of the article is the connection between innovation and cultural memory, which is presented primarily on the basis of the history of the Berlin Academy. Finally, reflections in preparation of the 30th anniversary of the founding of the Leibniz-Sozietät are presented.

Keywords/Schlüsselwörter
innovation, cultural memory, Leibniz, tradition
Innovation, kulturelles Gedächtnis, Leibniz, Tradition

Liebe Mitglieder, Freunde und Gäste der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Das zurückliegende Jahr brachte uns ungewöhnlich viele Innovationen, die nur mit Mühe in unser kulturelles Gedächtnis einzufügen zu sein scheinen. Deshalb habe ich meinen Bericht unter die Überschrift *Innovation und kulturelles Gedächtnis* gestellt. Als kulturelles Gedächtnis gilt heute in der Kulturwissenschaft „die Tradition in uns, […] die über Generationen, in jahrhunderte-, ja teilweise jahrtausendelanger Wiederholung gehärteten Texte, Bilder und Riten, die unser Zeit- und Geschichtsbewusstsein prägen" (Assmann 2006: 70). Neben den zwei Dimensionen unseres persönlichen Gedächtnisses, das einerseits eine neuronale Angelegenheit unseres Gehirns ist und sich andererseits erst in der Interaktion mit anderen aufbaut und entfaltet, gibt es also eine dritte Dimension des Gedächtnisses. Das kulturelle Gedächtnis existiert nicht nur in uns und in anderen sich erinnernden Personen, sondern auch in Texten, Bildern, Handlungen und anderen materiell gegebenen und damit auch erforschbaren Phänomenen (vgl. Assmann 2006: 69–70).

Innovationen scheinen dem kulturellen Gedächtnis zunächst zu widersprechen. Sie sind Traditionsbrüche und Herausforderungen, geprägt von Unsicherheit, Risiko und Komplexität, bis sie in eine Struktur eingefügt sind, bis eine Systematik und Methodik bei der Findung, Entwicklung und Umsetzung des Neuen gefunden ist. Innovationen können also auch zu Bestandteilen des kulturellen Gedächtnisses werden. Umgekehrt kann das kulturelle Gedächtnis auch zu Innovationen führen.

Im Folgenden werde ich die Arbeit in der Leibniz-Sozietät im letzten Jahr als kurzen Zeitraum unseres kulturellen Gedächtnisses resümieren und dabei auch Innovatives

herausstellen. Dann werde ich etwas zum Potential des kulturellen Gedächtnisses unserer Sozietät sagen und zum Schluss daraus einige mögliche Entwicklungslinien ableiten. Ich hoffe natürlich, dass Sie sich darin wiederfinden.

1 Die Sozietät zwischen zwei Leibniz-Tagen

Die Zeit seit dem fast genau vor einem Jahr stattgefundenen Leibniz-Tag zu überblicken, fällt nicht ganz leicht. Vieles, was wir damals als pandemiebedingte Ausnahme ansahen, wiederholt sich nun, doch wenn wir ehrlich sind, unter noch ungewisseren und dramatischeren Bedingungen. Die Pandemie hat uns auch heute noch im Griff und sie hat auch ihre Spuren in der Leibniz-Sozietät hinterlassen. Doch ich will mit dem Positiven beginnen, das trotz und teilweise sogar wegen der schwierigen Bedingungen geleistet wurde.

Wir haben seit November 2020 elf Plenarsitzungen durchgeführt. Die anfangs nur online über Zoom möglichen Veranstaltungen waren gut besucht, sogar besser als Präsenzveranstaltungen. Ab September dieses Jahrs gingen wir dann allmählich wieder zu hybriden Vorträgen bzw. zu reinen Präsenzveranstaltungen über. Die schwierigen äußeren Bedingungen konnten uns also nicht daran hindern, den interdisziplinären wissenschaftlichen Austausch fortzuführen. Es ist bemerkenswert, wie sich auch unsere älteren Kollegen auf die Zoomveranstaltungen einstellten und aktiv mitdiskutierten.

Plenarsitzungen

- *Die Ziele der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Entwicklung bis 2030 und der Rohstoffabbau – ein Gegensatz?* Referent: Carsten Drebenstedt (MLS, Freiberg) am 10. Dezember 2020.
- *Hat der historische Osteuropa-Begriff heute noch Bestand*? Referent: Michael Schippan (MLS, Berlin) am 7. Januar 2021.
- *Interkulturelle Philosophie als globaler Diskurs über die Moderne*. Referent: Johann Schelkshorn (MLS, Wien) am 11. Februar 2021.
- *Probleme und Potentiale im interaktiven Verhältnis von Wissenschaft, Technologie und Innovationen*. Referent: Lutz-Günther Fleischer (MLS). Mit einer Laudatio zum 90 Geburtstag von Hermann Grimmeiss (Gerhard Banse, MLS) und Überreichung der Daniel-Ernst-Jablonski-Medaille am 11. März 2021.
- *Generation Z, E-Learning und Fremdsprachenunterricht*. Referentin: Maria Grozeva, (MLS, Sofia) am 8. April 2021.
- *Zirkulation von Begriffen und Argumenten zwischen Naturwissenschaften und der Sprachwissenschaft*. Referentin: Gerda Haßler (MLS) am 22. April 2021.
- *Die Energiewende 2.0: Im Fokus die Mobilität*. Referenten: Norbert Mertzsch (MLS), Ernst-Peter Jeremias (MLS), Christian Hochfeld (Berlin), Sophia Becker (Potsdam), Klaus-Martin Melzer (Wildau) am 7. Mai 2021.
- *Heinrich Dathe (1910–1991) und die Tiergartenbiologie – Höhepunkt und „Ende einer Ära"?* Referent: Ekkehard Höxtermann (MLS) am 10. Juni 2021.
- *Was ist neu an der neuen Textausgabe „Das Kapital, Band 1" von Karl Marx?* Referent: Thomas Kuczynski (Berlin) 9. September 2021.
- Podiumsdiskussion zum Thema Pandemie: *Wissenschaft – Politik – Medien*. Teilnehmer: Detlev H. Krüger (MLS), Heinrich Niemann, Michael Haller (MLS), Moderation: Lutz-Günther Fleischer (MLS) am 14.10. 2021.
- *Fuzzy Logic – neue methodische und sachliche Ansätze für die Analyse von Musik und anderen Künsten*. Referent: Hanns-Werner Heister (MLS) am 11.11.2021.

Die Jahresgeschäftssitzung, auf der für das Leben in unserer Sozietät wichtige Themen diskutiert wurden, fand am 28. Januar 2021 statt. Am 1. Juli fand eine Veranstaltung zu den Amtseinführungen der Mitglieder des Präsidiums statt, auf der wir auch neue Mitglieder in die Sozietät aufgenommen haben und einen Teil des Leibniz-Tages vorweggenommen haben.

Auch die Klassensitzungen wurden nach einer pandemiebedingten Pause kontinuierlich fortgesetzt.

Klassensitzungen

- Infraroterkundung der Venusatmosphäre mit den Sonden „Venera 15“ und „Venera 16“ – Geschichte, Ergebnisse, Weiterentwicklung. Referenten: Dieter Oertel (Schwielochsee) und Dietrich Spänkuch (MLS) am 8. Juli 2021, NWTW.
- Der Zentralfriedhof Friedrichsfelde – Ruhestätte namhafter Wissenschaftler. Friedhofsrundgang anlässlich des 140. Jahrestages der Eröffnung des ersten Berliner Parkfriedhofs. Referent / Führung: Jürgen Hofmann (MLS), am 8. Juli 2021, SGW.
- Mathematische Modelle von Epidemien. Vortragender: Rainer Schimming (MLS). und Pest, Macht, Geschichte. Die Corona-Pandemie in historischer Perspektive. Vortragender: Karl-Heinz Leven (Erlangen), am 9. September 2021, NWTW.
- Rubén Dario und Mário de Andrade – Überlegungen zu Ästhetik und Identität in den lateinamerikanischen Modernismen. Referent: Hans Fernández (MLS), am 14.10.2021, SGW.
- Past-present-future: Everlasting challenges of geodesy. Referent: Markku Poutanen (MLS), am 14.10.2021, NWTW.
- Klimawandel, Ressourcen und Energieversorgung der Zukunft – Gründe für eine schnellstmögliche Energiewende (ökologisch, sozial, ökonomisch). Referent: Wolfgang Methling (MLS), am 11.11.2021, NWTW.
- Gesellschaftskritik im Spiegel des Theaters der Aufklärung (Frankreich und Spanien). Peter Jehle (MLS), am 11.11.2021, SGW.

Die Arbeitskreise luden zu Veranstaltungen ein, die von ihren Mitgliedern rege besucht wurden, aber auch für Außenstehende interessant waren. Ich finde es zum Beispiel immer wieder bemerkenswert, wie Angehörige des Arbeitskreises Geo-, Montan-, Umwelt-, Weltraum- und Astrowissenschaften über ihre wissenschaftlichen Themen so berichten, dass man als Nichtspezialist etwas davon versteht. Das hat nichts mit populärwissenschaftlicher Aufbereitung zu tun, sondern es ist ein Kommunikationsstil, den wir alle pflegen sollten.

Auch andere Arbeitskreise haben den wissenschaftlichen Austausch weitergeführt und sich auch teilweise aktiv in wissenschaftliche und politische Debatten eingebracht, wie die Veranstaltungen der Arbeitskreise *Gesellschaftsanalyse* und *Europa* zeigen. *Ausgangspunkt* für die Gründung eines multidisziplinär ausgerichteten Arbeitskreises *Europa – Selbstverständnisse und Perspektivenvielfalt* im Juli 2021 war die neue Bedeutung, die die Denktradition um die Sprachfigur „Europa“ als Begriff, Metapher, Projekt unter den Bedingungen heutiger Globalisierungsprozesse nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus gewinnt. Solche Bedingungen sind auch Ausdruck eines gewandelten Verhältnisses zwischen West-, Mittel- und Osteuropa sowie von Gesamteuropa zur übrigen Welt. Einen ersten Arbeitsschwerpunkt bildet deshalb die Geschichte der verschiedenen Europa-Vorstellungen. Herauszuarbeiten sind die unterschiedlichen disziplinären Annäherungen an die Erfindungsgeschichte des Phänomens „Europa“, die von den antiken und neuzeitlichen Gegensatzfeldern von Okzident und Orient bis in die modernen Konflikte zwischen Westen und Osten sowie zwischen Norden und Süden reicht.

Der Arbeitskreis *Pädagogik* führte in Kooperation mit dem *International Network on Cultural Diversity and New Media* eine Tagung „Bildung auf Distanz: (Medien-) Technologie, Politik und Lebenswelten in aktuellen Lernprozessen" durch, auf der Medientechnologie als Mittel und Inhalt der Bildung, Politik als Treiber und Einschränkung der digitalen Bildung, Bildung für digitalisierte Lebenswelten, Zukunft der Bildung und ihrer Institutionen in Zeiten der zunehmenden Digitalisierung diskutiert wurden.

Sehr erfreulich ist, dass ein neuer Arbeitskreis *Energie, Mensch und Zivilisation* unter Leitung der Kollegen Ernst-Peter Jeremias und Norbert Mertzsch gegründet wurde. Ziel des Arbeitskreises ist es, alle Aspekte der Energiebereitstellung und -verwendung unter der Prämisse der Einhaltung der Klimaschutzziele bzw. der notwendigen Klimafolgenanpassung zu erörtern. Dabei sollen neben den naturwissenschaftlichen Grundlagen und den technisch-technologischen Umsetzungen auch die resultierenden ökonomischen, sozialen und politischen Themen und Wechselwirkungen gleichgewichtig einbezogen werden.

Auch die hier nicht genannten Arbeitskreise waren sicher nicht inaktiv, wir benötigen jedoch Informationen über ihre Forschungen, Diskussionen und sonstigen Aktivitäten. Insbesondere in den Arbeitskreisen hat sich die Zusammenarbeit auch mit Wissenschaftlern, die nicht Mitglied der Sozietät sind, bewährt.

Die Jahrestagung 2021 der Leibniz-Sozietät wurde am 2. September zusammen mit der Berliner Medizinischen Gesellschaft und der Campus Berlin-Buch GmbH im Langenbeck-Virchow-Haus zum Thema *Rudolf Virchow & Hermann von Helmholtz: Ihr Wirken in und für Berlin – Impulse für die Gesundheitsstadt Berlin* durchgeführt. Für Vorträge und Diskussionen zum Leben und zum Wirken von Rudolf Virchow und Hermann von Helmholtz hätte sich kein geeigneterer Ort finden können als das geschichtsträchtige Langenbeck-Virchow-Haus in Berlin-Mitte in direkter Nachbarschaft zur Charité und zur Humboldt-Universität. Virchow wurde als Pionier einer modernen, dem Menschen zugewandten medizinischen Wissenschaft gewürdigt, aber zugleich auch als Gesundheitspolitiker mit außergewöhnlichen Leistungen für die Gesundheit der Berliner Bevölkerung und darüber hinaus. Der Briefwechsel Virchows mit seiner Familie und seine Vorträge auf den Deutschen Naturforscherversammlungen waren als Bestandteile des kulturellen Gedächtnisses die Basis für die Würdigung von Virchows Leben von der Schulzeit, über das Studium an der Militärärztlichen Akademie in Berlin, die Revolutionszeit von 1848/49, die Tätigkeit an der Würzburger Universität bis zur Berufung an den Berliner Lehrstuhl für pathologische Anatomie und das dortige Wirken. Zentrale Themen in der Würdigung von Helmholtz' waren sein Bemühen um die Förderung der Wissenschaften, seine Leistungen für die organische Physik sowie sein Beitrag zur Gründung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin und deren Bedeutung sowohl für die industrielle Revolution als auch für die Wissenschaftsentwicklung überhaupt. Das Innovative, das zur Zeit Virchows und von Helmholtz' auf den Weg gebracht wurde, findet heute seine Fortsetzung in Initiativen zur Gesundheitsstadt 2030, mit denen Berlin noch stärker zu einem europäischen Spitzenstandort der Medizin entwickelt werden soll.

Die Tagungsaktivitäten der Leibniz-Sozietät schlagen sich auch in den Publikationen ihrer Mitglieder nieder. Seit dem letzten Leibniztag erschienen 7 Bände der Abhandlungen und 4 Sitzungsberichte.

Abhandlungen

- Band 72: Michael Thomas & Ulrich Busch (Hrsg.): *Streitfall Ostdeutschland – Grenzen einer Transformationserzählung*. Berlin: trafo-Verlag der Wissenschaften 2021, 284 S.
- Band 70: Gerhard Banse: *Technik – Technologie – Technikwissenschaften. Beiträge zur Technikphilosophie*. Berlin: trafo-Verlag der Wissenschaften 2021, 580 S.

- Band 69: Gerhard Banse, Werner Regen und Frieder Sieber (Hrsg.): *Einblicke in Ergebnisse interdisziplinärer Arbeit – Kreative Tätigkeiten im Fokus des LIFI S e.V.*, Berlin: trafo-Verlag der Wissenschaften 2021, 268 S.
- Band 68: Peter Oehme: *Wegmarken – Kaleidoskop der Berliner Pharmakologie und Medizin – Zweimal 30 Jahre Wissenschaft in bewegten Zeiten*. Berlin: trafo-Verlag der Wissenschaften 2021, 128 S.
- Band 67: Peter Brödner und Klaus Fuchs-Kittowski (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit – Soziotechnische Gestaltung der Arbeitswelt im Zeichen von „Digitalisierung" und „Künstlicher Intelligenz"*. Berlin: trafo-Verlag der Wissenschaften 2020, 350 S.
- Band 66: Johann Gross: *Arbeitsalltag in der Berliner Charité – Persönliche Einblicke*. Berlin: trafo-Verlag der Wissenschaften 2021, 325 S.
- Band 64: Bernd Meier (Hrsg.): *Von der allgemeinbildenden Schule in die Arbeitswelt in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche: Rückblicke und Ausblicke*. Berlin: trafo-Verlag der Wissenschaften 2021, 430 S.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften

- Band 144 (2020): *Klimawandel – Anzeichen, Ursachen, Folgen. Kolloquium der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin am 13.2.2020 in der Humboldt-Universität Berlin*, herausgegeben von Gerhard Pfaff, Reinhard O. Greiling & Roland Pail.
- Band 145 (2021): *Von den Mühen der Ebenen und der Berge in den Wissenschaften. Kolloquium zu Ehren von Hans-Otto Dill, Peter Knoll, Hubert Laitko und Dietmar Linke am 10.09.2021*, herausgegeben von Horst Kant & Gerhard Pfaff.
- Band 146 (2021): *Lebenszyklusanalysen. Stationen im Lebenszyklus von Technologien und Aspekte ihrer Bewertung. 9. Symposium des Arbeitskreises „Allgemeine Technologie" der Leibniz-Sozietät in Kooperation mit dem Verein Brandenburgischer Ingenieure und Wirtschaftler und der Professur für Grundschulpädagogik Sachunterricht der Universität Potsdam am 13. November 2020 in Potsdam-Griebnitzsee*, herausgegeben von Gerhard Banse & Norbert Mertzsch.
- Band 147 (2021): *Die Energiewende 2.0. Im Fokus: Die Mobilität. Kolloquium und Expertendiskurs der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften in Kooperation mit dem Verein Brandenburgischer Ingenieure und Wirtschaftler am 07. Mai 2021 als digitale Veranstaltung*, herausgegeben von Ernst-Peter Jeremias & Norbert Mertzsch.

Allen Organisatoren, Referentinnen und Referenten der Tagungen, allen Herausgebern und Autoren der Bände der Abhandlungen und Sitzungsberichte sei herzlicher Dank ausgesprochen. Sie tragen mit ihrer Arbeit wesentlich zur Außenwirksamkeit der Leibniz-Sozietät in einem wichtigen Profilbereich bei.

Unserem langjährigen Partner, Herrn Dr. Wolfgang Weist vom trafo-Verlag, konnten wir in diesem Jahr zu seinem 30jährigen Firmenjubiläum gratulieren. In einem Gespräch von Präsidiumsmitgliedern verständigten wir uns darauf, dass auch die Abhandlungen der Leibniz-Sozietät schrittweise und 3 Jahre nach dem Erscheinen in digitaler Form zur Verfügung stehen sollen.

Neben den noch oder zumindest auch in gedruckter Form vorliegenden Publikationen geben wir auch eine online Zeitschrift heraus, *Leibniz Online*, für die Sie jederzeit und auch unabhängig von Tagungen Publikationsvorschläge einreichen können. Im Jahrgang 2021 sind bisher 2 Ausgaben von Leibniz Online mit 7 Artikeln und 6 Rezensionen erschienen. Das könnte mehr sein.

Wir haben uns im Redaktionskollegium überlegt, weshalb viele Kollegen, die beispielsweise in Plenar- oder Klassensitzungen gesprochen haben, ihre Vorträge nicht zur

Publikation einreichen. Bei den gedruckten Publikationen liegt es auf der Hand, die geringe Reichweite als Grund dafür nehmen. Außerdem machen unsere Publikationen einen recht uneinheitlichen Eindruck: die einen haben ein Literaturverzeichnis, andere nicht; einige haben ausführliche Fußnoten, andere geben am Ende des Artikels die Quellen in nicht alphabetischer Reihenfolge nach dem Auftreten im Text nummeriert an. Einige Ausnahmefälle bestehen sogar überwiegend aus abgedruckten Folien von PowerPoint. Dass das nicht zur Publikation von Texten ermutigt, in die man viel Zeit investiert hat, liegt auf der Hand. Unsere Publikationen konkurrieren mit einflussreichen englischsprachigen online Zeitschriften, die sich zunehmend auch für interdisziplinäre Arbeiten interessieren. Wenn wir nicht einiges an unseren Publikationen ändern, wird es schwer möglich sein, Interessenten für die Publikation und ihre Lektüre zu gewinnen. Als erste Schritte haben wir folgende Neuerungen eingeführt: Alle Publikationen der Leibniz-Sozietät folgen gemeinsamen minimalen Richtlinien für die Autoren, sie werden von zwei Mitgliedern des Redaktionskollegiums gelesen und redaktionell bearbeitet, gegebenenfalls auch von weiteren Personen fachlich begutachtet. Den Autoren werden Hinweise zur abschließenden Bearbeitung ihrer Texte gegeben. Allen Beiträgen werden ein Abstract, möglichst in englische Sprache, und *key words* hinzugefügt. Letztere tragen wir dann auch an der Stelle ein, die es Suchmaschinen erlaubt, die Publikationen zu finden. Damit sind wir natürlich noch weit von Zeitschriften mit Peer Review entfernt, in Anbetracht der Struktur unserer Sozietät erschien uns die Einführung eines solchen Verfahrens nicht angebracht. Wenn wir diese Maßnahmen durchsetzen können, wird sich die Optik der Publikationen und ihrer Sozietät aber entschieden verbessern, deshalb werbe ich heute dafür.

Wie die Herausgabe einer Zeitschrift funktionieren kann, zeigt die noch junge, 2019 gegründete Zeitschrift *Symposium culture@kultur*, die von Kollegin Röseberg und Frau Françoise Knopper vom Institut de Recherche pluridisciplinaire en arts, lettres et langues und die Université Jean Jaurès Toulouse herausgegeben wird. Die Zeitschrift versteht sich als Medium der Vermittlung und des Dialogs zwischen kulturwissenschaftlich arbeitenden und interessierten Forscherinnen und Forschern verschiedener Disziplinen aus Frankreich und Deutschland sowie darüber hinaus. Die Zeitschrift entwickelt sich gut und hat keine Probleme, profilierte und auch jüngere Autoren zu gewinnen.

Nicht zuletzt seien auch die Buchpublikationen erwähnt, die unsere Autoren außerhalb der Reihen unserer Sozietät publiziert haben. Auf der Homepage der Leibniz-Sozietät wurde in den letzten Monaten regelmäßig über diese Publikationen berichtet. In vielen Fachkulturen ist man allerdings von der Publikation von und in Büchern abgekommen und publiziert die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit in Zeitschriften. Auch über solche Publikationen, die genauso für die Leistungen der Mitglieder der Leibniz-Sozietät stehen, wollen wir die Mitglieder unserer Sozietät informieren, z.B. im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht. Eine gute Möglichkeit ist außerdem die Nennung der ORCID-Nummern im Mitgliederverzeichnis, zu deren sehr einfacher Beantragung ich Sie in Kürze auffordern werde.

Innovationen gab es über die Publikationsreihen hinaus auch im gesamten Redaktionskollegium. Kollege Peter Knoll, der es über viele Jahre sehr zuverlässig und kompetent geleitet hat, musste diese Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen aufgeben. Die Betreuung unserer Webseite hat seit Anfang Oktober Herr Kollege Hans-Christoph Hobohm übernommen, der Erfahrungen mit solchen Tätigkeiten hat. Für das Einstellen der Publikationen ist Frau Kollegin Nina Hager, für Leibniz Online Herr Kollege Rolf Hecker verantwortlich. Doch auch unser Webmaster Herr Dr. Andreas Trunschke hat seine Tätigkeit, für die ich ihm sehr herzlich gedankt habe, beendet. Nach einer nicht einfachen Suche konnte ich Herrn Sven Bartsch-Jürgens, der sich professionell mit Internetkommunikation und der Gestaltung

von Websites befasst, als Webmaster gewinnen, er hat seine Tätigkeit aufgenommen und die wichtige Aufgabe der Sicherung der gesamten Website erfolgreich abgeschlossen.

Warum rede ich so viel vom Redaktionskollegium und vom Internet, sind das nicht eher Aufgaben, die im Backstage wahrgenommen werden müssen, und um die sich ein Wissenschaftler gar nicht kümmern sollte? Natürlich sollte es idealerweise so sein, doch wenn etwas funktionieren soll, reicht es eben nicht aus zu sagen, dass *man* es machen muss, wenn man keinen Namen für das unbestimmte Pronomen *man* einsetzen kann. In diesem Sinne bin ich allen dankbar, die bereit sind, Aufgaben in unserer Sozietät zu übernehmen, neben den bereits genannten den Redakteurinnen und Redakteuren Wilfried Baumgarten, Wolf Dietrich Hartung, Peter Jehle und Angela Richter, ebenso wie Kollegen Reiner Creutzburg, der für die Qualität unserer Zoom-Konferenzen sorgt.

Doch noch aus einem anderen Grund erwähne ich den Internetauftritt an prominenter Stelle. Unsere Homepage ist gegenwärtig nicht nur ein wichtiges Mittel der Information für unsere Mitglieder und der Präsentation nach außen, sondern auch ein wichtiger Träger unseres kulturellen Gedächtnisses. Zwar ist die Präsentation der Geschichte unserer Sozietät entschieden verbesserungsbedürftig, es finden sich jedoch zahlreiche Dokumente auf der Homepage, die das Wesen der Leibniz-Sozietät und seine Entwicklung nachvollziehbar machen. Das wird mit der Zuwahl von Mitgliedern jüngerer Generationen und aus anderen Ländern immer wichtiger.

Aus der großen Breite an Themen, die in Veranstaltungen der Leibniz-Sozietät behandelt wurden, möchte ich nicht auswählen, die in der behandelten Fragestellung oder in der Art der Durchführung besonders innovativ waren. Bei allen, die ich aus Zeitgründen heute nicht erwähnen kann, möchte ich mich entschuldigen.

2 Die Leibniz-Sozietät und Herausforderungen unserer Zeit

Die Energiewende 2.0 war Gegenstand mehrerer Veranstaltungen, beginnend mit einem Kolloquium zu Aspekten der „Energiewende in Deutschland: Erneuerbare Energieträger – Eigenschaftsprofile, Probleme und realistische Perspektiven ihrer Nutzung unter den Bedingungen Deutschlands“ im Oktober 2012 und einem Kolloquium zum Thema „Energiespeichertechnologien: Notwendigkeiten, Problemspektren, wissenschaftlich-technische Entwicklungen und Perspektiven“ im Dezember 2013. 2017 folgte ein Kolloquium, auf dem der Entwicklungsstand, die Erfahrungen, Notwendigkeiten, Entwicklungsprobleme und wissenschaftlich-technische Perspektiven der effektiven Wärmenutzung sowie der effizienten Wärmewirtschaft als integriertes, wechselwirkendes Element der Energetik unter den komplexen Bedingungen der evolutionären Energiewende 2.0 in Deutschland diskutiert wurden. 2018 fand eine öffentliche Disputation zu „essentiellen wissenschaftlich-technischen, sozialen und politischen Herausforderungen“ statt, der 2019 eine zweite Disputation folgte, die den Fokus auf die Effektivität und Effizienz legte. 2021 gab es schließlich ein Kolloquium und einen Expertendiskurs zum Thema „Die Energiewende 2.0: im Fokus die Mobilität“ und für 2022 ist erneut ein Projekt beantragt, das die Infrastruktur in den Fokus der Betrachtung nehmen wird.

Diese Folge von Veranstaltungen ist in mehrfacher Hinsicht beispielhaft und innovativ: zum einen thematisch, weil sie mit der Umstellung der Stromversorgung einer hoch entwickelten Industriegesellschaft von Kohle und Atom auf erneuerbare Energien eines der ambitionierten Projekte der Gegenwart behandelt, zum anderen aber auch kooperativ durch die Zusammenarbeit mit dem Verein brandenburgischer Ingenieure und Wirtschaftler. Die Kolloquien und Disputationen zur Energiewende fanden auch über die Leibniz-Sozietät Interesse. Schließlich die Jahre anhaltende Kontinuität ein Indiz für eine forschende Annäherung

an das Thema der Energiewende, die über die reine Aufbereitung zum Zweck einer Präsentation an einem Kolloquium hinausgeht.

Obwohl man mit dem Zitieren von Leibniz' *commune bonum* vorsichtig sein sollte, erscheint es mir für diesen Fall durchaus sehr anwendbar.

Ein weiteres Beispiel für das schnelle und vorausschauende Reagieren auf Ereignisse und Prozesse sind die Veranstaltungen zur Corona-Pandemie. Schon im November 2019 war die Jahrestagung der Leibniz-Sozietät dem Thema „Virusinfektionen – alte und neue Erreger sowie Wege der Impfprophylaxe" gewidmet. Neben weiteren prominenten Gästen waren unser Mitglied Detlev H. Krüger, Senior Professor des Instituts für Virologie der Charité, Christian Drosten, der heutige Direktor dieses Instituts, und Thomas Mertens, der Vorsitzende der Ständigen Impfkommission, unter den Gästen im Schloss Biesdorf. Mit der Disputation zum Thema „Pandemie: Wissenschaft – Politik – Medien" hat die Leibniz-Sozietät dieses anhaltend aktuelle Thema nochmals aufgriffen. An dieser Disputation nahmen Detlev H. Krüger, Heinrich Niemann als Arzt und Gesundheitspolitiker, Michael Haller als Medienwissenschaftler teil.

Das Verhältnis von Wissenschaften, Politik und Medien war in der Pandemie, besonders auf den Höhepunkten ihrer Wellen, konfliktreich und oft schwer verständlich. Auch für den einsichtigen und gebildeten Rezipienten der Medien war es schwer nachvollziehbar, wenn sich Virologen widersprachen, Argumente von Statistikern, Psychologen oder Erziehungswissenschaftlern nicht berücksichtigt oder Berater der Politik plötzlich und mehrfach gewechselt wurden oder ihre Meinungen änderten. Ein weiterer Höhepunkt war der Vortrag von Herrn Professor Dr. Wolf-Dieter Ludwig, dem Vorsitzenden der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft, zum Thema „Medikamentöse Therapie von COVID-19 und Impfstoffe gegen SARS-CoV-2: Erwartungen, aktuelle Ergebnisse und Unsicherheiten".

Natürlich hat die Wissenschaft ihren Job getan, insofern Impfstoffe da sind. Doch wie soll die Politik überzeugte Impfgegner zum Impfen bringen, ohne dass die Gesellschaft noch mehr gespalten wird? Die Zeit der Pandemie und die in ihr getroffenen Maßnahmen haben hohe Anforderungen an die Konfliktfähigkeit und den Willen, eigenes Verhalten umzustellen, der Menschen gestellt. Wer sich nicht umstellen möchte, kann schnell Widerstand leisten. Je komplexer eine Gesellschaft ist, umso gefährlicher und riskanter wird es, die alte Normalität zu verlassen. Diese wahrscheinlich allgemeingültige Aussage trifft auf die Pandemiesituation ebenso zu. Widerstand gegen das Erleben einer tiefen Verunsicherung führte bei einem Teil der Menschen zur Suche nach vereinfachenden Erklärungen, die sie in Verschwörungstheorien fanden. Eine Studie des Instituts für Generationenforschung[1] hat festgestellt, dass Personen, die an einen versteckten Plan hinter der Corona-Pandemie glauben, finanziell deutlich mehr Verluste erlitten haben als andere Personen. Neben den finanziellen Verlusten zeigen die Ergebnisse auch, dass Personen, die einen versteckten Plan hinter der Pandemie vermuten, weniger Positives aus ihr gelernt haben. Ein weiterer Zusammenhang zeigt sich mit einer emotionalen Belastung und Angst.

Das interdisziplinäre Gespräch zu Corona-Pandemie angeregt zu haben, ist ein Verdienst der Kollegen, die an den Veranstaltungen mitwirkten. Alle konnten wir damit jedoch nicht erreichen. Damit meine ich nicht nur die Anzahl der Zuhörer, sondern auch die Tatsache, dass die spaltende Wirkung der Pandemie in unserer Sozietät angekommen ist.

Doch auch in Bezug auf diese Problematik lässt sich auf das kulturelle Gedächtnis hinweisen, das man zum Beispiel in den *Spectators*, in den Moralischen Wochenschriften des 18. Jahrhunderts oder im Artikel *Inoculation* der französischen *Encyclopédie* findet, die sich

[1] https://www.generation-thinking.de/post/der-corona-blues-und-die-angst-vor-neuen-normalität.

ausgehend von England über Europa verbreiteten. In asiatischen Ländern war es seit Jahrhunderten üblich, nicht an Pocken erkrankte Personen durch die Inokulation des Sekrets aus den Pusteln von Pocken-Patienten zu infizieren, worauf sie meistens vergleichsweise leicht erkrankten und für ihr weiteres Leben vor den Pocken geschützt waren. Es gibt Berichte über einzelne Ärzte, die dieses Verfahren bereits im 17. Jahrhundert nach Europa brachten, wo diese Krankheit wütete und vor allem unter kleinen Kindern zahlreiche Opfer fand. Der spätere Dekan der medizinischen Fakultät der Universität Paris Boyer hatte in seiner 1717 in Montpellier verteidigten Dissertation einen mutigen Satz geschrieben: „[...] dass es angebrachter sei, gutartige Pocken künstlich zu erregen, als eine Angelegenheit dieser Konsequenz der Natur zu überlassen in einem Fall, in dem diese zärtliche Mutter [Natur] sich wie eine Stiefmutter zu verhalten schien“:

> [...] qu'il étoit plus à propos d'exciter par art une petite vérole bénigne, que d'abandonner à la nature une affaire de cette conséquence dans un cas où cette tendre mere sembloit se conduire en marâtre („Inoculation“, Diderot/Alembert 1751–1772, 1765: 8, 755)

Der aufklärerische Diskurs um das Impfen wurde durch prominente Stimmen gestärkt. Die britische Gesandtengattin Mary Wortley Montagu lernte dieses Verfahren 1718 in Konstantinopel kennen, ließ ihre Kinder impfen und gewann englische Ärzte dafür, es in England anzuwenden. Es folgten Versuche, zunächst an Gefangenen, danach auch an Kindern, deren Eltern dazu bereit waren, nicht zuletzt an publikationswirksamen Beispielen aus Königshäusern. Der Impferfolg wurde an der Zahl der Überlebenden und Verstorbenen gemessen: „Zwei der Prinzessinnen wurden dann mutig geimpft; und von 182 Personen, die im Laufe dieses Jahres [Erscheinungsjahr 1765] geimpft wurden, starben nur zwei. Von den 897, die bis 1718 geimpft wurden, starben 17, während aus den Totenscheinen hervorging, dass in demselben Zeitraum ein Zwölftel der Gesamtzahl der Toten an natürlichen Pocken gestorben war.“

> Deux des princesses furent alors hardiment inoculées; & de 182 personnes qui le furent dans le courant de cette année, il n'en mourut que deux. De 897 qui le furent jusqu'en 1718, il en mourut 17, tandis qu'il parut par les bills mortuaires que dans ce même espace de tems, la pettite vérole naturelle avoit emporté un douzième du total des morts. („Inoculation“, Diderot/Alembert 1751–1772, 1765: 8, 769)

Einen neuen Weg ging der Landarzt Edward Jenner (1749–1823), der 1796 einen achtjährigen, bisher von den Pocken verschont gebliebenen Jungen mit dem Pustelsekret einer an Kuhpocken erkrankten Magd impfte. Sechs Wochen später inokulierte er dem Knaben Pockensekret, und erwartungsgemäß erkrankte der Knabe nicht. Doch erst nachdem 1870/71 eine Pockenepidemie in Deutschland 125 000 Todesopfer gefordert hatte, wurde am 8. April 1874 das Reichsimpfgesetz erlassen, das bestimmte, dass Kinder sowohl im ersten als auch im zwölften Lebensjahr geimpft werden müssen.

Hatte der aufklärerische Diskurs für das Impfen damit einen späten Erfolg gezeitigt, so hatte sich längst eine ihm entgegenlaufende Diskurstradition etabliert. Immanuel Kant hatte von einer „moralischen Waghälsigkeit“ gesprochen und befürchtet, dass dem Menschen mit den Kuhpocken auch eine „tierische Brutalität“ eingeimpft werde. Nach der Einführung der Impfpflicht wurde der Protest lauter. Es bildeten sich lokale *Impfzwanggegnervereine*, ab 1876 erschien das Periodikum *Der Impfgegner*, und 1908 wurde der „Verein impfgegnerischer Ärzte“ gegründet. Damals war einer der größten Rückschläge noch in lebendiger Erinnerung: Robert Koch hatte versucht, einen Impfstoff gegen Tuberkulose zu entwickeln.

Beim Ziehen von Parallelen zu heutigen Diskursen um das Impfen muss man natürlich von bestimmten Konkreta der Situation und der bestehenden Gefahr abstrahieren, zum Beispiel davon, dass das zoonotische SarsCoV2 nicht verschwinden wird und auch davon, dass

die heutigen Medien die Diskurse beider Seiten nicht nur bestärken und polarisieren, sondern ihre Entwicklung auch akzelerieren. So erscheint bereits heute manches aus unseren Veranstaltungen zur Pandemie im Oktober überholt, während sich diskursive Grundstrukturen halten und sogar über Jahrhunderte zurückverfolgen lassen.

Damit bin ich wieder bei dem Thema Innovation und kulturelles Gedächtnis, das sich jetzt auf die Leibniz-Sozietät beziehen möchte. Worin besteht das kulturelle Gedächtnis der Leibniz-Sozietät, wie weit reicht es zurück, welche Brüche bestehen darin und welche und wie viel Innovation verträgt die Sozietät?

3 Kulturelles Gedächtnis der Leibniz-Sozietät

Es kommt uns durchaus zu, auf die Zeit der Gründung der Akademie durch deren geistigen Vater und ersten Präsidenten der Berliner Sozietät, Gottfried Wilhelm Leibniz, zurück zu blicken. Die vorwiegend naturwissenschaftlich geprägte Überwindung traditioneller Anschauungen, etwa durch Kopernikus, Kepler und Newton, und die Ablösung der theologisch-jenseitigen durch die weltlich-diesseitig bestimmte Weltsicht hatte zur Innovation im System der Forschungsorganisationen geführt, die Akademiegründungen notwendig machte. Andere Länder, wie Italien, Frankreich und England, waren in der Gründung von Akademien früher zum Ziel gelangt. Leibniz hatte diese Entwicklungen rezipiert und mit seinen eigenen Gedanken über einen Zusammenschluss von Gelehrten zur Förderung gemeinsamer Forschungen verknüpft. Er regte die Gründung von Akademien in verschiedenen Ländern an, war aber damit nur in Berlin erfolgreich. Dass die Arbeit der Akademie Theorie und Praxis verbinden sollte, war ein Prinzip, nach dem allerdings mehrere Akademien gegründet wurden. Schaut man sich die Thematiken der akademischen Preisfragen an, die allerdings erst nach dem Tode Leibniz' ab 1744 gestellt wurden, so sind sie vielfach auf die Lösung praktischer Probleme gerichtet, z.B. in der Agrarökonomie, im Bergbau oder der Militärtechnik. Doch Leibniz meinte mit dem Prinzip *theoria cum praxi* und dem *bonum commune* viel mehr, als dass sich Wissenschaftler um die Lösung praktischer Probleme kümmern sollten.

Hans Heinz Holz schreibt im 1996 veröffentlichten Bd. 13 der Sitzungsberichte, dass Leibniz eben nicht nur mit der enzyklopädischen Weite eines europäischen Humanisten zugleich Jurist, Mathematiker, Physiker, Philosoph und vieles andere war, sondern dass er ein System entwickelte, das den vielfältigen und zerstreuten Äußerungen zu Grunde liegt und dem sie ihren inneren Zusammenhang verdanken (Holz 1996: 6–7). Grundlage dieser systematischen Kraft ist seine Einsicht in die *harmonie universelle*, „die universale Harmonie, die das Zusammensein von jedem mit allen in der Welt bewirkt und kraft derer für ihn eben unsere Welt die beste aller möglichen ist" (Holz 1996: 7). Dieser Gedanke ist oft missverstanden worden, man denke an Voltaires Candide, den Vorwurf des „ruchlosen Optimismus" bei Schopenhauer oder Franz Mehrings Bezeichnung von Leibniz als „Fürstenknecht". So simpel war Leibniz' universale Harmonie nicht gemeint, dass er Unzulänglichkeiten und Widersprüche in der Welt, Kriege, die Existenz von hunderten Kleinstaaten, die Unversöhnlichkeit der sich befehdenden christlichen Kirchen übersehen oder verteidigt hätte. Die universale Harmonie ist nicht auf ein Einzelnes bezogen, sondern auf das Ganze der Welt, das nicht nur alles Wirkliche, sondern auch alles Mögliche, das im bestehenden Weltsystem auftreten kann, einschließt. Dieses Ganze schließt eine große Anzahl von Elementen ein, die auf der Basis ihrer Verträglichkeit Verbindungen eingehen können. In der Verwirklichung von Möglichkeiten können verträglichere Kombinationen an die Stelle von reibungsvolleren gesetzt werden (Holz 1996: 8). Die Welt ist für Leibniz also eine Art Organismus, in dem ständig neue Kombinationen entstehen, und in dem jede Veränderung eines Teils durch eine darauf abgestimmte Veränderung aller anderen Teile aufgefangen werden kann und muss. Insofern ist unsere Welt die beste aller möglichen.

Theoria cum praxi heißt im Leibnizschen Sinne nicht nur, dass experimentelle Praxis in der Forschung und Theorie eine Einheit bilden, sondern dieses Motto, das er seiner Akademiegründung ins Wappen geschrieben hat, bedeutet auch Einheit von natürlicher Welt und moralischem gesellschaftlichem Verhalten.

Das *commune bonum* lässt sich als politisch-metaphysische Ausprägung des Leibnizschen Modells auffassen und es wird durch die vernünftige Abstimmung der individuellen Interessen aufeinander hergestellt. Dabei wird die Aufspaltung der Ratio in wissenschaftliche Rationalität und Ethik zunehmend zum Problem, das Leibniz durch die Wiedergewinnung einer Einheit zu lösen versuchte.

Mir scheint es wichtig, *Theoria cum praxi* nicht nur als Etikett zu benutzen, sondern sie im Sinne des kulturellen Gedächtnisses auch mit dem komplexen System Leibniz' zu verbinden.

Doch betrachten wir die weitere Entwicklung seiner Akademie und einige Brüche und Innovationen. Zwar hatten die Wissenschaften und Künste eine Funktion des politischen Repräsentationswillens Friedrichs I. gebildet und auf ihn ist auch die Besonderheit zurückzuführen, dass die Akademie natur- und philosophisch-philologisch-historische Wissenschaften miteinander verknüpfte, doch das Unternehmen war von finanziellen Missständen beeinträchtigt. Während sich Gelehrte aus dem Ausland gern durch die Aufnahme in die Berliner Sozietät internationalen Ruhm erworben hatten, waren in Berlin ihre Wirkungslosigkeit und Schwäche offensichtlich. „Leibniz' Kredit beim König schwand, neue Aufnahmen fanden ohne sein Wissen statt und ohne Rücksicht auf die Qualifikation dieser neuen Leute" (Othmer 1970: 19). Leibniz war selten in Berlin und überließ die Leitung dem Hofprediger Daniel Jablonski. Außerdem gab es Streitigkeiten zwischen Gelehrten und Rivalitäten zwischen Deutschen und Franzosen. Wie Harnack beschreibt, hatte die Akademie keinen Einfluss auf das geistige Leben in Berlin und einige Mitglieder spielten mit dem Gedanken, aus dieser *societas obscurorum virorum* auszutreten (vgl. Harnack 1900: 242–244).

1745 erfolgte die Gründung der *Académie Royale des Sciences et Belles Lettres* unter Friedrich II., der berühmte Gelehrte wie Maupertuis, Euler, Lagrange, Gleditsch, Achard, um nur einige zu nennen, versammelt hatte. Diese gaben der Berliner Akademie Glanz und Ansehen, sie zogen die Blicke der gesamten gelehrten Welt auf dieses wissenschaftliche Zentrum Preußens. Friedrich schätzte aber vor allem französische Gelehrte und verkannte die sich inzwischen entwickelnde deutsche Aufklärung. Immerhin wurden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zahlreiche Preisfragen gestellt, die Personen aus ganz Europa anregten, ihre Überlegungen einzusenden. Die berühmteste ist wohl die für das Jahr 1780 gestellte, aber bis heute aktuelle Frage „Nützt es dem Volke, betrogen zu werden?" (vgl. Krauss 1966, Adler 2007). Doch für viele andere Preisfragen liegen die Preisbewerbungsschriften bis heute im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie und warten darauf, vom materiellen zum kulturellen Gedächtnis erhoben zu werden.

Auch im 19. Jahrhundert gab es Innovationen und Brüche in der Entwicklung der Berliner Akademie, die in dem Maße zu einer gelehrten Gesellschaft wurde, wie die Forschung an den Universitäten und dann vor allem seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert an außeruniversitären Instituten eine Heimstatt fand. Die im 19. Jahrhundert begonnene umfassende Etablierung der außeruniversitären Forschung in Instituten der Länder und des Reiches, die durch Wirtschaftsunternehmen und durch spezielle Vereinigungen wie die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft unterstützt wurde, setzte sich im 20. Jahrhundert voll durch (vgl. Grau 1995: 6–7). 1919 war die Akademie an der Gründung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, der späteren Deutschen Forschungsgemeinschaft, beteiligt.

Die Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft führte zum Ausscheiden der jüdischen Mitarbeiter und Mitglieder, zur politischen Beeinflussung der Zuwahlen und zu innerakademischen Umgestaltungen. Mit dem Statut von 1939 wurde die Akademie verstärkt in

die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik eingeordnet und nach dem Führerprinzip geleitet. Die wöchentlichen Sitzungsberichte wurden eingestellt, die Abhandlungen jedoch bis 1944 fortgeführt.

Im März 1945 fand die letzte offizielle Zusammenkunft von Akademiemitgliedern vor dem Kriegsende statt. Mitglieder der Akademie aus dem Berliner Raum hatten schon ab Juni 1945 Zusammenkünfte durchgeführt, sich Ende des Jahres im Sinne einer „Selbstentnazifizierung" von 12 faschistisch schwer belasteten Mitgliedern getrennt, und ein Präsidium mit dem Altphilologen Johannes Stroux (1896–1954) als Präsidenten gewählt, der zu diesem Zeitpunkt bereits als erster Rektor der wieder eröffneten Berliner Universität amtierte. Am 1. Juli 1946, genau am 300. Geburtstag von Leibniz, erging der Befehl 187 der sowjetischen Militäradministration zur Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften.

Auf unserer Festveranstaltung zur Amtseinführung des neuen Präsidiums und der Vorstellung der zugewählten neuen Mitglieder am 1. Juli dieses Jahres wurde an dieses Ereignis erinnert. Die 1972 in Akademie der Wissenschaften der DDR umbenannte Einrichtung hatte 1989 etwa 400 Ordentliche, Auswärtige und Korrespondierende Mitglieder; es bestanden elf Klassen, sieben aus den Forschungsbereichen hervorgegangene Wissenschaftsgebiete mit 57 Forschungseinrichtungen in Berlin und anderen Städten der DDR sowie fünf weitere wissenschaftliche Einrichtungen – darunter die Bibliothek und das Archiv – mit insgesamt etwa 25.000 wissenschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, medizinischen, administrativen und handwerklichen Mitarbeitern in Verwaltung, Instituten, Laboratorien, Kliniken und Werkstätten.

1990 regelte der Einigungsvertrag die Trennung der „Akademie der Wissenschaften der DDR als Gelehrtensozietät von den Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen" (Einigungsvertrag 1990: 15. Artikel 38 (2)). Mit einem in der Berliner Akademiegeschichte beispiellosen staatlichen Willkürakt teilte der Senator für Wissenschaft und Forschung im Juni 1992 den Mitgliedern der Akademie mit, dass ihre Mitgliedschaft mit der Beendigung der früheren Gelehrtengesellschaft erloschen und eine Überführung der Mitglieder in die neu konstituierte Berlin-Brandenburgische Akademie nicht vorgesehen sei.

In den Publikationen der Leibniz-Sozietät gibt es nicht wenige Texte, die diesen Akt der Kulturbarbarei und die Reaktionen darauf reflektieren. Mir erscheint es wichtig, an diese Bestandteile des kulturellen Gedächtnisses unserer Sozietät zu erinnern, zumal die Mehrzahl unserer Mitglieder nicht mehr zur Gründungsgeneration gehört.

2023 wird sich die Gründung der Leibniz-Sozietät als eingetragener Verein, der sich durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Zuwendungen finanziert, zum 30. Mal jähren. Das sollte uns Anlass sein, nicht nur an die mutige Tat der Gründung zu erinnern, sondern insbesondere die Entwicklung unserer Sozietät in den letzten 30 Jahren zu reflektieren. Im Mittelpunkt sollte dabei stehen, wie sich die Gegenstände, Methoden und Kontexte der Forschung entwickelt haben.

Dabei wird viel Positives, aber auch Negatives festzustellen sein, eine neue Ordnung der Elemente im Leibnizschen Sinne. Zum Beispiel ist unser Verständnis von Empirie durch Big Data ein ganz anderes geworden. Vor 30 Jahren hätten wir das Replikationsproblem, das heute einige Naturwissenschaften, die Psychologie, die Soziologie und die Sprachwissenschaften bewegt, gar nicht verstanden.

Wir sollten auch versuchen, auf die Frage zu antworten, inwiefern die Leibniz-Sozietät zu den Ergebnissen unserer Arbeit und unserer Forschungen beigetragen hat. Für viele von uns bildet sie seit Jahren den wichtigsten institutionellen Rahmen, sie schafft Bedingungen für die Forschung und hat – wenn auch sehr bescheidene – Fördermöglichkeiten.

Was heißt interdisziplinäres oder transdisziplinäres Arbeiten für uns? Ist es überhaupt noch zeitgemäß in den Grenzen von Disziplinen zu denken? Bewegen wir uns auf einer

Metaebene, die uns vom Gegenstand der Forschung entfernt? All das sind Fragen, die sich der einzelne vielleicht schon gestellt hat und die wir auch diskutieren sollten. Ist das, was wir vortragen, nicht einfach populärwissenschaftlich und wenn es das nicht ist, findet es dann noch Interesse in der Sozietät? Von Mitgliedern unserer Sozietät wird Spitzenforschung betrieben, dies schlägt sich jedoch nicht immer in der Arbeit der Sozietät nieder. Ich betrachte es als ein wichtiges Anliegen, die Aktivitäten dieser Wissenschaftler für uns nutzbar zu machen. Wenn es dabei um Vorträge geht, stellt sich natürlich das Vermittlungsproblem, das zwei Seiten hat: zum einen das Verständnisproblem, das die Vortragenden vor die Aufgabe stellt, auf den geringeren Wissensstand der Zuhörer Rücksicht zu nehmen, zum anderen und wahrscheinlich noch in größerem Maße die Akzeptanz für bestimmte Themen und ihre Relevanz für die Zuhörer. Die Entwicklung der Zuhörerzahlen bei wirklich sehr guten Vorträgen wirft die Frage auf, wie wir mit diesen beiden Seiten des Vermittlungsproblems umgehen sollen.

Wie haben sich die Darstellungsformen gewandelt? War vor 30 Jahren das Buch noch das wichtigste Medium der Vorstellung von Forschungsergebnissen; so ist das heute in vielen Fächern bei weitem nicht mehr der Fall. Konventionelle Publikationen werden nur noch sehr selektiv gelesen. Für viele von uns ist die Publikation englischsprachiger Artikel in online Zeitschriften mit Peer Review inzwischen obligatorisch, zumindest wenn wir unsere Forschungen als kompetitiv verstehen, aber auch, wenn wir gelesen werden wollen. Diese Entwicklung ist – zumindest in den Fächern, die ich überblicke – nicht ohne Einfluss auf die Forschungsgegenstände, die Methoden und die Art der Darstellung geblieben.

Und schließlich die Frage, auf die ich heute aus meiner Sicht eigentlich schon eine kleine Antwort gegeben habe: Ist Leibniz für uns nur der Namensgeber oder doch mehr? In den neunziger Jahren gab es noch viele und sehr gute Publikationen zu Leibniz in unserer Sozietät. Die Angehörigen der Gründergeneration beschäftigten sich also mit ihm und luden auch Wissenschaftler von außerhalb der Leibniz-Sozietät zu anregenden Diskussionen ein. Mit Ausnahme des Hefts der Sitzungsberichte, das pflichtgemäß anlässlich des 300. Todestages von Leibniz 2016 erschienen ist, ließ diese Beschäftigung jedoch nach. Auf Anregung von Kollegen Klenner möchte ich bis 2023 gemeinsam mit Kollegen Schippan eine Edition der Texte der ersten Generation der Leibniz Sozietät zu Leibniz vorbereiten, diese aber mit einer wissenschaftshistorischen Einordnung versehen. Warum, mit welchen Zielstellungen wurden bestimmte Themen im Zusammenhang mit Leibniz behandelt? Wie stehen diese Texte im Zusammenhang mit der Leibniz-Forschung in der DDR und im Kontext der heutigen Forschung? Gibt es Auslassungen, Tendenzen und Konvergenzen?

Mit der Beschäftigung mit der 30-jährigen Geschichte der Leibniz-Sozietät können wir unser kulturelles Gedächtnis lebendig machen und es für Innovationen in der Zukunft nutzen.

Bibliographie

Adler, Hans (Hrsg.) (2007): *Nützt es dem Volke, betrogen zu werden? Est-il utile au Peuple d'etre trompe? Die Preisfrage der Preußischen Akademie für 1780*. Stuttgart: Frommann-Holzboog Verlag.

Assmann, Jan (2006): *Thomas Mann und Ägypten. Mythos und Monotheismus in den Josephsromanen*. München: C.H. Beck.

Diderot, Denis/Alembert, Jean Baptiste le Rond d' (1751–1772): *Encyclopédie ou Dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers, par une Société de Gens de lettres*. Paris: Briasson, David, Le Breton, Durand.

Einigungsvertrag (1990): *Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands* (Einigungsvertrag). In Kraft gem. Bek. v. 16.10.1990 II 1360 mWv 29.9.1990. https://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/EinigVtr.pdf.

Grau, Conrad (1995): „Gelehrtengesellschaft und Forschungsgemeinschaft. Zur Organisationsgeschichte der Akademien der Wissenschaften in Deutschland im 20. Jahrhundert". *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 3, 5–38.

Harnack, Adolf von (1900): *Geschichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, im Auftrage der Akademie bearbeitet.* Berlin: Reichdruckerei, Bd. 1.

Holz, Hans-Heinz (1996): „Leibniz und das commune bonum. Festvortrag". *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 13, 5–25.

Klenner, Hermann (2004): *Recht und Unrecht*. Bielefeld: transcript Verlag.

Krauss, Werner (Hrsg.) (1966): *Est-il utile de tromper le peuple? Ist der Volksbetrug von Nutzen? Concours de la classe de philosophie speculative de l'Academie des sciences et des belles-lettres de Berlin pour l'annee 1780*. Eingeleitet und hrsg. von Werner Krauss. Berlin: Akademie-Verlag.

Othmer, Sieglinde C. (1970): *Berlin und die Verbreitung des Naturrechts in Europa. Kultur- und sozialgeschichtliche Studien zu Jean Barbeyracs Pufendorf-Übersetzungen und eine Analyse seiner Leserschaft*. Berlin: Walter de Gruyter.

E-Mail-Adresse der Verfasserin: g.hassler@leibnizsozietaet.de

Leibniz Online, Nr. 44 (2022)
Zeitschrift der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V.
ISSN 1863-3285

Betrachtungen zum 75. Jahrestag der Eröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin (1. Juli 2021)

Karl-Heinz Bernhardt
Berlin, MLS

Veröffentlicht: 12. Januar 2022

Abstract
In this article, the author recalls the opening of the German Academy of Sciences with its seat in Berlin on the basis of Order No. 187 of the Soviet Military Administration in Germany (SMAD), 75 years ago to the day, which was also the 300th birthday of G. F. W. Leibniz. This opening contrasts with the procedure in July 1992, in which the members of the Academy of Sciences were informed that their membership had lapsed with the termination of the former Society of Scholars and that there were no plans for a transfer to the newly constituted Berlin-Brandenburg Academy.

Keywords/Schlüsselwörter
German Academy of Sciences, Society of Scholars, history
Deutsche Akademie der Wissenschaften, Gelehrtengesellschaft, Geschichte

Auf den Tag genau vor 75 Jahren, zugleich dem 300. Geburtstag von G. F. W. Leibniz, wurde mit dem Befehl Nr. 187 der sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Deutsche Akademie der Wissenschaften mit Sitz in Berlin eröffnet. Dies erfolgte entsprechend einem Gesuch des Chefs der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, Paul Wandel, und des Präsidenten der ehemaligen Preußischen Akademie der Wissenschaften, Johannes Stroux, auf der Grundlage dieser Akademie, insbesondere ihres Mitgliederbestandes.

Mitglieder der genannten Akademie aus dem Berliner Raum hatten schon ab Juni 1945 Zusammenkünfte durchgeführt, sich Ende des Jahres im Sinne einer „Selbstentnazifizierung" von 12 faschistisch schwer belasteten Mitgliedern getrennt, am 6. Juni 1946 eine „außerordentliche Gesamtsitzung" veranstaltet und am 21. 6. des gleichen Jahres ein Präsidium mit dem Altphilologen Johannes Stroux (1896–1954, seit 1937 Ordentliches Mitglied) als Präsidenten gewählt, der zu diesem Zeitpunkt seit dem 29. Januar 1946 bereits als erster Rektor der wieder eröffneten Berliner Universität amtierte (Hartkopf 1975: 160–167 bzw. Klein 1985: 74–75).

Die Eröffnung nicht einer Preußische Akademie der Wissenschaften, sondern einer neuen, eben der Deutschen Akademie der Wissenschaften auf der Basis einer bereits existierenden Akademie entsprach andererseits wohl ganz den Intentionen von J. Stroux, der auf einer Beratung am 19. Juni 1945 auf „Einwürfe der städtischen Sachbearbeiter, dass nicht sicher sei, ob die Akademie überhaupt noch bestehe, und nicht vielmehr neu begründet werden müsse", entgegnet hatte, die Akademie sei eine Körperschaft, bestehe weiter, und im Übrigen mit dem Hinweis konterte, „dass die Russische Regierung im [Jahr] 1917 an der alten zaristischen Akademie keinerlei Änderungen vorgenommen habe". (Archiv BBAW, vgl. auch Karl-Heinz und Hannelore Bernhardt 2006.)

Der Chef der SMAD, Vasilij Danilovič Sokolovskij (1897–1968), wiederum handelte ganz im Sinne seines obersten Kriegsherrn, der in seinem vielzitierten Befehl Nr. 55 vom 23. Februar 1942 erklärt hatte, dass der Krieg „sehr wahrscheinlich zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen" werde, es aber lächerlich wäre, „die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt." (Stalin 1945: 35/36.) In diesem Sinne durfte auch eine Wissenschaftsakademie in selbstbestimmtem Wandel ihre Fortsetzung finden.

Max Planck (1848–1947), prominentes Mitglied der vormaligen Preußischen Akademie der Wissenschaften und seit 1912 deren Beständiger Sekretar; sandte der Deutschen Akademie der Wissenschaften nach seiner Rückkehr aus England „wärmste Wünsche für Gedeihen"; sein Glückwunschtelegramm vom 2. August 1946 gilt als letzte Kontaktaufnahme Plancks mit der Akademie vor seinem Ableben am 4. Oktober 1947.

Einer völlig andersartigen Konstellation als im Jahre 1946 sah sich die Akademie – seit 1972 Akademie der Wissenschaften der DDR (vgl. Scheler 2000) – nach dem Beitritt der DDR zur BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes im Jahre 1990 gegenüber. Die neuen Machthaber, weit davon entfernt, der Gelehrtengesellschaft die Möglichkeit weiterer Veränderungen aus innerem Antrieb einzuräumen, nahmen Kurs auf ihre Liquidierung einschließlich ihrer Sach- und Vermögenswerte, und leugneten selbst die legitime Herkunft der Deutschen Akademie der Wissenschaften/Akademie der Wissenschaften der DDR aus ihren Vorgängern (zuletzt der Preußischen Akademie der Wissenschaften). Wegen weiterer Einzelheiten sei auf die ausführliche Dokumentation von Klinkmann/Wöltge 1999 und weitere Quellen, z. B. Wöltge 2014 verwiesen. Letzter Präsident der AdW der DDR war von 1990–1992 Horst Klinkmann, in dieses Amt erstmals in der Geschichte der Berliner Wissenschaftsakademien nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von den Angestellten der Akademie gewählt.

Beginnend im Juli 1992, teilte Senator Manfred Erhardt, Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, den Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften mit, dass ihre Mitgliedschaft „mit der Beendigung der früheren Gelehrtengesellschaft erloschen" und eine Überführung der annähernd 400 Mitglieder in die neu konstituierte Berlin-Brandenburgische Akademie nicht vorgesehen sei (vgl. Klinkmann/Wöltge 1999, Dokumente 41 ff., 163 ff., auch Bernhardt 2020).

Nach diesem in der Berliner Akademiegeschichte beispiellosen staatlichen Willkürakt, der vermutlich auch in der europäischen Kulturgeschichte nur wenige Parallelen finden dürfte, konnte nur persönliche Initiative eine Fortschreibung akademischer Tradition in Berlin gewährleisten: Mitglieder der für beendet erklärten Gelehrtengesellschaft gründeten 1993 die Leibniz-Sozietät, die als eingetragener Verein durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Zuwendungen unterhalten wird (seit 2017 Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin).

Bis Ende des Gründungsjahres 1993 waren der Sozietät bereits ca. 100 Mitglieder der AdW der DDR beigetreten (Klinkmann/Wöltge a.a.O., 277 ff.), und ein Jahr danach begannen die akademietypischen alljährlichen geheimen Zuwahlen.

In seiner Rede zum Leibniz-Tag am 1. Juli 1993 konnte Samuel Mitja Rapoport (1912–2004), der erste Präsident der Leibniz-Sozietät, feststellen: „Wir sind zurückgekehrt zur Gelehrtengesellschaft als freiem Zusammenschluss von unabhängigen, vielseitig interessierten und wissenschaftlich ertragreichen Forschern, frei von einengenden Patronaten durch Landesherrscher, ohne Verbeamtung und verkrustete Strukturen." (Rapoport 1994: 5).

Am Tag der Festveranstaltung zur Amtseinführung des neuen Präsidiums und der Vorstellung der zugewählten neuen Mitglieder am Leibniztag des Jahres 2021 sollten wir uns unserer Geschichte und darin der Bedeutung des vor 75 Jahren erlassenen historischen SMAD-Befehls 187 bewusst sein!

Bibliographie

Archiv der BBAW, Bestand Preußische Akademie der Wissenschaften, 1812–1945, II-1, 14, Bl. 16.

Bernhardt, Karl-Heinz (2020): „Alexander von Humboldts Wirken für die Klimatologie aus heutiger Sicht". *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften* 143, 63–81.

Bernhardt, Karl-Heinz, zusammen mit Bernhardt, Hannelore (2006): „Parochial. Beiläufige Gedanken auf dem Weg ins Neue Stadthaus". *Leibniz Intern*, Nr. 32, 13–14.

Grau, Conrad u.a. (1996): *Die Berliner Akademie in den Jahren 1945 bis 1950. Kolloquium der Leibniz-Sozietät. = Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 15, 5–181.

Hartkopf, Werner (1975): *Die Akademie der Wissenschaften der DDR*. Berlin: Akademie-Verlag.

Klein, Helmut (Hrsg.) (1985): *Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumente 1810–1985*. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften.

Klinkmann, Horst/Wöltge, Herbert (Hrsg.) (1999): *1992 – Das verdrängte Jahr*. Berlin: trafo Verlag, 290.

Leibniz-Sozietät (Hrsg.) *Die Berliner Akademie in den Jahren 1945 bis 1950. Kolloquium der Leibniz-Sozietät. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 15, Heft 7/8, 5–181.

Rapoport, Samuel Mitja (1994): „Rede zum Leibniz-Tag 1993". *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät*, Heft 1/2, 5–6.

Scheler, Werner (2000): *Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR*. Berlin: Karl Dietz Verlag.

Stalin, Josef (1945): *Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion*. Berlin: Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland.

Wöltge, Herbert (2014): „Die Unausrottbaren? Anmerkungen und Notizen zur Gründung der Leibniz-Sozietät". *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 118, 149–177.

E-Mail-Adresse des Verfassers: ha.kh.bernhardt@gmx.de

Leibniz Online, Nr. 44 (2022)
Zeitschrift der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V.
ISSN 1863-3285

Digitalisierung der Gesellschaft. Grenzenloser Fortschritt oder Bedrohung?

Festvortrag zum Leibniz-Tag 2021

Hansjürgen Garstka
Berlin, MLS

Veröffentlicht: 12. Januar 2022

Abstract
The term *digitalisation* is currently on everyone's lips. Its use is seen as a solution of a multitude of problems in our society. However, the "other side of data processing" (Wilhelm Steinmüller) has also been a highly political topic. After examining the concept of "digitalisation" and individual stages in the development of the use of digital information technology, it is shown that these have always been marked by discussions about the fundamental rights, beginning with the first computers, which were initially only used for difficult arithmetic operations, to the current state of global networking and the development of global networking and the development of intelligent systems. This leads to overarching social questions that need to be asked at the moment and also discussed against the background of fundamental principles of the social order. Finally: Does the progress of digitalisation lead to the to the power of the human being by automata and thus to a world of unfreedom? (Stephen Hawking: "A new form of life that surpasses man") or to a "collective celebration" on the way to a higher knowledge of the world (Pierre Teilhard de Chardin)?

Keywords/Schlüsselwörter
digitalisation, fundamental right, data
Digitalisierung, Grundrecht, Daten

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich für die Ehre bedanken, als neues Mitglied der Leibniz Sozietät sogleich den Festvortrag auf dem Leibniz-Tag 2021 halten zu dürfen.

Mein Thema ist hochaktuell: Das Wort „Digitalisierung" ist derzeit in aller Munde. In der Digitalisierung wird die Lösung nahezu aller Probleme der verschiedensten Lebensbereiche gesehen. So spielt die Digitalisierungspolitik im aktuellen Koalitionsvertrag eine bedeutende Rolle: Zwar wird, wie vielfach gefordert, kein eigenes Digitalministerium mit übergreifenden Vollmachten geschaffen. Die politische Bedeutung der Digitalisierung wird jedoch mehrfach hervorgehoben. Gleichzeitig gibt es aber auch eine Vielzahl von Stimmen, die sich kritisch mit dieser Entwicklung auseinandersetzen. Die „Kehrseite der Datenverarbeitung", wie es schon Wilhelm Steinmüller, einer der Urväter des Datenschutzes in Deutschland, im Duktus der 1970er Jahre formulierte, müsse bei der Automatisierung stets mitbedacht und auf sie muss angemessen reagiert werden bis hin zum Verbot bestimmter Verfahren und Strukturen.

Ich möchte im Folgenden diese Ambivalenz betrachten, und zwar ausgehend vom Begriff der Digitalisierung selbst. Dann werde ich mich entlang der Entwicklung der Datenverarbeitung mit einigen herausgegriffenen Lebensbereichen beschäftigen, um schließlich

verallgemeinernd nach übergreifenden Prinzipien des Verhältnisses von Nutzen und Gefahren der Digitalisierung zu suchen.

Der Begriff der Digitalisierung stammt, wie fast Alles in der Computerwelt, aus dem Amerikanischen. Während man in Deutschland noch kaum über den Einsatz der neuen elektronischen Rechenmaschinen nachdachte, gab es Anfang der 1950er Jahre dort bereits das Wort „Digitization": die Umwandlung von Informationen in Ziffern, „digits", um die Verarbeitung von Daten in Computern zu ermöglichen. Dabei ging es um die Umwandlung von in dezimalen Ziffern dargestellten Zahlen in einen binären Code. Die Antagonisten der Computerentwicklung hatten festgestellt, dass das Rechnen im dualen System erheblich einfacher auf Maschinen übertragbar ist als das Rechnen im Dezimalsystem.

Sie griffen dabei zurück auf ein Zahlensystem, das Gottfried Wilhelm Leibniz Ende des 17. Jahrhunderts entwickelt hatte: das Binärkalkül. Er führte die Zahlen des Dezimalsystems auf zwei Zustände zurück, 0 und eins, und entwickelte daraus zahlentheoretische Ideen, die er sogar bei seiner Aufnahme in die Französische Akademie der Wissenschaften vorlegte. Aber erst der irische Mathematiker George Boole entwickelte daraus nicht nur Rechenmethoden, sondern eine Weltsicht: Das gesamte Universum sei als Aufeinanderfolge von Null und Eins darstellbar.

Aber trotz dieses wichtigen Schritts zur Computerisierung ist ein vorgelagerter Vorgang von Bedeutung: Um mit einer Maschine berechenbar zu sein, bedarf es einer diskreten Repräsentation nicht nur jedes Gegenstands, jedes Vorgangs, jedes Begriffs, ja jeder identifizierbaren Entität. Digitalisierung bedeutet die Darstellung der Welt als Zahl: Pythagoras mit seinem „Alles ist Zahl" lässt grüßen. Anders ausgedrückt: Nummerierung ist die Voraussetzung des Einsatzes von Computern.

Dieser enge Begriff der Digitalisierung hat im Laufe der Zeit jedoch eine Ausweitung erfahren, wiederum aus dem Amerikanischen kommend: Aus Digitization wurde Digitilization. Das kennzeichnet allgemein die Überführung, wie man es zunehmend nannte, von analogen Prozessen in digital dargestellte. Der deutsche Sprachgebrauch folgte: Digitalisierung ersetzte auch in diesem Sinne den bisher gebräuchlichen Begriff der Automatisierung – siehe Steinmüller.

Darüber hinaus wird der Begriff Digitalisierung heute noch allgemeiner verwendet, nämlich als die Umwandlung der Gesellschaft in eine, welcher der Einsatz von Computern wesenseigen ist. Dieser Verwendungsweise stehe ich allerdings skeptisch gegenüber: Impliziert sie doch die Abhängigkeit der Gesellschaft von Maschinen und vernachlässigt, dass sich Gesellschaft aus sozialen, also human definierten Beziehungen gestaltet, in der Maschinen eine dienende Rolle spielen. Oder wie unser Kollege Klaus Lenk formuliert: Mensch und Maschine bilden ein „Tandem".

Ich möchte daher im Folgenden den Begriff Digitalisierung demgegenüber als façon de parler für den Automatisierungsprozess einzelner Gesellschaftsbereiche verwenden.

Die ersten Rechenmaschinen dienten – wie die Bezeichnung schon sagt – dazu, den Menschen von der Last mühsamer Berechnungen zu befreien. Schon Leibniz versuchte sich ja an dem Bau einer solchen Maschine, was aber nur unzureichend gelang. Wie sich in jüngster Zeit beim Versuch eines Nachbaus herausstellte, nicht etwa wegen Fehlern im theoretischen Aufbau, sondern wegen mangelhafter mechanischer Fähigkeiten der beauftragten Handwerker.

Zur Entlastung dienten auch die ersten lauffähigen Computer: Die in Deutschland von Konrad Zuse entwickelten Geräte dienten diesem Zweck, konnten allerdings nur Operationen mit positiven Zahlen ausführen. Erst der von Howard Hathaway Aiken an der Harvard-Universität entwickelte Computer beseitigte dieses Manko und wurde damit für wissenschaftliche Berechnungen brauchbar. Allerdings: Sowohl Zuse als auch Aiken stellten ihre

Maschinen für militärische Berechnungen zur Verfügung. So wäre der Bau der Atombombe ohne die Rechenleistung dieser Pioniere nicht möglich gewesen.

Damit sehen wir bereits ganz zu Beginn der Digitalisierung deren ambivalenten Charakter: Den positiven Eigenschaften – hier Entlastung des Menschen von stumpfsinnigen Routinearbeiten und Erschließung völlig neuer Berechnungsmöglichkeiten – stehen negative gegenüber: Am Beispiel der Atombombe ermöglicht sie die Entwicklung einer Waffe, die die gesamte Menschheit bedroht. Wer Bilder von Hiroshima sieht, erkennt, in welchem Maße damit die Menschenwürde bedroht und beim Einsatz verletzt wird. Ich halte es für fraglich, ob Krieg dafür eine Rechtfertigung findet.

Die Vorteile des Computers wurden aber bald auch von der Wirtschaft und der staatlichen Verwaltung erkannt. Zunächst in rechenintensiven Bereichen, etwa der Buchhaltung oder der Steuer- und Sozialverwaltung. Hier zeigt sich allerdings, dass die zu berechnenden Zahlenwerte Objekten zugeordnet werden müssen, die ihrerseits mit Zahlen dargestellt werden müssen. Dies ist in der Wirtschaft kein vordringliches Problem: etwa bei Waren, die in der Regel ohnehin mit Nummern versehen sind. In der öffentlichen Verwaltung aber muss eine solche Nummerierung für Bürgerinnen und Bürger als Verwaltungsklienten vorgenommen werden, etwa den Steuerzahlern oder Sozialleistungsempfängern.

Im Laufe der Zeit erkannte man allerdings die Möglichkeit, den Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden durch Computer unterstützen zu lassen. Da lag die Idee nahe, diese Nummern zu vereinheitlichen und jeder Bürgerin und jedem Bürger eine multifunktionale Nummer zuzuordnen. Damit tritt an die Stelle einer technischen Transformation eine Etikettierung des Menschen zur allseitigen Verwendung.

In einigen europäischen Staaten, allen voran den skandinavischen, aber auch Staaten im sozialistischen Raum, z.B. in der DDR, begann man, einheitliche Personenkennzahlen zu vergeben, die von allen Verwaltungen, aber auch der Privatwirtschaft, genutzt werden konnten und sogar mussten. Auch in der Bundesrepublik wurden in den 1960er Jahren Vorbereitungen für die Vergabe einer solchen Personenzahl (aus naheliegenden Gründen PK, und nicht PKZ genannt) getroffen. Dies löste allerdings eine heftige öffentliche Diskussion aus: Macht eine solche Nummerierung den Menschen nicht zu einem Objekt? Das Bundesverfassungsgericht hatte in einem anderen Fall genau darin einen elementaren Verstoß gegen die Menschenwürde gesehen. In der Folge verwarf der Rechtsausschuss des Bundestages eine entsprechende Gesetzesvorlage und die Bundesrepublik führte keine Personenkennzahl ein. Im Volkszählungsurteil bestätigte das Bundesverfassungsgericht deren Verfassungswidrigkeit, ja erhob die informationelle Trennung der einzelnen Verwaltungseinheiten zum Verfassungsgebot.

Gleichwohl drängten die Verwaltungen an der einen oder anderen Stelle auf die Vergabe einer solchen einheitlichen Ziffer. Die Vergabe einer einheitlichen Sozialversicherungsnummer war für den Sozialbereich ein Schritt in diese Richtung. Am drängendsten wird die Nutzung einer solchen Nummer von der Finanzverwaltung betrieben. Sie konnte zu Beginn des Jahres 2021 einen fragwürdigen Erfolg verbuchen: Im Registermodernisierungsgesetz, das Anfang dieses Jahres vom Bundestag verabschiedet wurde, wird die Verwendung der Steuer-ID für die Register der verschiedensten Verwaltungen vorgeschrieben.

Ist damit das Verdikt der Verfassungswidrigkeit aufgehoben? Ich meine nein. Der Mensch sollte in der Gesellschaft mit seinem Namen, also dem, mit dem er sozialisiert wurde und der seine Individualität ausdrückt, auftreten können. Der Dichter Novalis (1772–1801) hat die Sehnsucht nach einer nicht nummerierten Welt poetisch ausgedrückt: „Wenn nicht mehr Zahlen und Figuren sind Schlüssel aller Kreaturen […] dann fliegt vor einem geheimen Wort das ganze verkehrte Wesen fort“ (Novalis 1960: 344).

Eine Nebenbemerkung: In den Konzentrationslagern der Nazis wurden die Gefangenen durchweg als Nummern behandelt, die ihnen auch eintätowiert wurden. Die Verarbeitung der Daten erfolgte mit Hollerithmaschinen: Vorläufer der Entwicklung von Computern, deren Leistung über die Bewältigung von Rechenaufgaben hinausging und die das Sortieren und Aussortieren nicht allein von Datensätzen, sondern auch von Menschen ermöglichten.

Die Aufgabe der Hollerithmaschine waren nicht komplizierte Berechnungen, sondern das Erkennen und Ordnen großer Datenmengen. Sie wurde erfunden von Hermann Hollerith, einem Mitarbeiter des Censusbüros der USA, der an der Volkszählung 1880 teilnahm, dann auf der Grundlage der in der französischen Revolutionszeit von Joseph-Marie Jacquard entwickelten Webstuhlmechanik ein Gerät entwickelte, das mit Hilfe von Lochkarten sehr schnell große Datenmengen sortierten konnte. Erstmals kam diese Technik zum Einsatz bei der Erfassung von Gesundheitsdaten der amerikanischen Staatsbürger, um deren Tauglichkeit für den Militärdienst festzustellen. In der Folge wurde die Hollerithmaschine weltweit zur Erfassung und Verwaltung großer Datenmengen eingesetzt.

Es war kein großer Schritt, diese Prozesse auf Computer zu übertragen. Verarbeitet werden konnten nunmehr nicht nur Zahlen in Rechenprozessen, sondern Daten und Datensätze – die natürlich auch in duale Darstellungen übersetzt werden mussten. Es entstand der Begriff der Datenbanken. Sie fanden schnell Verbreitung in allen Bereichen, in denen große Datenmengen verwaltet werden müssen.

Die Funktion der Computer wurde zudem erweitert durch die Möglichkeit, nicht nur die Daten zu verarbeiten, sondern die Daten auch aus der Ferne abzurufen. Ohne auf Akten oder Karteien zugreifen zu müssen, standen die Daten am Arbeitsplatz zur Verfügung.

Großes Interesse hatten die Sicherheitsbehörden an dieser Entwicklung. Überall begann die Polizei die bisher in Akten und Karteien aufbewahrten Daten auf Computer zu übertragen. Vor allem die Kriminalpolizei erkannte die Möglichkeiten. Daten von Verdächtigen, Daten über die Vorgehensweise bei Straftaten (modus operandi) oder über Tatgegenstände standen nun am Arbeitsplatz des Kriminalisten zur Verfügung – bis hin zu DNA-Daten. Aber auch neue Aufklärungsmethoden entstanden: Am berühmtesten ist die Rasterfahndung, die der Präsident des Bundeskriminalamtes Horst Herold in den 1970er Jahren entwickelt hatte: Ausgehend von dem Umstand, dass RAF-Terroristen ihre (hohe) Stromrechnung bar bezahlten, wurden zur Entdeckung einer von ihnen genutzten verdeckten Wohnung die Daten verschiedenster Datenbanken zusammengeführt – mit Erfolg.

Dieses Vorgehen löste eine große Diskussion aus: Ungeachtet des Umstands, dass hierzu eine Rechtsgrundlage fehlte (die alsbald eingeführt wurde), wurde thematisiert, ob und unter welchen Voraussetzungen die Erstellung eines Persönlichkeitsprofils im Hinblick auf die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Person akzeptabel ist. Als erster hat der französische Gesetzgeber mit seinem Datenschutzgesetz 1977 ein Verbot der Erstellung von Persönlichkeitsprofilen eingeführt. Die europäische Datenschutzgesetzgebung hat dies übernommen – die Bundesrepublik hatte sich dem allerdings verweigert.

Nicht primär der Digitalisierung geschuldet, aber durch sie erleichtert oder gar erst ermöglicht, treten mehr und mehr neue kriminaltechnische Methoden in Erscheinung: Verwendung von DNA-Daten, Großer Lauschangriff, Videoüberwachung ggf. mit Gesichtserkennung, GPS-Fahndung. Die Verfassungsmäßigkeit all dieser Schritte wurde jeweils vom Bundesverfassungsgericht überprüft – und meist abgelehnt. Auch angesichts der verbesserten Möglichkeiten für Strafverfolgung und Gefahrenabwehr muss die Freiheit der Person gewährleistet bleiben.

Die Digitalisierung im ursprünglichen Sinne (Überführung analoger Signale in digitale, besser duale) leitete auch einen elementaren Umbruch im bis dahin so bezeichneten Fernmeldewesen ein. Der erste Schritt war die Ersetzung der bisher mechanisch mit

Drehhubwählern betriebenen Vermittlungsgeräte durch Computer. Dieser eher harmlos klingende Vorgang hat jedoch für die Telefonüberwachung erhebliche Konsequenzen: Waren bisher die gewählten Verbindungen flüchtig – nach Beendigung der Verbindung mit Telefon oder Fernschreiber blieben keine Daten mehr übrig, war es nunmehr möglich, die Verbindungsdaten – wer mit wem und wann – zu speichern und abrufbar zu machen. Mit dem Einzug der Mobiltelefonie in den 1990er Jahren kam eine weitere Datenflut hinzu: Technisch bedingt mussten auch Standortdaten erhoben werden – würden diese gespeichert, wäre auch das Wo ermittelbar.

Auch dies rief wieder die Sicherheitsbehörden auf den Plan: Der bisher mühsame Weg der Telefonüberwachung schien plötzlich einfach: Die Verpflichtung der Anbieter, Verbindungsdaten aufzubewahren in Verbindung mit der Möglichkeit des direkten Zugriffs auf diese Daten eröffnete völlig neue Fahndungsmethoden. Fraglich ist allerdings, wie dies mit dem Grundrecht des Fernmeldegeheimnisses zu vereinbaren ist, das nicht nur die Inhalte der Kommunikation, sondern auch deren „Umstände" schützt, wie schon die preußische Verordnung zur Freigabe des Fernmeldewesens an die Öffentlichkeit von 1849 festlegte (zuvor war die Nutzung dem Militär vorbehalten). Wie nicht anders zu erwarten, wurde dieses Grundrecht alsbald durch entsprechende Änderungen der Strafprozessordnung durchbrochen – die Voraussetzungen für den Eingriff wurden vom Ob auf das Wie verlagert: Bei welchen Straftaten und unter welchen formalen Voraussetzungen durfte auf die Daten zugegriffen werden? Das Ergebnis war, dass die Eingriffe in das Fernmeldegeheimnis beträchtlich zunahmen. Von dem Grundrecht des Fernmelde-, inzwischen Telekommunikationsgeheimnisses blieb jedenfalls, was die Aktivitäten der Sicherheitsbehörden betrifft, wenig übrig.

Von hoher praktischer Bedeutung war die Einführung digitaler Chipkarten, die es erlauben, auf einem scheckkartengroßen Datenträger eine Vielzahl von Daten zu speichern und ggf. auch zu verarbeiten. Diese Karten können leicht in Brieftasche oder Geldbeutel mitgeführt werden und stellen inzwischen in vielen Bereichen ein unverzichtbares Hilfsmittel dar. Welche Probleme mit dieser Technik verbunden sein können, zeigen die Planungen für eine elektronische Gesundheitskarte. Neben den Verwaltungsdaten, die auch früher schon auf der Krankenversicherungskarte abgelegt waren, soll es künftig möglich sein, dass bestimmte Datensätze (z.B. Notfalldaten, elektronisches Rezept) auf der Karte selbst gespeichert werden. Andere Datensätze, insbesondere die elektronische Patientenakte, sollen außerhalb in zentralen Servern der sog. Telematik-Infrastruktur abgelegt werden und über die Gesundheitskarte abrufbar sein. Zentrale Fragen, die die informationelle Selbstbestimmung in Form des Patientengeheimnisses tief berühren, sind bis heute ungelöst oder nach Meinung der Datenschutzinstitutionen unzureichend umgesetzt. Hierzu gehören insbesondere die Authentifizierung des Patienten sowie die Berechtigung zum Zugriff auf die Daten. In welchem Umfang sollen die Patienten selbst entscheiden können, wer Zugang zu den Daten hat? Sollen die Patienten das Recht haben, selbst Daten zu ändern, vor allem zu löschen? Schließlich stellen die Daten über Jahre oder gar das ganze Leben hinweg einen Spiegel der individuellen gesundheitlichen Verhältnisse dar. Die Freiwilligkeit ist hier ein schwacher Schutz, werden doch die Ärzte und andere Leistungsträger darauf dringen, dass die Patienten in diese Form der Speicherung der Gesundheitsdaten einwilligen.

Abgesehen von der Erfindung des Computers selbst, stellt die umfassende Vernetzung der Computer im Internet den wohl größten Entwicklungsschritt in der Geschichte der Digitalisierung dar. Der Großverleger Rupert Murdoch soll das Internet einmal mit der Erfindung des Buchdrucks verglichen haben!

Wiederum liegen die Wurzeln des Internets im Militärischen: In den 1960er Jahren beauftragte die Forschungsbehörde des US-Verteidigungsministeriums ARPA mehrere Universitäten, insbesondere die Universität von Kalifornien in Los Angeles und die

nahegelegene Universität Stanford mit der Entwicklung eines Netzwerkes, das es ermöglichen sollte, die verschiedensten im Militär eingesetzten elektronischen Systeme miteinander zu verknüpfen. Das Ergebnis war das Internetprotokoll, das noch heute, natürlich in mehrfach versierter Form, das Internet prägt. Weitere Erfindungen, insbesondere des World-Wide-Web und grafikfähige Browser legten den Grundstein für die Nutzungsmöglichkeiten, die das Netz uns heute bietet. Das Internet wurde –abgesehen von der militärischen Nutzung – zunächst für den Datenaustausch zwischen Universitäten genutzt (die erste, zunächst allerdings misslungene, Verbindung kamen zwischen Los Angeles und Stanford zustande), ab Anfang der 1990er Jahre dann für die allgemeine kommerzielle und später auch private Nutzung freigegeben. Die Erfindung und explosionsartige Verbreitung von Smartphones, die die Nutzung des Internets durch das Telefon ermöglichen, stellt einen weiteren wichtigen Schritt zur heutigen Situation dar: Es wird geschätzt, dass inzwischen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, also mehr als 3 Milliarden Menschen, Zugang zum Internet hat.

Das Internet erlaubt dieser Vielzahl von Nutzern nicht nur den Zugriff auf eine ungeheure Vielfalt von Daten zur Information, Wissensbeschaffung oder Unterhaltung, sondern gibt auch den Nutzern die Möglichkeit, aktiv Informationen zu verbreiten, sei es in individueller Form in den verschiedensten Chatdiensten, sei es über Medien wie Twitter oder Youtube an ein breites, manchmal die Millionengrenze überschreitendes Publikum.

Mit dieser Situation verbunden ist eine Reihe schwerwiegender Probleme, die teilweise den Kern unseres Grundrechtsverständnisses berühren.

Die Pioniere des Internets gingen von der unendlichen Freiheit der Kommunikation aus: Das Recht auf Meinungsfreiheit, in den USA noch höher geschätzt als bei uns, sollte alle Äußerungen ohne Rücksicht auf den Inhalt erlauben. Erste Grenzen schienen auf mit dem Right to Privacy in den USA, mit Datenschutz und informationeller Selbstbestimmung in Europa.

Wo liegen die Grenzen der Veröffentlichung von personenbezogenen Daten im Netz, die an jedem Ort der Welt und jederzeit zugänglich sind? Das Aufkommen von Suchmaschinen ermöglichte die gezielte Suche nach diesen Daten. Gibt es ein Recht darauf, unter Berufung auf das aus der Verfassung abgeleiteten Persönlichkeitsrecht zu verlangen, dass persönliche Daten im Netz nicht angezeigt werden? Gibt es ein Recht auf Vergessen im Netz? Oder deckt das Grundrecht auf Meinungsfreiheit Verleumdungen, Beleidigungen, Falschmeldungen aller Art ab?

Insbesondere die rasante Zunahme der Nutzer von sozialen Netzen eröffnete einen vermeintlich straffreien Raum auch für üble, ja kriminelle Inhalte: sexuelle Inhalte ohne Grenzen, Kinderpornografie, Anleitungen zum Bombenbau, Aufrufe zu strafbaren Handlungen bis hin zu Völkermord. Fake news, falsche Informationen über Nachrichtenkanäle wie Twitter oder Facebook, wurden selbst vom einstigen US-Präsidenten verbreitet, um seine Politik zu propagieren oder seine Wiederwahl zu sichern. Beleidigungen von Politikern bis hin zu Morddrohungen verbreiten sich im Netz. Deckt das Grundrecht auf Meinungsfreiheit das alles ab? Die Versuche, dem mit Gesetzen wie dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz entgegenzuwirken, stoßen unter Berufung auf die Meinungsfreiheit auf großen Widerstand. Das Grundrecht auf persönliche Freiheit der Betroffenen scheint zunehmend in Gefahr.

Auch auf der individuellen Ebene scheint dies der Fall zu sein: Sogar Kinder verbreiten mit ihren Handys Hass im Netz und mobben Klassenkameradinnen und -kameraden, verbreiten diskriminierende Fotos, setzen Verleumdungen in die Welt oder organisieren Shitstorms. Politisch extreme Gruppierungen nutzen das Netz für ihre Propagandazwecke. Kriminelle Gruppen verwenden Dienste wie Telegram zur Abwicklung ihrer dunklen Geschäfte. Dabei nutzen sie die eigentlich zur Datensicherheit und zur Gewährleistung von Persönlichkeitsrechten entwickelten kryptografischen Methoden im gegenteiligen Sinne zur

Verschleierung ihres kriminellen Tuns. Die Gesellschaft scheint ziemlich ratlos, wie dem entgegengewirkt werden kann.

Gewaltige Fragen wirft die kommerzielle Nutzung des Netzes auf. So beruhen die Geschäftsmodelle vieler Netzanbieter, nicht nur der Branchengrößen Amazon, Google oder Facebook, darauf, die Daten ihrer Nutzer für eigene Zwecken zu nutzen und Werbeeinnahmen zu erzielen. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, das eigentlich den Nutzern zugesteht, über die Verwendung ihrer Daten selbst zu bestimmen, wird kaum gewahrt: Die Einholung formeller Einwilligungen in die Nutzung wird den verfassungsrechtlichen Anforderungen kaum oder gar nicht gerecht. Die Versuche, den Nutzern als Eigentümer ihrer Daten wenigstens einen finanziellen Vorteil zu verschaffen, sind bisher leergelaufen – bis auf den Umstand, dass die Nutzung der Angebote meist kostenlos ist. Der Nutzer bezahlt dies mit seinen persönlichen Daten.

Damit verbunden ist ein weiterer Aspekt: Die Nutzungsdaten werden nicht unmittelbar für Werbung verwendet, sondern auch zur Profilbildung, um gezielt für Dinge zu werben, die in dieses Profil passen. Wie es die Harvard-Ökonomin Shoshana Zuboff amerikanisch-drastisch formuliert, werden die Daten der Nutzer hierbei ausgepresst wie Fett aus einer Speckschwarte (rendition).

Dies wird nicht nur zu kommerziellen Zwecken genutzt, sondern auch zur Beeinflussung der Nutzer zu verschiedensten Zwecken bis hin zu den Wahlentscheidungen der Bürger. Es entstehen Filterblasen, das heißt die Nutzer werden immer nur mit den Informationen konfrontiert, die ins eigene Profil passen; die Entscheidungsfreiheit, ein Element des Persönlichkeitsrechts, wird damit – meist unbemerkt – eingeschränkt, weil Informationen zu alternativen Verhaltensweisen ausbleiben oder schwerer zugänglich sind.

Die verführerische Natur des Netzangebots, bringt zudem die Gefahr mit sich, abhängig, sogar süchtig auf die Nutzung zu werden.

Zur Realisierung der Profilbildung wird die Big-Data-Strategie genutzt. Aus der ungeheuren Menge an Nutzungsdaten werden mit Hilfe von bestimmten hierfür entwickelten Algorithmen die Daten herausgefiltert, die am ehesten geeignet sind, das Verhalten der Nutzer zu beeinflussen. Dass hierbei, wie immer zugesichert, die Anonymität der einbezogenen Daten gewahrt bleibt, muss bezweifelt werden. Auch hier ist die Einwilligung der Betroffenen ein fragliches Instrument.

Ein nicht zu übersehender Aspekt ist in diesem Zusammenhang der Umstand, dass ein beträchtlicher Anteil der Verarbeitung von Daten der Unternehmen und auch schon der öffentlichen Verwaltung in gigantischen Clouds erfolgt, die von den großen Internetunternehmen, meist in den USA ansässig, betrieben werden. Die Verantwortungsstrukturen für die Ordnungsgemäßheit der Datenverarbeitung sind hier nicht immer klar und transparent – letztlich bleibt das Risiko, dass es in den Händen dieser Unternehmen liegt, in die Abläufe einzugreifen und diese im Grenzfall sogar abzuschalten.

Diese Entwicklungen führen zu einer Machtfülle der großen Internetanbieter, die das bisherige gesellschaftliche und politische Machtgefüge in Frage stellt. Der Einfluss auf die öffentliche Meinung, die Vorgabe gesellschaftlicher Normen durch die angebotenen Formate und die subjektive Abhängigkeit der Nutzer von deren Angeboten bis hin zur Sucht schränkt den Vorrang der Politik und der öffentlichen Meinungsbildung bei der Herausbildung gesellschaftlicher Normen ein. Es besteht die Gefahr, dass die „gouvernementalité algorithmique“ (so Antoinette Rouvroy, Forscherin am Zentrum für Information, Recht und Gesellschaft an der Universität Namur) in den Händen der Internetmonopolisten liegt und die staatliche Normierungshoheit be- oder sogar verdrängt (vgl. Rouvroy/Berns 2013).

Das Internet ist nicht auf menschliche Nutzung beschränkt. Zunehmend werden Anwendungen eingesetzt, bei denen Computer selbständig untereinander kommunizieren: Der

Begriff des „Internets der Dinge" hat sich hierfür eingebürgert. Die derzeit wohl am häufigsten diskutierte Realisierung ist das autonome Fahren. Eine Vielzahl von Kameras, Sensoren und anderen Detektoren, die teilweise selbst kleine Computer sein können, kommunizieren mit einem Zentralcomputer, der die Steuerung der verschiedensten Einrichtungen übernimmt. Damit aber nicht genug: Über das Internet besteht eine ständige Verbindung zu einem Überwachungssystem, das das Fahrverhalten automatisch kontrolliert, und von dem aus im Notfall auch in das Geschehen eingegriffen werden kann. Hier liegt eines der größten Probleme des autonomen Fahrens: Die Sicherheit dieser Verbindung muss vollständig gewahrt sein. Dass dies jedenfalls bisher nicht der Fall ist, zeigt, dass es Hackern schon gelungen ist, in das System eines Fahrzeugs einzudringen und die Steuerung zu übernehmen. Man kann sich vorstellen, welche Möglichkeiten sich dabei Kriminellen wie z.B. Terroristen, Staatsfeinden oder Erpressern bieten.

Nicht nur im Internet der Dinge, sondern ganz grundsätzlich ist die Gewährleistung der Datensicherheit ein zentrales Problem der Digitalisierung. Manipulation wie im vorherigen Fall, Zerstörung und Unbrauchbarmachung in Verbindung mit Erpressung wie bei den derzeit sich häufenden Fällen des Einsatzes von Ransom-Software durch Kriminelle oder Bruch der Vertraulichkeit sind die wichtigsten Bedrohungen der Datenverarbeitung. Wie verletzlich die Gesellschaft heute schon durch Mängel der Datensicherheit ist, zeigen viele Vorkommnisse in der vergangenen Zeit: Krankenhäuser werden stillgelegt, Elektrizitätsnetze brechen zusammen, die Justiz wird lahmgelegt, ein Landratsamt muss seine Aktivitäten einstellen.

Allerdings zeigt sich, dass Sicherheitslücken auch zu – allerdings zweifelhaften – positiven Zwecken genutzt werden können. So etwa im Fall von Whistleblowern. Auch die Sicherheitsbehörden nutzen Systemschwächen aus, um in Computer einzudringen und etwa mit Hilfe sog. Trojaner deren Inhalt auszuspähen. Dass die Datensicherheit nicht nur ein unerlässlicher Aspekt der Systemgestaltung ist, sondern auch eine verfassungsrechtliche Dimension hat, zeigt im Hinblick auf das letztere Beispiel, dass das Bundesverfassungsgericht sogar ein Grundrecht „auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme" geschaffen hat.

Ein anderes Grundrecht hat das Bundesverfassungsgericht 1983 geschaffen: das informationelle Selbstbestimmungsrecht. Es ist der verfassungsrechtliche Kern dessen, was unter der Bezeichnung „Datenschutz" seit den 1970er Jahren als regulatorisches Bollwerk gegen die „Kehrseite der Datenverarbeitung" (Steinmüller et al. 1971: 34) nicht nur in Deutschland und Europa, sondern inzwischen in der ganzen Welt als notwendiges Korrektiv gegen die Risiken der Digitalisierung betrachtet wird. Angesichts dieser Risiken rückt das informationelle Selbstbestimmungsrecht die Person in den Mittelpunkt. Soweit Daten über sie verarbeitet werden, soll sie selbst entscheiden, welche Daten erhoben, zu welchen Zwecken sie verwendet und wem sie offenbart werden dürfen. Dieses aus kybernetischen Überlegungen abgeleitete Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (übrigens, wenn auch nicht vom Verfassungsgericht ausgesprochen, unter Verwendung von DDR-Literatur) dient seither im Gleichklang mit dem Datenschutz häufig als Begründung für Restriktionen der Digitalisierung. In Gestalt der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung haben diese Prinzipien eine hochbürokratisierte Form gefunden, die nicht nur in Europa, sondern wegen der Datenexportbestimmungen in Drittländer weltweit zur Eindämmung digitaler Strukturen führen. Wegen der vielfältigen Lücken und Umgehungsmöglichkeiten ist allerdings nach wie vor eine weltweite Diskussion über die Fortentwicklung nötig.

Die Digitalisierung hat bisher schon zu gewaltigen gesellschaftlichen Folgen geführt. Anders als frühere technische Umbrüche wie z.B. die Einführung der Elektrizität, die inkrementell, in kleinen Schritten, vor sich gingen, erfolgen die von der Digitalisierung hervorgerufenen Änderungen sehr schnell. Und sie sind in der Regel mit der radikalen Verdrängung

vorheriger Gesellschaftsstrukturen verbunden. So können ganze Wirtschaftszweige, die vorher sehr prosperierten, marginalisiert werden oder ganz verschwinden. Ein aktuelles Beispiel ist die Verdrängung des käufernahen regionalen Einzelhandels, ja zunehmend sogar der Einkaufszentren durch den Online-Handel, allen voran Amazon. Der Harvard-Ökonom Clayton M. Christensen hat hierfür in den 1990er Jahren den Begriff der „disruptiven Innovation" geprägt. Hier taucht die Frage auf, ob es nicht einen Anspruch darauf gibt, bestimmte vorhandene Strukturen zu bewahren, ähnlich etwa dem Artenschutz, der durch den zunehmenden disruptiveren Prozess der Klimaveränderung geboten ist, und dem Verfassungsrang beigemessen wird. Gebietet nicht das Vordringen von Amazon und anderen Onlinehändlern den Schutz der lebensnahen Versorgung?

Andere Lebensbereiche werden über den bisherigen Stand hinaus ähnliche Entwicklungen nehmen: die Produktionsprozesse in der Industrie, das Finanzwesen, das Gesundheitswesen, ja die häusliche Umgebung, Stichwort Smart Home.

Hinter all dem steht ein Phänomen, das „künstliche Intelligenz" genannt wird. Dieser Begriff wurde in den 1950er Jahren von dem Informatiker an der Stanford Universität John McCarthy geprägt, zu einer Zeit, in der von Intelligenz von Computern kaum die Rede sein konnte – höchstens, dass sie schneller rechnen konnten als der Mensch. McCarthy hat viele Diskussionen darüber ausgelöst, was unter Intelligenz zu verstehen ist. Dass bestimmte Fähigkeiten des Menschen besser ausgeübt werden können, reicht sicher nicht aus: Dass ein Roboter in einem Pflegeheim eine Pflegeperson mühelos aus dem Bett heben kann, wird man sicherlich nicht als intelligente Leistung betrachten, auch wenn dahinter gewaltige Rechenleistungen stehen. In neuerer Zeit wird der Begriff der KI mit dem Verfahren des machine learning, also des maschinellen Lernens verbunden. Mit Hilfe sogenannter neuronaler Netze werden aus einer hohen Anzahl von Daten selbstständig Lösungsstrategien für vorgegebene Probleme entwickelt, ohne dass diese zuvor von Menschen einprogrammiert wurden. Die Siege von Computern über Schach- oder Go-Weltmeister sind ein gutes Beispiel, wofür eine ungeheure Rechenleistung nötig ist. Deep Blue prüfte bei seinem Sieg über den Weltmeister Garri Kasparow 200 Millionen Schachzüge in der Sekunde! Gleichwohl bezeichnet man derartige Leistungen als „schwache KI", da sie wesentliche Merkmale menschlicher Intelligenz nicht abbildet: etwa Gefühle und Bewusstsein. Ob eine Maschine entwickelt werden kann, die mit diesen Fähigkeiten ausgestattet ist („starke Intelligenz"), scheint nur eine Frage der Zeit zu sein.

Ein Schritt in diese Richtung scheint mir die Entwicklung von Geräten, die dem Menschen eine „augmented reality" präsentieren. Im Gegensatz zur „virtual reality", die dem Betrachter eine erfundene Welt vorspiegelt, werden hier Daten mit der realen Umwelt kombiniert. Aus dem Verhalten des Betrachters erkennt der Computer, wie der Mensch auf bestimmte Situationen reagiert und lernt wie ein Kind damit umzugehen. Damit kann ein Schritt in die Richtung starke Intelligenz verbunden sein. Facebook verfolgt mit seiner Metaverse-Initiative offensichtlich diese Zielsetzung.

Die ultimative Frage wäre, ob damit auch die Entstehung von Vernunft verbunden sein kann, die die Maschine zu vom Menschen unabhängigen Handeln befähigt.

In der Literaturgeschichte sind solche Szenarien vorgezeichnet: In der jüdischen Tradition spielt die Figur des Golems eine Rolle: Eine aus Lehm geformte Figur, die durch kabbalistische Zahlenmystik, nämlich eine bestimmte Kombination aus Zahlen und Buchstaben, zum Leben erweckt wird, wird für Dienstleistungen z.B. am Schabbat eingesetzt, verselbständigt sich dann aber und richtet Unheil an.

Möglicherweise davon beeinflusst, verfasste die Frau des britischen Dichters Perdy Bysshe Shelly, Mary Shelly den 1818 erschienenen Roman „Frankenstein oder der moderne Prometheus", in dem der Student Viktor Frankenstein aus Leichenteilen ebenfalls ein

Monster erschuf. Er erweckte es mit elektrischem Strom zum Leben. Shelly hatte Experimente gesehen, in denen Froschschenkel durch Strom zu Zuckungen angeregt wurden. Im Gegensatz zum Golem entwickelt sein Geschöpf Emotionen – er ist Vegetarier und wünscht sich eine Frau. Damit ist menschengeschaffene „starke Intelligenz" vorgezeichnet.

Die Entwicklung der digitalen Technik scheint darauf zuzusteuern. Professor Hiroshi Ishiguro von der Universität Osaka entwickelt Roboter, die sich orientieren, bewegen oder artikulieren können. In einem Vortrag an der ETH Zürich führte er aus, es gehe künftig nicht nur um die Sicherheit solcher Maschinen, sondern auch um philosophische Fragen wie Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung, Autorität und Autonomie. Dass solche Roboter künftig unsere Gesellschaft beleben werden, steht für mich außer Frage.

Damit sind wir wieder bei der Ausgangsfrage, allerdings in abgewandelter Form: Bringt die Digitalisierung der Gesellschaft grenzenlosen Fortschritt oder muss dem wegen der Bedrohung von Grundrechten, allem voran der Menschenwürde und der Freiheit der Person, Einhalt geboten werden? Die Gremien der Europäischen Union versuchen dem derzeit mit einer Reihe von Gesetzgebungsverfahren entgegenzuwirken: In Diskussion sind ein Gesetz über digitale Dienste, über digitale Märkte, ein Daten-Governance-Gesetz, ein Gesetz über die künstliche Intelligenz.

Dennoch: Die Errungenschaften der Digitalisierung lassen sich nicht leugnen – von der Befreiung des Menschen von monotonen, überlastenden oder überfordernden Tätigkeiten über die Unterstützung seiner Kreativität und der Wahrnehmung der Welt bis hin zur Erschließung völlig neuer Erfahrungswelten.

Leibniz war bei seiner Rechenmaschine noch euphorisch: Noch aufs Rechnen beschränkt, prophezeite er 1695, Rechenmaschinen würden sich „supra hominem" entwickeln. Dem ist heute mit Skepsis zu begegnen. So warnte Stephen Hawking mit vielen anderen vor einer „neuen Lebensform, die den Menschen überragt". Insbesondere die Grundrechte auf Menschenwürde und Freiheit der Person gebieten, die Entwicklung digitaler Techniken in einem gesellschaftlichen Diskurs im Auge zu behalten und ihnen unter Umständen Grenzen zu setzen. So zum Beispiel wenn sie dazu eingesetzt werden, sich gegen die Menschheit selbst zu richten, etwa in Form des Cyberwar, wenn digital gesteuerte Roboter in Form von bewaffneten Drohnen ohne Eingreifen des Menschen Leben vernichten.

In dem Schauspiel von Friedrich Dürrenmatt „Die Physiker", das in einem Irrenhaus spielt, sagt ein Physiker, der vorgibt, König Salomon zu sein, zu einem Mitpatienten, der sich für Einstein hält: „Es gibt Risiken, die man nie eingehen darf: Der Untergang der Welt ist ein solches. Was die Welt mit den Waffen anrichtet, die sie schon besitzt, wissen wir. Was sie mit jenen anrichten würde, die ich ermögliche, können wir uns denken. Dieser Einsicht habe ich mein Handeln untergeordnet " (Dürrenmatt 1980: 74).

Auf der anderen Seite: Die unendliche Menge von Informationen, die die Digitalisierung schafft, verhilft dem Menschen schon jetzt zu neuen, menschengerechteren Möglichkeiten des Daseins. Auch autonome Systeme wie Roboter können dazu beitragen. Der katholische Theologe Pierre Teilhard de Chardin, von seiner Kirche zunächst geächtet und dann doch respektiert, hat schon in den 1950er Jahren eine „kollektive Celebration" vorausgesagt, die in die Entstehung einer Noosphäre mündet, die den Menschen zu einer höheren Welterkenntnis, für den Theologen Teilhard de Chardin natürlich zu einer höheren Erkenntnis Gottes führt.

Angesichts dieser beiden extremen Visionen scheint mir angezeigt, die Digitalisierung nüchtern zu betrachten: einerseits die Fortschritte, die sie ermöglicht, in menschenverträglicher Weise wahrzunehmen, andererseits aber auch die Risiken stets im Auge zu behalten und auf sie angemessen zu reagieren, auf der politischen Ebene mit einer realitätsnahen, aber auch wenn nötig harten und einschneidenden Gesetzgebung, auf der individuellen Ebene

mit einem bewussten Umgang mit den technischen Geräten, den „Gestellen", wie sie Martin Heidegger nannte, die den Menschen nicht immer wohlwollend gegenüber stehen. Dazu kann ein Verzicht auf technisch Mögliches gehören: Die Entscheidung von Google, die Software für automatische Gesichtserkennung nicht mehr zur Verfügung zu stellen, geht in diese Richtung.

Ein Allheilmittel für die Probleme unserer Gesellschaft ist die Digitalisierung jedenfalls nicht.

Bibliographische Hinweise

Dürrenmatt, Friedrich (1980): *Die Physiker. Eine Komödie in zwei Akten*. Zürich: Verlag der Arche.

Novalis (1960): *Schriften. Die Werke Friedrich von Hardenbergs. Historisch-kritische Ausgabe*. Bd. 1: *Das dichterische Werk*, herausgegeben von Paul Kluckhohn und Richard H. Samuel. Stuttgart: Kohlhammer.

Rouvroy, Antoinette/Berns, Thomas (2013): „Gouvernementalité algorithmique et perspectives d'émancipation". *Réseaux* (177/1), 163–196. DOI : 10.3917/res.177.0163.

Steinmüller, Wilhelm et al. (1971): *Grundfragen des Datenschutzes*, Bonn. Bundestagsdrucksache VI/382.

E-Mail-Adresse des Verfassers: garstka@berlin.de

Leibniz Online, Nr. 44 (2022)
Zeitschrift der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V.
ISSN 1863-3285

Von Worten und Wörtern

Mentale Repräsentation aus der Sicht der Sprachmittlung

Wilfried Baumgarten
Grafenau, MLS

Veröffentlicht: 12. Januar 2022

Abstract
This article discusses the problem of mental representation from the point of view of interpreters and translators. Examples from various languages and contexts illustrate the difficulties encountered in translation and interpreting, with mental representation hidden in lexical, morphological and syntactic text components as well as in whole texts. It will be shown that, in translation, these elements have to be considered together with the roots of a text as well as in the situation the text is placed in. Finally, whether and to what extent the embodiment and objectification of ideas is possible will be questioned, along with how this affects the process of translation.

Keywords/Schlüsselwörter
words and concepts, translation, culture
Wörter und Begriffe, Übersetzung, Kultur

1 Einführung

Der vorliegende Artikel greift in ausführlicherer Form das Thema eines Vortrages auf, der beim Workshop *Embodiment und Repräsentation* am 08.11.2019 an der Universität Wien gehalten wurde. Die englische Fassung des Wiener Vortrags wurde im Tagungsband *Embodiment and Representation*, herausgegeben von Kerstin Störl, Peter Lang Verlag 2021, veröffentlicht.

Es sei auch vorausgeschickt, dass die hintergründige Unterscheidung von **Worten** und **Wörtern**, auf welche hier rekurriert wird, auf einen Vortrag von Albrecht Neubert zurückgeht, den er 1989 in der Philologisch-historischen Klasse der Sächsischen Akademie der Wissenschaften gehalten hat (Neubert 1991).

Mentale Repräsentationen werden in der Regel interdisziplinär erörtert, wobei sowohl linguistische als auch außerlinguistische Faktoren Berücksichtigung finden. Die in diesem Kontext bisher weniger diskutierte Perspektive der Translation ist geeignet aufzuzeigen, auf welche Weise mentale Repräsentationen, welche sich sowohl in lexikalischen, morphologischen und syntaktischen Textkomponenten als auch in der Ganzheit eines Textes spiegeln, durch den Sprachmittler aufgegriffen und verarbeitet werden können. Dabei ist u.a. die Frage von Interesse, inwieweit der Translationsprozess eine Objektivierung des Mentalen erfordert, und ob bzw. in welchen Grenzen diese überhaupt möglich ist.

Über das de Saussuresche ‚Axiom' der Notwendigkeit strikter Trennung von synchronischer und diachronischer Sprachbetrachtung, soweit es für das Thema relevant ist, setze ich mich in der vorliegenden Arbeit ganz bewusst hinweg. Es war immer meine Überzeugung, dass beide Betrachtungsweisen in dialektischer Weise zusammengehören. Damit wird keineswegs bestritten, dass es bisweilen zweckmäßig ist, sie strikt auseinanderzuhalten.

Ferner sei vorausgeschickt, dass die folgenden Überlegungen eher als **sprachphilosophisch** denn als **translationstechnisch** qualifiziert werden können. Der Untertitel *Mentale Repräsentation aus der Sicht der Sprachmittlung* lässt dennoch ahnen, dass es dabei gleichwohl um durchaus praktische Betrachtungen geht – oder, anders ausgedrückt, dass der Frage nachgegangen werden soll, in welcher Position sich eigentlich Übersetzer und Übersetzerinnen, und mehr noch Dolmetscher und Dolmetscherinnen, befinden, von denen erwartet wird, dass sie in angemessener Zeit ein brauchbares Ergebnis liefern. Insbesondere im Prozess des Dolmetschens sind die betreffenden Personen in ständigem Zugzwang, sie müssen buchstäblich innerhalb von Sekunden treffsichere Entscheidungen herbeiführen, ohne bewusst nach mentalen Abbildern und deren sprachlicher Ausdrucksform fragen zu können, geschweige denn nach den komplizierten Zusammenhängen zwischen beiden.

Die Verschiedenartigkeit der Ziel- und Zwecksetzungen für einen gegebenen Übersetzungsprozess, welche sich gewöhnlich in unterschiedlichen zu produzierenden Texttypen zeigt (Arbeitsübersetzung, inhaltsbearbeitende Übertragung, veröffentlichungsreife Übersetzung und was dergleichen mehr ist…), soll dabei, so wichtig sie auch ist, in den vorliegenden Betrachtungen nur am Rande berührt werden.

Schließlich sei darauf hingewiesen, dass Zitate aus fremden Sprachen nur in deutscher Übersetzung angeführt werden, soweit es sich um allgemeine Aussagen zu Sprache und Geist handelt und der Vergleich mit dem Original für die hier behandelte Thematik irrelevant ist. Zitate hingegen, welche der unmittelbaren Illustration translatorischer Probleme dienen, werden sowohl im Original als auch in der deutschen Übersetzung gegeben.

2 Vertraute Worte in versunkenen Wörtern

‚Mentale Repräsentationen' in der Linguistik und der Prozess des Übersetzens und Dolmetschens haben eine Gemeinsamkeit: Beide werden erst seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im modernen Sinne in wissenschaftlicher Form beschrieben und erörtert. Das ist mehr als erstaunlich, denn sowohl die Diskussion um Sprache und Idee als auch das Hin- und Herübertragen von Texten hat die Menschen schon seit mehr als zweitausend Jahren beschäftigt.

Die Übersetzungswissenschaft oder Translatologie hat sich zwar als eigenständige Wissenschaftsdisziplin erst im 20. Jahrhundert etabliert. Das heißt aber beileibe nicht, dass sich Menschen nicht schon zuvor Gedanken über das Hin- und Herübertragen von Texten von einer Sprache in eine andere gemacht hätten. Erinnert sei hier nur an Luthers berühmten *Sendbrief vom Dolmetschen*. Und auch ‚mentale Repräsentationen' mögen ein Begriff sein, der sich, zumindest in der Linguistik, ebenfalls erst seit dem 20. Jahrhundert als wissenschaftliche Kategorie zu etablieren begann. Gedanken dazu hat aber schon Platon (428 – 348 v.u.Z.) in Worte gefasst , auch wenn er andere **Wörter** benutzte. Ich denke dabei u.a. an den gegenüber Luthers ‚Sendbrief' nicht minder berühmten Dialog *Kratylos*. Platon hat andere **Wörter** benutzt als wir sie in den linguistischen Arbeiten von heute finden. Aber sind es vielleicht seine **Worte**, die uns beim Studium des *Kratylos* an die ‚mentalen Repräsentationen' von heute erinnern? Denn um nichts anderes geht es, wenn Platon sich ausführlich zum Verhältnis von **Sprache** und **Idee** äußert. In einem anderen Dialog, dem *Phaidros*, lässt er beispielsweise den Sokrates sagen:

> Wenn jemand das Wort ‚Eisen' oder ‚Silber' ausspricht, so denken wir dabei doch wohl alle dasselbe? – Doch, wie ist es, wenn er ‚gerecht' sagt oder ‚gut'? (Ritter (Platon) 1922: 84).

Zweifellos hat der berühmte Philosoph damit das Spannungsfeld zwischen mentalen Inhalten und sprachlichen Ausdrucksmitteln, das uns noch heute beschäftigt, in anschaulicher Form auf den Punkt gebracht.

Wenn es mit dem Verhältnis zwischen sprachlicher Hülle und gedanklichem Inhalt schon **innerhalb ein und derselben Sprache** seine Schwierigkeiten hat, wie Platon überzeugend aufzeigte, wie soll es dann erst um die Übertragung sprachlich gefasster Gedanken in eine andere Sprache stehen? Noch dazu, wo, wie allgemein bekannt ist, solcherart Schwierigkeiten bei der Translation keineswegs nur im Bereich der Lexik eines gegebenen Sprachenpaares zu verorten sind. Auch so manche grammatische Form oder Struktur, ebenso wie alle anderen Mittel der Sprache, lassen Zweifel daran aufkommen, ob die mit ihrer Benutzung beabsichtigten mentalen Abbilder beim Rezipienten der betreffenden Äußerung auch wirklich ankommen. Ein Beispiel ist der **Elativ**, eine bis heute nur allzu oft missverstandene und daher nicht selten falsch übersetzte Form (vgl. Baumgarten 2018). Auch die zahlreichen von Sprache zu Sprache variierenden Formen der Anrede sind häufig nicht auf einfache Äquivalenzbeziehungen zu reduzieren, denn sie sind **kulturspezifisch** determiniert. So hat beispielsweise Tolstoi in seinem Roman *Anna Karenina* beiläufig und völlig zu Recht erwähnt, dass die Benutzung der zweiten Person Plural für die höfliche Anrede einer einzelnen Person, die sowohl im Französischen als auch im Russischen üblich ist, in der einen Sprache keineswegs die gleichen Assoziationen und Gefühle hervorruft wie in der anderen. Es geht in der beschriebenen Szene um den betrogenen Ehemann der Anna Karenina und darum, wie er seiner Gattin einen Brief schreibt, in welchem er den ihm geboten scheinenden persönlichen Abstand einzunehmen gedenkt, ohne die Adressatin allzusehr vor den Kopf zu stoßen:

> Er schrieb den Brief ohne besondere Anrede und in französischer Sprache, *weil das Sie im Französischen nicht so kalt klingt wie im Russischen.* (Tolstoi 1969: 398; Hervorhebung W.B.).

Die hier zitierte Stelle aus dem Roman ist nicht allzu schwer zu übersetzen, aber was folgt aus der darin enthaltenen Feststellung beispielsweise für eine Übersetzung aus dem Französischen ins Russische und umgekehrt? Auch die übliche deutsche Übersetzung des französischen *vous* mit ‚Sie' bei der Anrede einer einzelnen Person – trifft sie in **jedem** Kontext **genau** das, was im Französischen verstanden wird? Das kann durchaus bezweifelt werden.

3 Grenzen der Mitteilbarkeit?

Ist die Wissenschaft vom Dolmetschen und Übersetzen inzwischen um wirklich entscheidende Schritte weitergekommen bei der Behandlung dieser Thematik? Es ist nicht zu leugnen, dass es Erkenntnisfortschritte, und dass es auch ein fortgesetztes Bemühen gibt, mehr Licht in die Sache zu bringen. Auch die in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer stärker in den Fokus rückende Diskussion um mentale Repräsentationen leistete und leistet dazu einen fortwährenden keineswegs zu unterschätzenden Beitrag.

Und dennoch: Ist nicht die mitunter schwierige, zum Teil recht technisch, ja technizistisch, anmutende Diskussion der mit dieser Thematik verbundenen Fragen – ist sie nicht bis heute ein Spiegelbild komplizierter Gedankenkonstruktionen, welche von dem berühmten Diktum *simplex sigillum veri* meilenweit entfernt sind – und zwar trotz aller wissenschaftlichen Arbeiten der letzten Jahre und Jahrzehnte, und trotz allen Fortschritts? Nicht nur denjenigen, welcher schnelle Orientierung sucht und der die damit zusammenhängenden Begriffe in einschlägigen linguistischen Fachwörterbüchern nachschlägt, sondern auch manchen, der die inzwischen schier unübersehbare Literatur zu diesem Thema aufmerksam und gründlich studiert, beschleicht mitunter das Gefühl, dass ihm der wesentliche Inhalt der Problematik eher verhehlt als schlüssig erklärt werden soll. Kein Wunder, sollte man meinen – resümiert doch Platon in seinem berühmten *Siebten Brief*[1] hinsichtlich der sprachlichen Mittel resignierend:

[1] Die Diskussion um die Echtheit dieses Briefes hat für die hier angestellten Überlegungen keine Relevanz.

> Kein Vernünftiger wird es wagen, das von ihm mit dem Geiste Erfaßte den unzuläng-lichen sprachlichen Mitteln anzuvertrauen und noch dazu, wenn sie ein für allemal festgelegt sind, wie es bei dem in Buchstaben Niedergeschriebenen der Fall ist. (Apelt (Platon) 1922: 134).

Werden wir also, um die Angelegenheit ganz pragmatisch zu betrachten, jemals sicher sein können, dass, was jemand **sagt** oder **schreibt**, auch das ist, was er sagen oder schreiben **wollte**? Zumindest in der naturwissenschaftlich-technischen Kommunikation sollte das in jedem Falle so sein. „Wissenschaft verlangt begriffliches Denken, das mitteilbar und systematisch ist." schrieb Karl Jaspers in der Einleitung zu seiner *Allgemeinen Psychopathologie* (Jaspers 1948:2). Begriffe wie ‚Eisen' oder ‚Silber' geben denn auf den ersten Blick auch wenig Spielraum für Verständnisunsicherheiten – erst recht, wenn man sie in chemische Symbole, *Fe* und *Ag*, fasst. Aber Vorsicht! Der Chemiker Mendelejev dachte dabei gewiss an etwas anderes als ein Metallwarenhändler es tut, und dieser wiederum an etwas anderes als ein Materialwissenschaftler oder gar ein Juwelier. Wie erst verhält es sich, wenn „[...] instinktive Ansichten, eine persönliche Intuition, die sich gar nicht mitteilen läßt [...]" (Jaspers 1948: 2) im Spiel sind? Dann wird es allemal ungleich schwieriger, ja nicht selten unmöglich.

Welche Konsequenzen nun diese offensichtliche Kluft zwischen Gedankenwelt und sprachlicher Hülle für die Sprachmittlung hat, soll im Folgenden anhand ausgewählter konkreter Beispiele näher untersucht werden.

4 Sprachmittlung zwischen Materie und Geist

Die Sprachmittlung – das Dolmetschen und Übersetzen – bewegt sich stets in dem oben skizzierten Spannungsfeld. Die Dolmetscher, Dolmetscherinnen natürlich eingeschlossen, werden, wie allgemein bekannt ist, im englischen und französischen Sprachraum hintergründig ‚Interpreten' genannt. Ob sie ‚Hermeneutiker' sind, sein **dürfen**, ist aber bis heute nicht unumstritten. Bei näherer Betrachtung wird sich jedenfalls zeigen, dass ihre sprachmittlerische Leistung weitgehend unabhängig von solchen Diskussionen ist. Denn in der Tat: Die Leistung professionell exzellenter Sprachmittler kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, mögen sie nun aus dieser oder jener Schule der Übersetzungswissenschaft kommen. Sie müssen ja nicht **Wörter**, sondern **Worte** richtig übersetzen, wozu sie aber das Bedeutungspotenzial der **Wörter** zunächst einmal sehr genau kennen müssen, um die hoffentlich klugen **Worte** (nicht **Wörter**!) dann richtig **interpretieren** zu können – jawohl, **interpretieren**! Sie haben keine Wahl, und zum Glück sind sie keine Maschinen. Am Ende müssen sie mit Hilfe von **Wörtern** einer anderen Sprache die richtigen **Worte** finden, und das blitzschnell! Das ist ein höchst komplexer Prozess. Es gehört weit mehr dazu, ihn zu bewältigen, als nur das Verstehen der hier einleitend in den Mittelpunkt gerückten **Begriffe**. Mehr noch: Alle Versuche, diesen Prozess gleichsam sezierend mit dem Skalpell des mathematisch-naturwissenschaftlich gebildeten Linguisten zu zerlegen, um ihn dann beschreiben und verstehen zu können, haben bisher zwar durchaus nützliche Arbeiten für die Optimierung der Ausbildung von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern hervorgebracht, darüber hinaus aber wenig mehr als schwer verdauliche Kost zu translatorisch-linguistischen Theorien und mangelhafte Leistungen computergestützter Übersetzungsmaschinen. Otto Kade, einer der Begründer der Leipziger Schule, sprach in diesem Zusammenhang beinahe spöttisch von einem „mikrolinguistischen" Ansatz (Kade/Neubert 1973: 163). Denn überaus wichtige Aspekte des Kommunikationsprozesses werden bei all diesen Versuchen fast immer an den Rand gedrängt, darunter außerlinguistische Faktoren wie Intention, Inspiration, Intuition und alles ‚Atmosphärische'.

In den folgenden Abschnitten sei auf einige konkrete Fälle aus der Translationspraxis eingegangen. Es soll gezeigt werden, auf welche Weise die in Wörtern verborgenen Worte, oder technizistischer ausgedrückt, wie die in sprachlichen Zeichen explizit gewordenen mental repräsentierten Inhalte durch Sprachmittler „dingfest" gemacht werden können und welche Schwierigkeiten dabei mitunter zu erwarten und zu bewältigen sind. Dabei wird auf die Problematik des sprachlichen Kontextes hier nicht weiter eingegangen, denn diese ist selbstverständlich im Translationsprozess unter *allen* Aspekten und in *allen* Phasen von höchster Relevanz und findet durchgängig eine dementsprechende Berücksichtigung.

5 Translationspraxis: Erkennen sprachlich verkörperter mentaler Inhalte

Es sei hier vor allem auf die Phase der Interpretation des Ausgangstextes eingegangen. Ja, es sei nochmals betont: der Interpretation, denn etwas anderes ist nur in engen Grenzen denkbar. Dabei mag der Eindruck entstehen, dass der Translationsprozess in dieser Phase vor allem semasiologisch bestimmt ist, aber das ist eine Täuschung. Sie kommt wohl daher, dass der Beobachter nur durch das Ergebnis der Translation von der Interpretationsarbeit des Sprachmittlers erfährt. Der Prozess selbst bleibt unsichtbar, er findet im Verborgenen statt. Schon in dieser Phase der verborgenen Interpretation, ist die onomasiologische Perspektive von Sprachmittlern, bezogen auf die Ausgangssprache, jedoch gleichermaßen relevant. Nicht etwa, weil sie sich überlegen müssen, wie sie dieses oder jenes benennen wollen, diese Mühe hat ihnen die Person, die den Ausgangstext verfasst hat, bereits abgenommen – sondern, weil sie sich in diese Person und in deren im weitesten Sinne soziokulturell bestimmte Gedankenwelt und sprachliche Motivation hineindenken müssen, um zu einem tieferen Verstehen des Gegenstandes des Translationsprozesses zu gelangen.

Die anderen Phasen des Prozesses, die Phase des ‚Kodierungswechsels' (nach Kade) und die Phase der Formulierung des Textes in der Zielsprache, bedürfen einer eigenen Betrachtung, für die hier nur am Rande Raum sein wird, zumal bei näherer Betrachtung die Kadeschen Begriffe auch noch relativiert bzw. präzisiert werden müssten.

5.1 Begriffe und Begriffsäquivalenz

Sprachmittler und Sprachmittlerinnen müssen sich bei ihrer Arbeit stets fragen, was Urheber bzw. Urheberinnen eines gegebenen Ausgangstextes mit den **Wörtern**, welche sie ausgesprochen bzw. niedergeschrieben haben, **meinen** – oder, anders ausgedrückt, was sie **im Sinn** haben. Das wird dann am besten gelingen, wenn beide Seiten sich schon geraume Zeit kennen. Für Sprachmittler ist es von unschätzbarem Wert für ihre Arbeit, wenn sie das Umfeld und die Geschichte der Beziehungen zwischen ihren Auftraggebern schon kennen, wenn sie die Texte, die sie zu interpretieren haben, in ihren größeren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen, und historischen Kontext eingebettet sehen. Kluge Auftraggeber wissen das – und sie engagieren für die Sicherung einer reibungslosen Kommunikation mit bekannten Partnern gern immer denselben Sprachmittler oder dieselbe Sprachmittlerin, sofern sie gute Erfahrungen mit ihnen gemacht haben. Die Sprachmittler werden immer genauer interpretieren, je länger sie in den Prozess der Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen der Kommunikationspartner eingebunden sind – oder, wenn man so will, je leichter es ihnen fällt, die onomasiologische Perspektive einzunehmen. Sie werden mit immer größerer Wahrscheinlichkeit genau wissen, was ihr Gegenüber bei der Benutzung bestimmter Wörter als wesentlich wahrgenommen haben möchte. Dieses Wissen ist auch für erfahrene Sprachmittler keineswegs selbstverständlich, und es ist zudem aus keinem Wörterbuch und in keiner noch so guten Ausbildung zu erfahren.

Woran beispielsweise denkt jemand, wenn er vom ‚Wert' eines Topfes spricht? Nicht von Äußerlichkeiten ist hier die Rede, welche zu berücksichtigen wären – nicht von den

verschiedenen Arten der Töpfe: Nachttopf, Kochtopf, großer Topf, kleiner Topf, eiserner Topf, Aluminiumtopf usw., denn da hilft in der Regel schon der Begriff weiter. Es geht vielmehr um das Wesen des Wertes eines wie auch immer gearteten Topfes.

„[...] aus ton formt der töpfer den topf/wo er hohl ist/liegt der nutzen des topfs […] /so bringt seiendes gewinn/doch nichtseiendes nutzen", hören wir den weisen Laudse (Laozi, 6. Jh. v.u.Z.) dazu sagen (Laudse 1970: 67). Mit diesen Worten nahm der chinesische Philosoph vor mehr als zwei Jahrtausenden die Unterscheidung von Wert und Gebrauchswert vorweg! Welcher Ökonom könnte nicht ein Lied davon singen, wie schwierig es mitunter ist, sich mit ökonomisch nicht besonders gebildeten Leuten über Wert und Preis zu unterhalten?

Und weiter: Woran dachte Mark Twain, als er seinen *Huckleberry Finn* das Wort *nigger* benutzen ließ (Twain 1885)? Woran dachte die kongeniale deutsche Übersetzerin, die dieses Wort ungefiltert für ihre deutsche Übersetzung verwendete (Twain (dt.) 1890)? Und Astrid Lindgren, als sie *Pippi Langstrumpf* stolz davon berichten ließ, dass ihr Vater ein *negerkung* sei (Lindgren 2012: 43), also ein ‚Negerkönig' – woran dachte sie? Kann Twain, kann Lindgren, nur weil sie solche Begriffe verwendet haben, etwa eine rassistische Einstellung unterstellt werden? Wohl kaum, selbst nach heutigen Maßstäben – jedenfalls nicht ernsthaft. Man mag es drehen und wenden wie man will: Letztlich ging es beiden Schriftstellern um die lebensnahe und authentische Darstellung ihres jeweiligen Stoffes, und dazu benötigten sie diese Wörter. Einem Jungen wie *Huck Finn* wäre es niemals eingefallen, sich um ‚political correctness' zu scheren. Astrid Lindgrens *Pippi Langstrumpf* verdankt ihre Lebendigkeit bis heute dem feinen Gespür ihrer Schöpferin für Kinder und für deren Sprache und Gefühle. Zudem waren beide Schriftsteller zweifellos Kinder ihrer Zeit, wie wir alle es sind. Hier kommt ein weiterer Aspekt ins Spiel: mentale Repräsentationen sind für die Sprachmittlung nicht nur über Sprach- und Kulturgrenzen, sondern auch über **Zeit**grenzen hinweg von Bedeutung, sobald es um die Übersetzung historischer Texte oder um die Vermittlung aktueller Texte mit historischem Inhalt geht.

Aber nicht nur das: Im Zusammenhang mit der Revitalisierung bedrohter Sprachen ergibt sich die Notwendigkeit, entstandene Zeitlücken **innerhalb ein und derselben Sprache** zu überbrücken – was letztlich auch eine Art von Sprachmittlung ist! Es ergibt sich die Notwendigkeit, neue Wörter zu kreieren, um die moderne Welt sprachlich zu spiegeln. Dadurch können Brüche in traditionellen mentalen Abbildern entstehen, wie sie sich beispielsweise in der hawaiianischen Neuschöpfung für ‚Computer' – *lolo uila* – zeigen. Das heißt wörtlich ‚elektrisches Hirn', womit junge Hawaiianer kein Problem haben. Die ältere Generation, und insbesondere die alte Generation der wenigen echten noch lebenden Muttersprachler weist jedoch darauf hin, dass im alten Hawaii das Denken und das Fühlen nicht im Gehirn, sondern in den Eingeweiden verortet wurde. Sie empfinden die Wortneuschöpfung daher als durchaus unpassend. Vermutlich wird sie sich trotzdem durchsetzen.

Eine besonders große Rolle spielt das richtige Verhältnis zwischen Worthülse und mentalen Abbildern zweifellos in Philosophie und Religion, denn hier geht es um Überzeugungen, welche mit Hilfe der Sprache möglichst zuverlässig transportiert werden sollen. Das arabische Wort ألله [al-lāh] beispielsweise heißt als **Lexem** nichts anderes als ‚der Gott'. Aber was ist das für ein Gott? Muslime und Christen haben, obwohl sie – jeder in seiner Sprache – das gleiche, lexikalisch ohne weiteres übersetzbare **Wort** verwenden, dabei völlig verschiedene **Begriffe** im Sinn, welche sich u.a. in den jeweils mit ‚Allah' bzw. ‚Gott' in Zusammenhang gebrachten Epitheta zeigen. Dabei geht es hier nicht um theologische Einzelheiten, aber eines ist klar: Der strenge Monotheismus des Islam steht in krassem Gegensatz zur christlichen Trinitätslehre, schon deshalb ist die Lexikon-Äquivalenz der Begriffe ‚Gott' und ‚Allah' oberflächlich. Und dennoch: Wenn arabische Christen ألله sagen, dann besteht, solange sie nicht vom Islam reden, keinerlei Zweifel, dass sie ‚Gott' meinen, so wie er im Christentum

verstanden wird. الله ist das entsprechende Wort in der arabischen Bibel. Aus den hier genannten und weiteren Gründen kann es in bestimmten Situationen durchaus sinnvoll oder sogar geboten sein, das arabische Wort unübersetzt zu lassen und die eingedeutschte Form ‚Allah' zu verwenden, solange vom Islam die Rede ist.

Ein weiteres Beispiel aus dem Arabischen mag verdeutlichen, dass mentale Abbilder, durch bestimmte Begriffe hevorgerufen, durchaus auch mit der Herkunft dieser Begriffe zu tun haben könnten, obwohl diese dem durchschnittlichen Benutzer oder der normalen, sprachlich nicht besonders gebildeten Benutzerin der Sprache im Augenblick des Sprech- oder Schreibaktes in der Regel nicht bewusst ist. Denken wir bei Benutzung des Wortes ‚Schlüssel' daran, dass wir mit diesem Schlüssel nicht nur **schließen**, sondern auch **öffnen** können? Im übertragenen Sinne ist der ‚Schlüssel' zuweilen sogar überwiegend ein **Öffner**, wie beispielsweise der ‚Notenschlüssel' oder der ‚Schlüssel' zu einem ‚verschlüsselten' Text. Aber denkt ein Araber, wenn er das lexikalische Äquivalent مفتاح [miftāḥ] (d.i. ‚Gerät zum Öffnen', ‚Flaschenöffner', ‚Dosenöffner') benutzt – denkt er daran, dass er mit diesem Gerät die Tür nicht nur **öffnen**, sondern durchaus auch **verschließen** kann? Es darf als gesichert gelten, dass die Alltagserfahrung die ursprüngliche Bedeutung der Wortwurzel in den meisten Fällen überlagert, und dass die Benutzer beider Sprachen durchaus wissen, wozu ein ‚Schlüssel/مفتاح' nützlich ist. Die Frage ist aber: Hat die Wortherkunft vielleicht Spuren im Unterbewusstsein hinterlassen? Das ist keinesfalls auszuschließen, denn in beiden Sprachen gibt es zahlreiche andere Wörter der jeweiligen Wurzel, welche im Falle des Arabischen nur auf **öffnen**, im Falle des Deutschen nur auf **schließen** Bezug nehmen. Um beim Arabischen zu bleiben: Ein مفتاح ist ein Gerät, mit dem man die Tür öffnen, aber zweifellos auch verschließen kann. Flaschen oder Dosen kann man damit aber nur **öffnen** und definitiv **nicht verschließen**. Und die allgegenwärtige فاتحة [fātiḥa], die den Koran **eröffnende** Erste Sure, ist das Gegenteil von einem Schlusskapitel. Schließlich, und damit soll dieser Punkt hier abgeschlossen werden, kennt jedes arabische Kind den berühmten Spruch aus *1001 Nacht* إفتح يا سمسم [iftaḥ yā simsim], ‚Sesam **öffne** dich!'. Natürlich können Sprachmittler in vielen Situationen rein mechanisch vorgehen und مفتاح, je nach Kontext, mal mit ‚Schlüssel', mal mit ‚Flaschenöffner', mal mit ‚Dosenöffner' übersetzen. Dass es sich im Arabischen in allen drei Fällen primär einfach nur um einen **Öffner** handelt, lässt sich nicht so einfach übermitteln.

Ein etwas anders gelagertes lexikalisches Problem begegnet uns bei dem im Russischen vorhandenen Dualismus der Adjektive *русский* und *российский*, ‚russisch', sowie *немецкий* und *германский*, ‚deutsch'. Hier spiegelt sich, wenn man so will, die russische Seele – oder, wie Vjačeslav Ivanov es formuliert hat, „das dualistische Prinzip in Rußlands geschichtlichem Dasein" ([Ivanov] Iwanow 1930: 10ff.). Mit *русский* wird auf das Land, auf das Volk, auf seine Sprache und Kultur Bezug genommen, während sich *российский* auf den Staat und auf alles bezieht, was mit ihm zusammenhängt. Alles, was *российский* ist, ist dem Russen demnach immer fremd geblieben und hat mit *русский* nichts zu tun. Was *российский* ist, wird als aufgesetzt empfunden, auch wenn es meist respektiert wird, aber Herz und Seele sind zutiefst *русский*.[2] Analog verhält es sich mit den Begriffen *немецкий* und *германский*, wobei die

[2] Ivanov geht noch weiter und spricht von der Polarität zweier Kulturen in Russland – der ‚organischen' Kultur der Volksmassen und der ‚kritischen' Kultur der „im modernen Sinne Gebildeten". Erstere sei wesentlich antik und kirchlich-byzantinisch geprägt, sich sprachlich auch in der liturgischen Gräzität ausdrückend, während letztere „von jeher aus Westeuropa fortwährend eindringend, vor zwei Jahrhunderten aber von Staatswegen gewaltsam importiert" worden sei. (Iwanow 1930: 24f.). Diese Überlegungen sind rund 90

Deutschen das Privileg besitzen, außer den Russen die einzige Gemeinschaft zu sein, auf welche das dualistische Prinzip der strikten Unterscheidung von *Land* und *Staat* angewendet wird. Es gab den ebenso ungeschickten wie untauglichen Versuch, den Begriff *российский* irgendwie so ins Deutsche zu übertragen, dass der Unterschied zu *русский* explizit wird. Dabei wurde dann die offizielle Staatsbezeichnung *Российская Федерация* als ‚Russländische Föderation' verdeutscht – ein Wortungetüm, das weder vom deutschen Auswärtigen Amt noch vom österreichischen Bundesministerium Europäische und internationale Angelegenheiten übernommen wurde. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten umgeht das Problem, indem es meist nur von „Russland" spricht, während bei Benutzung der offiziellen Staatsbezeichnung die Variante „russische Föderation" (sic!) üblich ist. Haben wir es hier mit einer Kapitulation vor den Schwierigkeiten zu tun, mentale Inhalte, die doch die eine Sprache recht gut in ihrem Wortschatz spiegelt, in die andere Sprache zu übertragen? Wir könnten ja ‚russisch' und ‚russländisch' benutzen, manche Historiker und Russlandexperten tun das wohl auch. Ein Übersetzungsprogramm würde es ebenfalls, selbstverständlich ohne Bedenken, tun, würde es entsprechend eingerichtet werden. Aber die meisten Menschen? Irgendwie mögen sie das Wortungetüm nicht… So bleibt es dann wohl letztlich bei dem immer wieder gern kolportierten Satz, Russland könne man nicht verstehen, an Russland könne man nur glauben!

Wie steht es mit den drei englischen Begriffen *Arab*, *Arabian* und *Arabic*? Das Deutsche kennt dafür nur einen Ausdruck: ‚arabisch'. Im Falle von *Arabic* geht es immer um die arabische **Sprache**, insofern herrscht hier Klarheit auch bei der Übersetzung ins Deutsche. Wie ist es aber mit *Arab* und *Arabian*? Natürlich können die englischen Begriffe erklärt werden, aber kann man sie **übersetzen**? Die subtile Unterscheidung zwischen diesen beiden Begriffen ist dem Deutschen fremd. *Arab* evoziert immer Assoziationen an die moderne Welt, während *Arabian* einerseits ein Begriff mit historisch-historisierendem Bezug ist und sich auf ein heute imaginäres ‚Arabien' bezieht (das *Arabia Felix* der Römer) oder Realia bezeichnet, welche typisch arabischen Ursprungs sind, wie beispielsweise *Arabian horses*, ‚Araber(pferde)'. Ausgehend von den geschichtlichen Verhältnissen auf der Arabischen Halbinsel kommt es außerdem in dem zusammengesetzten Adjekiv *Saudi-Arabian* vor. Bei Übersetzungen englischer Texte ins Deutsche können die mentalen Abbilder, welche die englischen Begriffe *Arab* und *Arabian* hervorrufen, nur mit großem Erläuterungsaufwand und unter Verlust der ursprünglichen Kürze übermittelt werden. Meist werden Übersetzungen darauf verzichten und eben unterschiedslos den deutschen Begriff ‚arabisch' verwenden.

Ein geradezu klassisches Beispiel für nur oberflächliche lexikalische, um nicht zu sagen, Lexikon-Äquivalenz, sind die Farbbezeichnungen, wenn sie mit ihrem tatsächlichen Gebrauch in den verschiedenen Sprachen verglichen werden. Eines der bekanntesten Beispiele dürfte der ‚Goldfisch' sein, der auf Französisch *poisson rouge* heißt. Der Betrunkene ist im Deutschen ‚blau', im Französischen jedoch *gris*, im schwereren Fall sogar *noir*! Die nordamerikanischen Lakota benutzen für die Farbe des Himmels und diejenige der Vegetation den gleichen Begriff, *tȟó*. Soll aber etwas anderes als die Vegetation mit dem Begriff ‚grün' bezeichnet werden, so heißt es *tȟózi* – das ist ein Kompositum aus den Begriffen für ‚blau' und ‚gelb', welche in der Mischung grün ergeben!

Wenn Eigennamen eine bestimmte Bedeutung innewohnt, auf die im Text Bezug genommen wird, dann werden bei Lesern stets mehr oder weniger relevante Assoziationen geweckt. So beschreibt Balzac *Monsieur Séchard* als einen Mann, der

Jahre alt, und seither haben viele einschneidende Ereignisse im Leben der Sowjetunion bzw. Russlands tiefe Spuren hinterlassen. Dennoch dürfte Ivanovs Einschätzung auch heute noch einige Relevanz besitzen.

> [...] fidèle à la destinée que son nom lui avait faite, était doué d'une soif inextinguible. (Balzac 1983: 8).
> Dieser Mann also war, getreu der Bestimmung, die sein Name ihm auferlegt hatte, mit einem unauslöschlichen Durst begabt (Balzac 1972: 11).

Wer des Französischen mächtig ist versteht das sofort und lächelt vermutlich bei der Lektüre still in sich hinein – aber wie soll man das ins Deutsche übersetzen, ohne den Zusammenhang des Namens *Séchard* mit *sec,* ‚trocken', zu erklären? Ein Witz, den man erst erklären muss, ist bekanntlich kein Witz mehr. Also hat der Übersetzer das Problem einfach ignoriert. Er hat auch nicht versucht, die Pointe, die in dem Satz steckt, durch eine Anmerkung oder ähnliches zu erklären.

Auch Gattungsnamen, nicht nur aus der Mythologie, stellen Übersetzer vor große Herausforderungen. Der norwegische Übersetzer Olav H. Hauge war überzeugt, dass er bei der Übersetzung von Hölderlins *Schicksalslied* den Begriff ‚selige Genien' in Anlehnung an die nordische Mythologie als *sæle fylgjor* übersetzen sollte (zitiert in: Myrvoll/Spaans 2018: 329). Unter *fylgjor* werden *kvinnelege verneånder,* ‚weibliche Schutzgeister' verstanden (o.V. 2006: 351). Hätte er vielleicht gar ‚Zeus' anderswo als *Odin* übertragen, und wie hätte er das gerechtfertigt?

Im Hawaiianischen gibt es den verbal gebrauchten Begriff *menehune*. Er bedeutet soviel wie ‚sich zusammenfinden, um eine gemeinsame Aufgabe zu lösen'. Als Gattungsbegriff bezeichnet er kleinwüchsige Wesen, welche sich des Nachts zusammenfinden, um alle möglichen nützlichen Arbeiten zu verrichten. Die Versuchung, diese Wesen in einer deutschen Übersetzung als ‚Heinzelmännchen' zu bezeichnen, ist natürlich groß. Sollten Übersetzer ihr nachgeben? Ich weiß es nicht. Nur eines steht fest: Täten sie es, so würde dabei jegliches Originalkolorit unweigerlich verlorengehen.

Besonders schwierig wird es schließlich für Sprachmittler, speziell für Dolmetscher, welche ja blitzschnell handeln müssen, vor allem dann, wenn sich spontane Äußerungen vom allgemeinen Sprachgebrauch unterscheiden. Das geschieht vor allem, wenn Sprecher der Ausgangssprache in ihren Heimatdialekt verfallen, oder wenn sie sich besonders originell ausdrücken möchten, oder wenn sie aus anderen Gründen von der dokumentierten Standardsprache abweichen. Dolmetscher sind erfahrungsgemäß für solche Fälle am besten gewappnet, wenn sie nicht nur die Sprache ihres Mandanten, sondern auch sein soziales, politisches, kulturelles, wirtschaftliches, historisches und, ja – auch sein **mentales** Umfeld hervorragend kennen. Diesem hohen Anspruch jederzeit gerecht zu werden ist eine Forderung, die das Menschenmögliche oftmals übersteigt. Dessen sollten wir uns immer bewusst sein, wenn wir glauben, die Leistung eines Dolmetschers oder einer Dolmetscherin bemängeln zu müssen…

5.2 Unterschiedliche Grade von Personalisierung

Für die polynesischen Sprachen ist es charakteristisch, dass sie über zwei parallele Systeme von Possessiva verfügen, welche sich phonetisch-morphologisch nur durch einen einzigen Vokal unterscheiden. In dem einen System taucht der Vokal *o* auf, in dem anderen der Vokal *a*. Die Frage, wann die Possessiva der *o*-Kategorie anzuwenden seien und wann diejenigen der *a*-Kategorie, gehört zu den am meisten diskutierten grammatischen Problemen der Polynesistik. Es konnte trotz zahlreicher Untersuchungen bis heute nicht vollständig geklärt werden, mit welcher Art mentaler Repräsentation wir es im Falle dieser beiden Kategorien von Possessiva zu tun haben. Es scheint so zu sein, dass besonders bedeutsame, Körper oder Geist unmittelbar betreffende Dinge, über welche man selbst keine Macht hat bzw. die man selbst nicht geschaffen hat oder schaffen kann, mit den Possessiva der *o*-Kategorie bezeichnet werden. Aber nicht nur Dinge, auch Personen oder Prozesse sind von dieser Denkweise

betroffen. So werden beispielsweise im Hawaiianischen alle Angehörigen der eigenen und der älteren Generationen, wenn es sich um Verwandte handelt, mit dem Possessivum der *o*-Kategorie bezeichnet: *ko'u makuahine*, ‚meine Mutter', *ko'u kupuna kāne*, ‚mein Großvater'. Angehörige der nachfolgenden Generationen werden dagegen mit dem Possessivum der *a*-Kategorie bezeichnet: *ka'u kaikamahine*, ‚meine Tochter'. Dieses System ist sehr effektiv, denn in konsequenter Anwendung ermöglicht es erstaunliche Differenzierungen. So ist beispielsweise *ka'u ki'i* ‚mein Bild' im Sinne von ‚das Bild, das ich geschaffen habe' (ich hatte die Macht darüber), aber *ko'u ki'i* ist ‚mein Bild' im Sinne von ‚das Bild, auf dem ich dargestellt bin' (jemand anders hatte die Macht darüber). Ebenso ist es mit *kāna hale*, ‚sein/ihr Haus' (das Haus, das er/sie gebaut hat) und *kona hale*, ‚sein/ihr Haus' (sein/ihr Elternhaus oder das Haus, das er/sie geerbt hat). Mit *ka'u kumu*, ‚mein Lehrer', ist zugleich gesagt, dass ich mir diese Person selbst als Lehrer gesucht habe und sie auch wieder entlassen kann, ich bin ihr nicht ausgeliefert, sie hat keine Macht über mich. Diese Einstufung ist interessant, verfügt doch der Lehrer in der alten hawaiianischen Kultur über ein sehr hohes Prestige. Ein Freund, *hoaaloha*, auch wenn man ihn sich selbst aussuchen und ihm die Freundschaft unter Umständen auch kündigen kann, wird immer mit einem Possessivum der *o*-Kategorie bezeichnet: *ko'u hoaaloha*, ‚mein Freund'. Ist das einfach nur eine zufällige Ausnahme im grammatischen System, oder steckt dahinter eine spezielle Denkweise? Ich neige zu der Annahme, dass es letzteres sei.

Personalisierung sprachlicher Äußerungen ist unabhängig von der konkret zu untersuchenden Sprache allgegenwärtig, was angesichts der Kommunikationsfunktion von Sprache in der Gesellschaft selbstverständlich ist und keiner weiteren Begründung bedarf. Eines der augenfälligsten Merkmale *aller* menschlichen Sprachen ist die Existenz eines Systems von Personalpronomen, welchen in der Regel entsprechende Possessivpronomen gegenüberstehen. Die Eigenheiten, durch welche sich einzelne Sprachen auf diesem speziellen Gebiet von anderen Sprachen unterscheiden, betreffen allein **Differenziertheit** und **Gebrauch** dieser Redeteile, die in der Sprachmittlung stets sorgfältig zu beachten sind. Dafür seien zwei Beispiele aus einer polynesischen Sprache, dem Hawaiianischen, im Kontrast mit dem Deutschen, angeführt. Im ersten Beispiel geht es um den Begriff der ‚Haftung'. Das Deutsche begnügt sich bei der Benennung der haftenden oder haftbar zu machenden Person mit der einfachen Nennung des Subjekts, gegebenenfalls auch in Form eines Personalpronomens: „der Halter des Fahrzeugs haftet, er haftet, sie haftet" usw. Das Hawaiianische hebt in solchen Fällen die haftbar zu machende Person mit Hilfe einer Partikel, welche die Funktion einer Präposition hat, zwingend hervor: ***nona*** *ke kuleana uku pohō*, wörtlich ‚**ihm/ ihr** obliegt die Verantwortung, für den Schaden zu bezahlen'. Diese *mise en relief*, diese Hervorhebung des Subjekts (von außerhalb des hawaiianischen Sprachsystems betrachtet), kann im Hawaiianischen im gegebenen Kontext nicht umgangen werden. Sie entspricht der Größe der Verantwortung einer haftenden Person. Auch in anderen Kontexten, und hier komme ich zum zweiten Beispiel, scheint das Hawaiianische auf die Personalisierung der Aussage größeren Wert zu legen als das Deutsche. Strikte Hervorhebung gleich am Satzanfang ist keine Seltenheit, sondern eher die Norm: *I* ***ko'u*** *'ike mua 'ana, 'a'ohe hewa.*, wörtlich ‚Auf **meinen** ersten Blick gibt es keinen Fehler.'. Diese Ausdrucksweise impliziert auch regelmäßig eine respektvolle Distanz zum Gesprächspartner, dem es unbenommen bleibt, die Sache auf **seinen** ersten Blick anders zu betrachten. Sie ist im Hawaiianischen zwingend. Das Possessivum kann hier nicht weggelassen oder durch den bestimmten Artikel ersetzt werden. Eine adäquate Übersetzung ins Deutsche wäre etwa ‚**Ich für meinen Teil** erkenne auf den ersten Blick keinen Fehler.', wobei auch die Intonation relevant ist. Die Personifizierung der Aussage erfolgt in beiden Sprachen auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlicher Intensität.

Vielleicht ist es so, dass in manchen Sprachgemeinschaften die Hervorhebung der Ich-Perspektive von größerer Relevanz ist als in anderen. Das kann auch Ausdruck einer Anti-Aggressions- bzw. Deeskalationsstrategie sein („**Ich** sehe das so, aber **du** kannst es ja anders sehen.“). Professionelle Sprachmittler spüren so etwas aus ihrer täglichen Erfahrung heraus. Die Ausbildung kann angehende Sprachmittler und Sprachmittlerinnen anhand von Beispielen für solche Probleme sensibilisieren, die Erfahrung kann sie natürlich nicht ersetzen, wie auch in allen anderen Berufen.

Andererseits kann die Betonung des Persönlichen natürlich auch Ansprüche hervorheben. Wo in archaischen Gesellschaften persönliches Eigentum lediglich durch Gewohnheitsrecht, aber kaum auf andere Weise effektiv geschützt ist, wird sein Bestehen anderen gegenüber **notwendigerweise** stärker hervorgehoben. Die von vielen Arabern oft als „zurückgeblieben“, teils sogar als „kindlich“ belächelten Bewohner des Jemen, einer zweifellos rückständigen Region, sagen beispielsweise الكتاب حقي [al-kitāb ḥaqqī], ‚das Buch meines Rechtes‘, ‚das Buch, auf das ich ein Recht habe‘ – und meinen damit nichts anderes als ‚mein Buch‘! Ich habe beobachtet, dass das bei Arabern, die aus anderen Regionen stammen, fast immer ein nachsichtiges und beinahe mitleidiges Lächeln hervorruft. Denn Eigentumsverhältnisse werden im Hocharabischen, aber auch in vielen Dialekten, ganz simpel mit Hilfe meist einsilbiger, nicht besonders betonter Suffixe angezeigt: كتاب [kitāb], ‚ein Buch‘, كتابي [kitābī], ‚mein Buch‘, كتابك [kitābak], ‚dein Buch‘ usw. Manche Jemeniten sind sich, nebenbei gesagt, ihrer gefühlt unterlegenen soziokulturellen Position innerhalb der arabischen Welt durchaus bewusst, und Werner Diem hat seinerzeit in anderem sprachlichen Kontext berichtet, dass sie sich ihres Dialekts bisweilen sogar schämen (Diem 1973:20).

Es gibt in diesem Zusammenhang selbstverständlich unzählige weitere Phänomene, auf welche in der vorliegenden Studie allein aus Platzgründen nicht eingegangen werden kann. Nur auf folgendes sei noch verwiesen: Die für einige Sprachenpaare bestehenden wichtigen Unterschiede bei der Behandlung des natürlichen und des grammatischen Geschlechts sind für den Sprachmittlungsprozess ebenfalls ein höchst wichtiges und interessantes Thema. Ich weise an dieser Stelle nur auf die Untersuchung von Uwe Kjær Nissen von der *Syddansk Universitet* hin, der Wichtiges dazu beigetragen hat (Nissen 2002).

5.3 Nominal- und Verbalphrase

Bei Übersetzungen aus den morphologisch äußerst zurückhaltenden polynesischen Sprachen ist es, wie auch bei vielen anderen Sprachen weltweit, besonders wichtig, die Ausdrucksmöglichkeiten syntaktischer Strukturen mit Tempus- und Aspektrelevanz genau zu erkennen und entsprechend zu verarbeiten. So wird die überwiegend als Tempuspartikel gebrauchte Wortform *tē* im Tahitianischen in aller Regel mit einer der sogenannten ‚deiktischen‘ Partikeln *nei* oder *ra* verknüpft. Aus dieser Kombination ergibt sich eine außerordentlich genaue und differenzierte Ausdrucksweise. *tē* legt Gegenwartsbezug nahe, während *nei* sowohl temporale als auch lokale Nähe bezeichnet. Der Satz *Tē ha'api'i nei au i te reo tahiti.* bedeutet also ‚Ich lerne – und zwar hier und jetzt – gerade Tahitianisch.‘ (und ich möchte vielleicht dabei nicht gestört werden). Die Partikel *ra* dagegen bezeichnet sowohl temporale als auch lokale Ferne. Das passt auf den ersten Blick mit *tē*, welches ja Präsensbezug herstellt, also temporale Nähe ausdrückt, nicht gut zusammen. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass *ra* die zeitliche Nähe keineswegs aufhebt, sondern nur modifiziert. So bedeutet der Satz *Tē ha'api'i ra vau i te reo tahiti.* zwar ebenfalls ‚Ich lerne gerade Tahitianisch.‘, aber eben nicht hic et nunc, sondern in einem allgemeineren Sinne: dieser Tage, in diesen Wochen und Monaten, zum Beispiel irgendwo in einem Tahitianischkurs.

Mit Hilfe der das Verb begleitenden Partikeln entstehen auch Strukturen, in welchen ursprüngliche Zustandsverben vereinfachend durchaus als Adjektive verstanden werden können. Ein Beispiel ist *to'eto'e*, ‚kalt sein'. Das Wörterbuch der *Académie Tahitienne* verzeichnet dieses Wort tatsächlich (simplifizierend?) als ‚Adjektiv'. Mit dieser Einstufung wird die Wahrnehmung von *to'eto'e* jedoch unnötig eingeschränkt. Denn der Satz *'Ua to'eto'e.*, in welchem *to'eto'e* durch die das Verb begleitende Partikel *'ua* eindeutig als *Verb* identifizierbar ist, bedeutet eben **nicht** einfach ‚Es ist kalt.', sondern ‚Es ist kalt **geworden**.' – womit zugleich gesagt wird, dass es jetzt kalt **ist** und dass sich das auch wieder ändern kann! Wird *to'eto'e* ohne verbbegleitende Partikel gebraucht, beispielsweise wenn es einem Nomen folgt, so handelt es sich streng genommen ebenfalls nicht um ein Adjektiv, sondern um einen asyndetisch angeschlossenen Relativsatz: *pape to'eto'e*: ‚Wasser, welches kalt ist'. Dies ist für polynesische Sprachen durchaus typisch. So verzeichnen Elbert und Pukui das entsprechende hawaiianische Äquivalent *anuanu* ganz richtig als statisches Verb, und das *Hawaiian Dictionary* kennt generell keine Adjektive. Jan Ullrich hat für das Lakota immer wieder nachdrücklich betont, dass es keine Adjektive kennt, sondern nur statische Verben. Haben wir es hier vielleicht mit einer Vorstufe der Entwicklung hin zum Adjektiv zu tun? Im Arabischen jedenfalls sind praktisch alle ursprünglichen, also nicht mit Hilfe der *Nisba*-Endung von Substantiven abgeleiteten Adjektive, quasi zu Adjektiven „geronnene" Partizipien oder deren Derivate, und damit können sie ausnahmslos auf Verben zurückgeführt werden. Suggeriert uns unsere landläufige Vorstellung von den Wortarten vielleicht nur, dass es doch Adjektive schließlich geben müsse?

6. Der kommunikativ-ästhetische Aspekt

Manchmal muss eine Übersetzung nicht nur richtig, sondern auch schön sein. Übersetzungen poetischer Texte müssen sich allemal an diesem Anspruch messen lassen – es sei denn, sie werden aus analytisch-linguistischen Gründen angefertigt, aber das wäre zweifellos ein Spezialfall. Werner Creutziger hat seinerzeit *Die Bibel in heutigem Deutsch (Die Gute Nachricht)* mit der Lutherbibel verglichen. In der Zeitschrift *neue deutsche literatur* fasste er sein Urteil 1983 in den prägnanten Worten zusammen: „Luthers Deutsch ist schöner, und weil es schöner ist, ist es richtiger!" (zitiert in: o.V. 1987: 57). Von Johannes Jessens niederdeutscher Bibelübersetzung könnte man sicher auch sagen, sie sei richtig, weil sie schön ist. Da heißt es beispielsweise, wo Luther „Es werde Licht! und es ward Licht." (Luther 1955: AT Gen 1,3) geschrieben hatte, ganz richtig „Dat schall hell warrn! Un mit enen Slag wörr dat hell" (Jessen 1980: AT Gen 1,3). Hier spüren niederdeutsche Leserinnen und Leser den göttlichen Imperativ und seine unmittelbare Folge, und nicht etwa in einem dem hebräischen Original יְהִי אוֹר וַיְהִי־אוֹר (Kittel 1925: AT Gen 1,3) wortwörtlich nachempfundenen und hölzernen **Dor wüür Licht! Un dor wörr'd Licht.* Ein sicher eindrucksvolles Beispiel dafür, dass Sprachmittler, hier der Übersetzer oder die Übersetzerin, nicht **Wörter**, sondern **Worte** übersetzen müssen. So heißt es denn bei Jessen auch einfach „Man jo keen Angst!" (Jessen 1980: NT Luk 2,10), wo Luther die Worte gewählt hatte „Fürchtet euch nicht!" (Luther 1955: NT Luk 2,10). Auch hier spricht der Geist des in diesem Falle griechischen Originals, *μὴ φοβεῖσθε* (Nestle 1914: NT Luk 2,10) gleichermaßen zum Leser des hochdeutschen wie des niederdeutschen Textes, man könnte auch sagen, das ist die in adäquaten Sprachformen gespiegelte mentale Repräsentation, hervorgerufen durch das Original – aufgespürt im ursprünglichen Text und eingefangen in Wörtern der jeweiligen Zielsprache.

Um ein weiteres Beispiel zu nennen: Ich bin versucht zu behaupten, dass eine schönere, und damit eine richtigere deutsche Übersetzung der Homerischen Epen als jene von Johann Heinrich Voss unter poetischem Gesichtspunkt kaum je möglich sein wird. Die Vossische

Sprache atmet Rhythmus und Geist der altgriechischen Hexameter, was Voss nicht zuletzt durch die kühne Schaffung von Epitheta gelungen ist, welche zu seiner Zeit für das Deutsche durchaus unüblich waren:

> *ἄνδρα μοι ἔννεπε, Μοῦσα, πολύτροπον, ὃς μάλα πολλὰ πλάγχθη* [...] (Hom. Od.1,1–2/Thiel 1991)
> ‚Sage mir, Muse, die Taten des vielgewanderten Mannes, welcher so weit geirrt [...]' (Hom. Od.1,1–2/Homer 1959)

> *νῆσος δενδρήεσσα, θεὰ δ' ἐν δῶματα ναίει, Ἄτλαντος θυγάτηρ ὀλοόφρονος* [...] (Hom. Od.1,51–52/Thiel 1991)
> ‚Eine Göttin bewohnt das waldumschattete Eiland, Atlas' Tochter, des allerforschenden […]' (Hom. Od. 1,51–52/Homer 1959)

Dass Voss in Vers 1,1 aus dem ‚**vielgewandten**' Mann den ‚**vielgewanderten**' Mann gemacht hat, und dass er die ‚Taten' eingefügt hat, ist rhythmusbedingt – und es passt perfekt in den Kontext! Es könnten noch viele Beispiele zitiert werden. Bei Voss zeigt sich exemplarisch wahre Übersetzungskunst, denn es wurden mentale Repräsentationen auf der Grundlage einer exzellenten Kenntnis der Originalsprache allein mit sicherem Sprachinstinkt ergründet, es wurde die künstlerische Kommunikationsabsicht erkannt, es wurden Wege gefunden, sie in einer anderen, ebenso exzellent beherrschten Sprache vollendet zu formulieren! Das wird kein Computer je leisten können, denn ihm fehlt das Gespür, das durch keine noch so große Speicher- und Rechenkapazität ersetzt werden kann.

Zahllose Aspekte spielen im Zusammenhang mit poetischen Texten eine Rolle, nicht zuletzt auch die von Sprachgemeinschaft zu Sprachgemeinschaft, und damit von Sprache zu Sprache, differierenden Gewohnheiten und sprachsystembedingten Unterschiede in der Ausdrucksweise, und selbstverständlich immer der Kontext. Das Lateinische wurde oft gerühmt, besonders kurze und prägnante Sentenzen zu ermöglichen, nach dem Beispiel *multum non multa*. Das klassische Chinesisch, um nur ein Beispiel zu nennen, kann da durchaus mithalten:

毋
多
言

[wú duō jián][3] (Haenisch 1966: 36)

Dieser bekannte Spruch, in einer Anekdote über Konfuzius überliefert, bedeutet wörtlich übersetzt ‚nicht viel reden'. Welchem deutschen Muttersprachler fallen da nicht sofort prägnante Formulierungsmöglichkeiten für die Übersetzung ein, wie etwa ‚In der Kürze liegt die Würze.' oder, vielleicht noch besser, ‚Reden ist Silber, Schweigen ist Gold.'? Doch Vorsicht! Während diese Übersetzungen durchaus geeignet erscheinen, solange der Spruch als kontextunabhängige Maxime oder Sentenz verstanden wird, ist innerhalb des überlieferten Kontextes die dem Original nähere Variante ‚Redet nicht so viel!' die weitaus bessere Lösung.

Dabei ist hier noch nicht einmal von spontanem Wortwitz die Rede, wie er uns etwa bei Hansgeorg Stengel nicht selten begegnet. Wie kann der Begriff ‚Sprachwursteleien', von ihm unter dem Titel *Wortadella* veröffentlicht (Stengel 1997), übersetzt werden? Solch Wortwitz ist vermutlich so gut wie unübersetzbar, auch wenn die dahinter verborgenen mentalen Abbilder wenig Rätsel aufgeben. Sprachmittler und Sprachmittlerinnen verstehen problemlos, worum es geht, und können es dennoch nicht ohne weiteres übersetzen. Computer – wie

[3] Umschrift nach Piasek (1961)

könnte es anders sein? – verstehen bei solchen Wortspielen von vornherein überhaupt nichts.

7 Von Worten zu Wörtern: „Objektivierung" des Mentalen?

Abschließend sei noch kurz auf die andere Seite des Sprachmittlungsprozesses eingegangen, auf die Formulierung der richtig verstandenen Worte der Ausgangssprache mit den Mitteln der Zielsprache. Dabei will ich aber in allgemeinerer Form der Frage nachgehen, ob eine Objektivierung des Mentalen – oder, anders ausgedrückt, ein dem Gedachten in jeder Hinsicht adäquater Ausdruck auf sprachlicher Ebene überhaupt möglich ist. Ich komme damit zum Ausgangspunkt der hier vorgestellten Überlegungen zurück, wo wir ja gesehen hatten, dass Platon genau das bezweifelte.

Platons Skepsis, so will mir scheinen, ist auch aus heutiger Sicht durchaus angebracht – und das entspricht ja auch aller Erfahrung. Beinahe jeder Versuch, **Worte** (und hier könnte ich auch sagen: **Ideen**, **Gedanken**) in **Wörter** (und die dazugehörigen Formen und Strukturen) zu zwingen, führt entweder zu inhaltlichen Verlusten und Einschränkungen oder zu monströsen und übergenauen oder auch übervorsichtigen Formulierungen, deren Verständlichkeit, deren **Verstehbarkeit**, nicht selten massiven Schaden nimmt. Das betrifft übrigens belletristische Texte genauso wie wissenschaftliche oder technische Fachtexte – und, wie man weiß, vor allem auch juristische Texte. Um bei der Belletristik zu bleiben: Thomas Manns feinsinnige, oft zutiefst ironische und bis ins Äußerste ausgefeilte Sprache, ist Personen, die dafür empfänglich sind, sicher immer wieder ein Quell großen Genusses – etwa im *Felix Krull* oder in der weithin bekannten Rede zum 150. Todestag Friedrich Schillers. Es ist jedoch nicht zu übersehen, dass sich immer weniger Menschen davon angesprochen fühlen. Ist also sprachliche Ausgefeiltheit vielleicht sogar ein Hindernis für den Kommunikationsprozess? Eines scheint klar: Je tiefsinniger die mentalen Inhalte, die auszudrückenden Ideen, desto schwieriger deren exakte Abbildung in sprachlicher Hülle. Dies überträgt sich selbstverständlich auf alle Übersetzungsversuche – ja, es potenziert sich sogar.

Die potenziellen Informationsverluste in jeglicher Kommunikation dürften jedenfalls desto geringer sein, je besser sich die Kommunikationspartner kennen – und das gilt nicht nur für die individuelle, sondern auch für die gesellschaftliche Kommunikation. Anders gesagt: Je besser die ‚Empfänger' einer Botschaft sich in die Gedankenwelt der ‚Sender' hineindenken können und umgekehrt, je größer auch die Schnittmenge der gemeinsamen Kenntnisse, Erfahrungen und Vorstellungen ist, desto geringer dürften die Informationsverluste im Prozess der Kommunikation sein. Besonders gering könnten Informationsverluste zweifellos auf dem Feld der naturwissenschaftlich-technischen Kommunikation sein, wenn sie professionell geführt wird. Denn diese berührt zum einen meist eng begrenzte Bereiche, und sie kann sich zum anderen auf ein mehr oder weniger zuverlässiges Inventar feststehender Termini und Konventionen stützen, und noch dazu haben die Kommunikationspartner, auf ihr Fach bezogen, den gleichen mentalen Hintergrund, sie haben im wahrsten Sinne des Wortes **eine gemeinsame Sprache**. Mentale Repräsentationen, Verknüpfungen, Assoziationen, Bedeutungsfelder, die ohne Zweifel immer eine Rolle spielen, wenn Sprache im Spiel ist, werden in der naturwissenschaftlich-technischen Kommunikation ganz bewusst klein gehalten oder begrenzt. Ist es möglich, sie ganz auszuschalten? Allein der Sprache der Mathematik scheint dies vollendet zu gelingen. In mathematischen Symbolen ist Sprache zu abstrakten Zeichen geronnen, welche weitgehend eindeutig sind[4]. Die Objektivierung des Mentalen scheint perfekt gelungen, die mentale Repräsentation soll erklärtermaßen keinerlei

[4] Dass es sich oft um Idealisierungen handelt, welche die Realität im mikro- und makrokosmischen Raum nicht hundertprozentig exakt spiegeln, ist für die gegebene Betrachtungsebene nicht relevant.

Freiheit genießen, sie soll ausgehend vom Symbol nicht nur eindeutig, sondern **eineindeutig** sein. Vielleicht ist genau das der Grund, warum viele Menschen keinen Zugang zur Mathematik finden, ja sich geradezu vor ihr fürchten, während eine Minderheit sich wiederum unwiderstehlich von ihr angezogen fühlt.

In krassem Gegensatz dazu werden im üblichen Parteiengezänk Informationsverluste nicht nur bewusst in Kauf genommen, sondern bisweilen sogar willentlich provoziert, indem Zitate aus dem Zusammenhang gerissen und Formulierungen zugespitzt werden – mit unlauterem Ziel. Die Bedeutung der Kommunikations**absicht** im Kontext mit Sprachmittlung erfordert jedoch eine eigene Betrachtung, die über den Rahmen der vorliegenden Arbeit weit hinausführen würde.

Es sei vielmehr gestattet, die Sache abschließend noch einmal andersherum zu betrachten: Wäre, ausgenommen in der mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Kommunikation, ein Zustand überhaupt wünschenswert, in welchem wir alle **Worte**, die wir denken, in einer 1:1–Relation in **Wörter** fassen könnten? Zweifellos würde ein solcher Zustand die Kommunikation, auch besonders die Sprachmittlung, drastisch vereinfachen und verkürzen. Das kann nicht nur in Mathematik, Naturwissenschaft und Technik, durchaus zweckmäßig und gewollt sein, sondern beispielsweise auch in der geschäftlichen Kommunikation. Zu diesem Behufe wurde ja auch das sogenannte ‚simplified English' erfunden. Das ist eine Variante des Englischen, in welcher u. a. auf seltener gebrauchte Begriffe, auf den Synonymreichtum des Englischen, sowie auf kompliziertere grammatische Konstruktionen, aber auch auf Anspielungen, Mehrdeutigkeiten, implizite Gedanken usw. ganz bewusst verzichtet werden soll. Alles soll einfach und explizit werden! Die Schöpfer dieses ‚simplified English' laufen allerdings der realen Entwicklung nur hinterher. Ich selbst habe jahrelang als Europäischer Projektmanager für einen großen Kölner Konzern gearbeitet und reiste zu jener Zeit das ganze Jahr über kreuz und quer durch Europa. Das Englisch, mit dem ich da zu tun hatte, war simplified in höchstem Grade (außer in Großbritannien, versteht sich). Aber es sicherte immer und ohne Ausnahme die notwendige Kommunikation! Diese Art von Sprache können inzwischen auch computergestützte Übersetzungsmaschinen immer besser bewältigen.

Auch wenn also Effizienzgebot und Zweckmäßigkeit solche Entwicklungen diktieren mögen, auch wenn Computerlinguisten angesichts solcher Aussichten frohlocken – sollte einem nicht grausen vor der Vorstellung, dass sich ein solcher Trend, von der Sphäre der Fachkommunikation ausgehend, schleichend über die ganze Sprache ausbreiten könnte? Man stelle sich nur vor, dass jemand, der viel und stets aufmerksam liest, über ein belletristisches Werk, mit dem er gerade beschäftigt ist, die **Worte** spricht „Ich lese nur **Wörter**…!". Wäre ein vernichtenderes Urteil über ein solches Werk überhaupt vorstellbar?

Bibliographie

Akischina, Alla A., Formanowskaja, Natalija I. (1988): *Die russische Sprachetikette*. Düsseldorf/Moskau: Brücken-Verlag/Verlag Russkij Jazyk

Apelt, Otto (Übers.) (1922): *Platons Dialog Kratylos*. Leipzig: Felix Meiner

Arapari, Hereiti/Baumgarten, Wilfried (2016): *Fa'aitoito! Lehrbuch der Sprache von Tahiti*. Grafenau: Polynesien-Verlag

Autorenkollektiv (1987): „Zielsetzung und Übersetzungsgrundsätze der ‚Bibel in heutigem Deutsch – Die Gute Nachricht'". *Übersetzen und verstehen*. Berlin/Altenburg: Evangelische Haupt-Bibelgesellschaft (Beiträge zur Bibel)

Autorenkollektiv (1995): *Nationalencyklopedins Ordbok*. Höganäs: Bokförlaget Bra Böcker

Balzac, Honoré de (1972): *Verlorene Illusionen*. Berlin/Weimar: Aufbau Verlag

Balzac, Honoré de (1983): *Illusions perdues (Le livre de poche)*. Paris: Librairie Générale Française
Baumgarten, Wilfried (2018): „Elativformen semantisch betrachtet". *Leibniz Online* 31 (2018)
Baumgarten, Wilfried (2016): *Illustriertes Wörterbuch Hawaiianisch-Deutsch. Sprache, Geschichte und Kultur Hawaiis*. Grafenau: Polynesien-Verlag
Bruderer, H. E. (1980): *Nichtnumerische Datenverarbeitung*. Mannheim/Wien/Zürich: Wissenschaftsverlag – Bibliographisches Institut
Budtz-Jørgensen, Jørgen / Møller, Harald W. (1937): *Vor Tids Konversations Leksikon*. København: Aschehoug Dansk Forlag
Creutziger, Werner (1985): *In Dichters Lande gehen. Übersetzen als Schreibkunst*. Halle/Leipzig: Mitteldeutscher Verlag
Déjean Le Féal, Karla (1987): „Putting Translation Theory Into Practice". *Babel. Revue Internationale de la Traduction. International Journal of Translation* (33/4). Budapest: Akadémiai Kiadó
Dekker, Jan / Wijma, Frans (2004): *The new language in International Business – Simplified English*. Tilburg: Tedopres International B.V.
Diem, Werner (1973): *Skizzen jemenitischer Dialekte*. (Beiruter Texte und Studien 13). Beirut: Orient-Institut.
Geckeler, Horst (ed.) (1978): *Strukturelle Bedeutungslehre*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
Haenisch, Erich (1966): *Lehrgang der klassischen chinesischen Schriftsprache*. Textband. Leipzig: VEB Verlag Enzyklopädie
Hayakawa, Samuel I. (1967): *Semantik. Sprache im Denken und Handeln*. Darmstadt: Verlag Darmstädter Blätter
Heisenberg, Werner (1979): *Quantentheorie und Philosophie*. Stuttgart: Reclam
Helbig, Gerhard (1973): *Geschichte der neueren Sprachwissenschaft*. Leipzig: VEB Bibliographisches Institut
Homer (1959): *Odyssee*. Weimar: Volksverlag
[Ivanov, Vjačeslav] Iwanow, Wiatscheslaw (1930): *Die russische Idee*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)
Jaspers, Karl (1948): *Allgemeine Psychopathologie*. Berlin und Heidelberg: Springer Verlag
Jessen, Johannes (Übers.) (1980): *Dat Ole und dat Nie Testament in unse Moderspraak*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
Kade, Otto, Neubert, Albrecht (Hrsg.) (1973): *Neue Beiträge zu Grundfragen der Übersetzungswissenschaft. Materialien der II. Internationalen Konferenz „Grundfrage der Übersetzungswissenschaft" an der Sektion „Theoretische und angewandte Sprachwissenschaft" der Karl-Marx-Universität Leipzig vom 14. bis 17. September 1970*. Leipzig: VEB Verlag Enzyklopädie
Kade, Otto (Hrsg.) (1981): *Probleme des übersetzungswissenschaftlichen Textvergleichs* (Übersetzungswissenschaftliche Beiträge 4). Leipzig: VEB Verlag Enzyklopädie
Kittel, Rud. (ed.) (1925): *Biblia Hebraica*. Stuttgart: Privileg. Württ. Bibelanstalt
Knudsen, Trygve / Sommerfelt, Alf u.a. (1937): *Norsk Riksmålsordbok*. Oslo: Forlagt av H. Aschehoug & Co. (W. Nygaard)
Komissarov, Vilen Naumovič (2016): *Lingvistika perevoda*. Moskva: knižnyj dom „LIBROKOM".
Laudse (1970): *Daudedsching*. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun.
Lindgren, Astrid (2012): *Pippi Långstrump*. Stockholm: Rabén & Sjögren
Lindow, Wolfgang et al. (1998): *Niederdeutsche Grammatik*. Leer: Verlag Schuster
Luther, Martin (Übers.) (1955): *Die Bibel*. Berlin: Evangelische Haupt-Bibelgesellschaft
Luther, Martin (1968): *Sendbrief vom Dolmetschen – Summarien über die Psalmen und Ursachen des Dolmetschens*. Halle (Saale): VEB Max Niemeyer Verlag

Meurer, Siegfried (1987): *Ist die Zeit reif für eine Einheitsbibel der deutschsprachigen Christenheit? Übersetzen und Verstehen*. Berlin/Altenburg: Evangelische Haupt-Bibelgesellschaft (Beiträge zur Bibel)

Myrvoll, Klaus Johan / Spaans, Ronny (2018): „Olav H. Hauge og nynorsk omsetjingskunst". In: Edda. *Nordisk tidsskrift for litteraturforskning* (105/4), 322–338. Oslo: Universitetsforlaget.

Nestle, Eberhard (Hrsg.) (1914): *Novum Testamentum Graece curavit Eberhard Nestle*. Stuttgart: Privilegierte Württembergische Bibelanstalt

Neubert, Albrecht (Hrsg.) (1968): *Grundfragen der Übersetzungswissenschaft* (Beihefte zur Zeitschrift Fremdsprachen II). Leipzig: VEB Verlag Enzyklopädie

Neubert, Albrecht (1986): *Dichtung und Wahrheit des zweisprachigen Wörterbuchs*. Berlin: Akademie-Verlag

Neubert, Albrecht (1991): „Die Wörter in der Übersetzung". *Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Philologisch-historische Klasse*, Band 131, Heft 4. Berlin: Akademie Verlag

Nissen, Uwe Kjær (2002): „Aspects of translating gender". *Sprache und Geschlecht II. Linguistik online*: 11/2002 (https://www.linguistik-online.net)

Opolska-Kokoszka, Bogna (1987): „Influence de la localisation du sentiment de contrôle et de l'attitude religieuse sur la manière de traduire – expériences pilotes". *Babel. Revue Internationale de la Traduction. International Journal of Translation*, 33/3. Budapest: Akadémiai Kiadó.

o.V. (1987): *Übersetzen und verstehen*. Berlin/Altenburg: Evangelische Haupt-Bibelgesellschaft

o.V. (2006): *Nynorskordbok*a. Oslo: Det Norske Samlaget.

Piasek, Martin (Hrsg.) (1961): Chinesisch-Deutsches Wörterbuch. Leipzig: VEB Verlag Enzyklopädie

Radó, György (1987): „Translation: interlingual, intercultural, and…". *Babel. Revue Internationale de la Traduction. International Journal of Translation* 33/3. Budapest: Akadémiai Kiadó.

Reuschel, Wolfgang (1968): „wa-kāna llāhu ʿalīman raḥīman". In: *Studia Orientalia in Memoriam Caroli Brockelmann*. Halle (Saale): Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, Heft 2/3, Jahrgang XVII, 1968

Ritter, Constantin (Übers.) (1922): *Platons Dialog Phaidros*. Leipzig: Felix Meiner

Šachovskij, Viktor Ivanovič (2015): *Ėmocii. dolingvistika – lingvistika – lingvokul'turologija*. Moskva: knižnyj dom „LIBROKOM".

Scheidacker, Werner (1987): „Die Lutherbibel in der DDR". *Übersetzen und verstehen*. Berlin/Altenburg: Evangelische Haupt-Bibelgesellschaft (Beiträge zur Bibel)

Stengel, Hansgeorg (1997): *Wortadella. Allerhand Sprachwursteleien*. Berlin: Eulenspiegel Verlag

Strehle, Hermann (1956): *Vom Geheimnis der Sprache. Sprachliche Ausdruckslehre. Sprachpsychologie*. München/Basel: Ernst Reinhardt Verlag

Tolstoi, Lew (1969): *Anna Karenina*. Erster Band. *Gesammelte Werke in zwanzig Bänden*, Band 6. Berlin: Rütten & Loening

Twain, Mark (1890): *Abenteuer und Fahrten des Huckleberry Finn*. Stuttgart: Verlag von Robert Lutz

Twain, Mark (1885): *Adventures of Huckleberry Finn*. New York: Charles L. Webster and Company

van Thiel, Helmut (ed.) (1991): *Homeri Odyssea*. Hildesheim/Zürich/New York: Georg Olms Verlag

Wossidlo, Richard/Teuchert, Hermann (1996): *Mecklenburgisches Wörterbuch*. Neumünster: Wachholtz Verlag

Wotjak, Gerd (ed.) (2007): *Quo vadis Translatologie? Ein halbes Jahrhundert universitäre Ausbildung von Dolmetschern und Übersetzern in Leipzig*. Berlin: Frank & Timme, Verlag für wissenschaftliche Literatur

E-Mail-Adresse des Verfassers: wilfried.baumgarten@online.de

Leibniz Online, Nr. 44 (2022)
Zeitschrift der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V.
ISSN 1863-3285

Anmerkungen zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Satire von Nicolas Boileau *Burleskes Urteil* (1671) und ihrer erstmaligen Übertragung ins Deutsche

Rose-Luise Winkler
Berlin, MLS

Veröffentlicht: 12. Januar 2022

Abstract
These observations deal with the history of the origins and impact of Nicolas Boileau's satire Burlesque Judgment (1671). This text was used by the Russian physicist and historian of science Boris Hessen as an appendix to a lecture at the II International Congress on the History of Science and Technology in London in July 1931. The satire is one of the few literary testimonies that focus on the relationship between experimental and theoretical science, between experiment and theory. It is about the condemnation raised against Descartes' teachings and its evaluation in intellectual circles in France. The author describes her path to a translation of the satire.

Keywords/Schlüsselwörter
dogmatism, cartesianism, satire
Dogmatismus, Cartesianismus, Satire

Unter dem folgenden Titel ist die hier zu besprechende Satire heute bekannt: „Urteil – gefällt vom Hohen Gericht des Parnasse aufgrund der Klage von Magistern, Medizinern und Professoren der Universität Stagira im Lande der Chimären zur Bewahrung der Lehre des Aristoteles". Nur der Eingeweihte weiß, dass es sich hier um Ereignisse an der Pariser Universität im ausgehenden 17. Jahrhundert handelt, deren gesellschaftlicher Hintergrund und deren Geschichte in mehrfacher Hinsicht sowohl wissenschaftshistorisches als auch wissenschaftssoziologisches Interesse erwecken. Der ursprüngliche Titel lautet, wenn man dem Nachweis aus dem Katalog der Staatsbibliothek Berlin-Preußischer Kulturbesitz folgt: *Requeste Des Maistres Arts, Professeurs, & Regens de l'Université de Paris présentée à la Cour Souveraine de Parnasse* [François Bernier]: *Ensemble l'Arrest intervenu sur ladite Requeste. Contre Tovs Cevx Qui Pretendent faire, enseigner, ou croire de Nouvelles Découvertes qui ne soient pas dans Aristote* [N. Boileau Despréaux], erschienen: *A Delphe, Par la Société des Imprimeurs Ordinaires de la Cour de Parnasse*, 1672 [12] Bl.

Ein Blick in die Entstehungsgeschichte der Satire macht deutlich, dass sie auf die bedeutenden Schriftsteller der französischen Klassik Nicolas Boileau (1636–1711), Jean Baptiste Racine (1639–1699) und den Arzt François Bernier (1620–1688) zurückgeht.

Nach derzeitigen Kenntnissen war diese Satire nicht ins Deutsche übersetzt und auch unter Wissenschaftshistorikern kaum bekannt. Sie war mir als Anlage zu einem Vortrag von Boris Michajlovič Hessen (auch Gessen, 1893–1936), einem sowjetrussischen Physiker und Wissenschaftsforscher, den dieser auf dem II. Internationalen Kongress für Geschichte der Wissenschaft und Technologie im Juli 1931 in London gehalten hatte (Hessen 1931: 149–212), in seiner russischsprachigen Veröffentlichung (Гессен 1933: 72–74; 1934: 71–73) zur

Kenntnis gekommen. In dieser Anlage war der Übersetzer nicht angegeben. Aus dem russischen Text ließ sich entnehmen, dass es sich um eine ältere Übersetzung handeln musste.

Ich verfolgte die Absicht der Vorbereitung einer Sammlung von Texten von Natur- und Gesellschaftswissenschaftlern, aus denen die Entstehung wissenschaftssoziologischen Denkens im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts in Russland und in der Sowjetunion für den interessierten Spezialisten und sachverständigen Leser nachvollziehbar wird.[1] Zu diesen Texten rechnete auch der Vortrag von Boris Hessen. Daher begann ich nach dem Autor der russischen Übersetzung, nach dem französischen Originaltext und schließlich nach einem geeigneten Übersetzer für den literarischen Text zu suchen. Einige Romanisten, an die ich mich wandte, schüttelten nur den Kopf: mit diesem fach- und vor allem rechtssprachlich verklausulierten Text, der satirisch und ganz bewusst in dem schwerfälligen fachwissenschaftlichen Diskurs des 16. Jahrhunderts und nicht in wohlgeformter klassischer französischer Prosa der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gestaltet ist, hatten sie ihre Schwierigkeiten. Eine Rohfassung hatte ich zu meinem Selbstverständnis aus dem Russischen versucht, bei den medizinischen Begriffen half mir Marianne Lindemann mit Wort und Rat, die selbst zur russischen Medizingeschichte arbeitete und des Russischen mächtig war.

Helga Hörz schließlich machte mich auf Rita Schober aufmerksam und so fasste ich den Mut, mich in dieser Frage an sie zu wenden, obwohl ich wusste, dass sie vielbeschäftigt und auch nicht bei bester Gesundheit war. Ein kurzes telefonisches Gespräch genügte, ihr war eine Übersetzung dieser Satire nicht bekannt und sie war mit anderen dringenden Arbeiten befasst. So empfahl sie mir, mich an einen Ihrer Schüler, Herrn Johannes Klare, zu wenden, ihn zu bitten, ob er die Übersetzung dieses französischen Textes kurzfristig übernehmen würde. (Zu diesem Zeitpunkt, es war im September 2003, war ich von der Illusion befangen, eine Veröffentlichung des von mir beabsichtigten Bandes bis Ende des Jahres in Angriff nehmen zu können.) Tatsächlich, hielt ich innerhalb kürzester Zeit die Übersetzung von Herrn Klare in den Händen, dem dieser französische Text sichtlich Freude bereitete, wie mir übrigens schon vorher die russische Fassung der Satire.

Zu meiner Überraschung wurde Ende 2004 eine unveröffentlichte Arbeit von Boris Hessen von Vladimir Kirsanov († 12.05.2007) aufgefunden.[2] Als sie mir schließlich im Frühjahr 2005 vorlag, konnte ich auch den russischen Übersetzer der Satire ermitteln: der Physikhistoriker Nikolaj Alekseevič Ljubimov (1896, Bd. 3: 508–511).[3] Seine dreibändige *Geschichte der Physik* war seinerzeit nur an der Staatlichen Russischen Bibliothek in Moskau zu finden, wo ich sie im Sommer 2005 einsehen konnte.

War der Text der Satire bislang als Fußnote bei Ljubimov vermerkt, avancierte sie bei Hessen 1933 und 1934 als Anlage zu seinem Vortrag mit weiteren historischen Texten von Leibniz und Isaac Newton. Im unveröffentlichten Manuskript, den Druckfahnen von 1935/1936, ist sie bereits ein eigenständiger Unterabschnitt (vgl. Winkler 2007: 145–146)

---

1 Eine russische Veröffentlichung konnte mit Unterstützung von Soziologen der Universität Tjumen (Westsibirien) erfolgen: *Из истории социологии науки: советский период* 1917–1935, Тюмень 1992; *У истоков формирования социологии науки. Россия и Советский союз.* Первая треть XX.в. 2. erw. Aufl. Составитель Р.-Л. Винклер. Изд.-во Тюменского гос.- университета 1998. In der Auflage von 1992 sind die Anlagen bedauerlicherweise Kürzungen des Umfangs zum Opfer gefallen. [Der Text dieses Beitrags ist vor dem Erscheinen des folgenden Bandes geschrieben worden: *An den Ursprüngen wissenschaftssoziologischen Denkens. Erstes Drittel des XX. Jahrhunderts – Russland/Sowjetunion*, hrsg. von Rose-Luise Winkler, Berlin: trafo-Verlag 2013 – Anm. der Redaktion.]

2 Vladimir S. Kirsanov, Professor am Institut für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik der Russischen Akademie der Wissenschaften (Moskau), in dieser Zeit 1. Vizepräsident der *Division of History of Science and Technology der International Union of the History and Philosophy of Science* und Membre effectif de l'*Académie internationale d'Histoire des Sciences* (vgl. Winkler 2007: 133–152).

3 Ljubimov übersetzte nach der Ausgabe *Œuvres de Boileau-Despréaux*. Paris: Crapelet 1798: 391.

und im Volltext im Manuskript enthalten. Allein darin spiegelt sich die wachsende Bedeutung dieser Satire aus der Sicht eines Physikers wider. Hessens Arbeit steht am Beginn der Herausbildung der Wissenschaftsforschung in der Sowjetunion im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. So nimmt es nicht Wunder, dass er sich mit der Geschichte der Entstehung dieser Satire im aktuellen Kontext des historischen Geschehens ausführlicher befasst. Er stellt sie bewusst in den Kontext der Wissenschaftsentwicklung seiner Zeit und hebt ihre allgemeine Bedeutung hervor, indem er sich von dem in ihr dargestellten konkreten Inhalt löst. Er macht damit vor allem auch auf den Bedeutungszusammenhang eines literarischen Werkes für die Wechselwirkung von Kunst und Wissenschaft aufmerksam.

Der historische Hintergrund für die Entstehung der Satire wird von Hessen wie folgt beschrieben:[4] Im August 1671 verkündete der Erzbischof von Paris ein königliches Edikt, das allen Pariser Lehreinrichtungen verbot, die cartesianische Philosophie zu lehren. Dies galt sowohl für die theologische als auch für die medizinische Fakultät: keine medizinische Annahme durfte in irgendeiner Weise mit cartesianischen Ansichten verbunden sein, dies würde dem königlichen Edikt widersprechen. Den Gegnern cartesianischer Lehren reichten diese administrativen Maßnahmen nicht, sie wollten ein formales Verbot der Lehren Descartes vom Parlament in den Grenzen des Königreichs unter Androhung strenger Bestrafung. Ein entsprechendes Ersuchen der Universität war bereits in Vorbereitung. Der Erste Parlamentspräsident Guillaume Ier de Lamoignon (1617–1677), der Kenntnis von diesen Vorgängen hatte, übermittelte ihm vertrauenswürdigen Personen, dass im Falle eines solchen Ersuchens der Universität, das Parlament diesem entsprechen müsse. Zur Ehre des Parlaments sei eine solche Festlegung nicht erfolgt. Unter seinen Mitgliedern gab es eine Reihe von Befürwortern der Lehre Descartes. So übersandte Arnauld[5] dem Parlament ein Schreiben, in dem er in „sehr verdienstvoller Weise die Unmöglichkeit nachwies, die Lehre des Descartes zu verbieten und auf die schädlichen Folgen einer solchen Maßnahme aufmerksam machte: Die Geschichte lehrt uns, dass kein Gesetz die Menschen davon abhalten kann, eine Philosophie einer anderen vorzuziehen, und jeder Versuch dieser Art kann nur die Autorität der gesetzgebenden Macht untergraben [...] jede beliebige Lehre, die auf den Schlussfolgerungen der Vernunft beruht, ist unzureichend und kann den Bedürfnissen des Glaubens nicht genügen".[6]

Von noch größerer Wirkung auf die öffentliche Meinung und auf das Parlament als dieser Beweis des Philosophen Arnauld aber sei die obige Satire gewesen, die Boileau seinem Freund Lamoignon übergab, da sie bereits im Vorfeld eine solche Entscheidung des Parlaments der Lächerlichkeit preisgab.

Angesichts der aufgebrachten Bekundungen in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit konnte sich die Pariser Universität nicht entschließen, ein Gesuch des Verbots des Cartesianismus einzureichen, und so kam es zu keiner Festlegung durch das Parlament. Das Beispiel der hauptstädtischen Universität zeitigte jedoch Wirkungen in den übrigen Lehreinrichtungen. Am meisten tat sich hier die Universität von Angers in der Verfolgung der neuen Philosophie hervor. Der Cartesianismus verzeichnete hier besondere Erfolge dank einiger Professoren, die dem Orden der Oratorianer angehörten und daher weniger von den Lehrerkollegien abhingen. 1675 wurde der Universität Angers durch ein königliches Edikt vorgeschrieben, in keiner Weise die neue Lehre nach dem Beispiel der Pariser Universität zu verbreiten.

---

4 Гессен. *Материалы и документы по истории физики*. (грандки 1936?): 687-690.

5 Antoine Arnauld (1612–1694), franz. Theologe und Philosoph. Nachfolger von Descartes. Jansenist, er wurde 1656 von der Sorbonne ausgeschlossen. Nach dem 1668 geschlossenen Kirchenfrieden konnte er wieder in der Öffentlichkeit wirksam werden. Seit dieser Zeit verband Boileau und Arnauld eine enge Freundschaft (vgl. Kortum 1966: 132).

6 Гессен . *Материалы и документы по истории физики*. (грандки 1936?): 688.

Als die Universität diese Order erhielt, wurden alle Rektoren der Kollegien, Professoren der Philosophie und Äbte der Klöster davon in Kenntnis gesetzt und dazu aufgefordert, dies durch ihre Unterschrift zu bekunden. So sollten alle Thesen und handschriftlich verfassten Lehrbücher der Philosophie einer Zensurkommission vorgelegt werden, die von der Universität einberufen wurde. Nur ein Prinzipal protestierte und appellierte an das Pariser Parlament. Dort hatte die cartesianische Philosophie innerhalb von drei Jahren sehr an Einfluss gewonnen, denn das Parlament kassierte die Order der Universität von Angers und zog diese wegen Überschreitung ihrer Machtbefugnisse zur Rechenschaft. Mit dieser Entscheidung hatte sich das Parlament in Opposition zur eigenen Regierung gestellt, in einer Zeit, in der der Absolutismus zu seiner größten Entfaltung gelangte. Die Verurteilung des Parlaments wurde durch eine neue Order des Königs kassiert und das von der Universität Angers erteilte Verbot der Lehre Descartes' ausdrücklich bekräftigt und für alle Anhänger dieser Lehre im Orden der Oratorianer wirksam.

Eine ähnliche, sich in einzelnen Momenten im Ablauf des Geschehens unterscheidende, Darstellung gibt Hans Kortum, der die Satire *Arrêt burlesque* von Boileau erwähnt (Kortum 1966: 133f):

> Als sich in den siebziger Jahren die ersten Auswirkungen der Ausbreitung der cartesianischen Philosophie zeigten, erreichte es die Kirche, dass ein königliches Edikt vom 4. August 1671 allen Pariser Bildungseinrichtungen verbot, den Cartesianismus zu lehren. Die Universität von Angers, die einen Kursus über die cartesianische Philosophie durchführte, erhielt am 30. Januar 1675 ein königliches Edikt, das sie ebenfalls auf das Lehrmonopol der aristotelischen Philosophie verpflichtete. Die in Angers unterrichtenden Oratorianer mussten 1678 ein Formular unterschreiben, das das königliche Edikt noch einmal bekräftigte. Noch im Jahre 1680 wurde auf Betreiben des Erzbischofs von Paris ein ausdrückliches Lehrverbot für den Cartesianismus erlassen. (Kortum 1966: 92)

Zu den Vorgängen um das Geschehen im Pariser Parlament nennt Kortum eine von Molière vorbereitete, den Dekan Claude Morel (Dekan der theologischen Fakultät, vgl. Jourdain 1862–1866: 235 – RLW.) „grotesk persiflierende Komödie", ein von seinem Freund, dem Arzt Bernier, verfasstes „im burlesken Stil gehaltenes Gesuch der Fakultät", und die von Boileau mit Racine und Bernier in Arbeit befindliche Satire „Arrêt burlesque donné en la Grande Chambre du Parnasse pour le maintien de la doctrine d'Aristote" (Kortum 1966: 134). Und weiter:

> Schenkt man dem Vorwort der Bernierschen Requête Glauben, so hat Boileau seinen Arrêt burlesque begonnen, nachdem das Parlament das Gesuch der Theologen abgewiesen hatte. Bezeichnender Weise soll es seine Ablehnung mit dem Hinweis auf die Unterstützung der modernen Naturwissenschaft durch den Staat motiviert haben. (Kortum 1966: 134)

Kortum beurteilt den *Arrêt burlesque* von Boileau im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um den Antike-Streit in der klassischen französischen Literatur. Er macht darauf aufmerksam, dass zwar „bei der Einschätzung dieses Werkes sein Charakter als Kollektivleistung" berücksichtigt werden müsse, doch es „ungerecht" wäre, „den Anteil Boileaus hieran zu schmälern. Ihm lag der im *Arrêt burlesque* vertretene Standpunkt nicht nur durch seinen jahrelangen Umgang mit Molière nahe, er ergab sich auch aus seiner eigenen Lebenspraxis" (Kortum 1966: 134). Boileaus *Arrêt burlesque* habe kein „im engeren Sinne cartesianisches Anliegen" verfochten, sagt Kortum. „Die Anhänger Gassendis und Descartes' vertreten im *Arrêt burlesque* gemeinsam den Standpunkt der Vernunft gegenüber scholastischem Formalismus und Routine. [...] Zu den Gegnern des Aristoteles gehörten auch die Anhänger Harveys, der die Blutzirkulation entdeckt hatte; deshalb verbietet der *Arrêt* dem Blut ‚länger zu vagabundieren, herumzuirren und im Körper zu zirkulieren'" (Kortum 1966: 134. Zitat im Zitat Fn. 108, 197). "Boileau versäumte nicht, auf die jüngsten Fortschritte der Medizin

hinzuweisen, und nahm mit den [in der Satire namentlich – RLW] genannten Ärzten, Courtois, Denyau und François Blondel, die reaktionärsten Mitglieder der Medizinischen Fakultät aufs Korn, die sich bisher den neuen Heilverfahren hartnäckig verschlossen hatten" (Kortum 1966: 134). „Der Jansenismus bedeutete ihm die Überwindung der Scholastik […]. Der *Arrêt burlesque* schloß deshalb auch die Vernunft für immer aus der Universität aus, ‚verbietet ihr, dort einzutreten und den besagten Aristoteles zu verwirren und zu beunruhigen [...] bei Strafe, für einen Jansenisten und Freund von Neuerungen erklärt zu werden'" (Kortum 1966: 134f.; Zitat im Zitat Fn. 109, 197). Wie wenig jedoch der Fortschritt der Naturwissenschaften ein konstitutives Element des Weltbildes von Boileau darstellte, glaubt Kortum mit Bezug auf spätere Arbeiten von Boileau konstatieren zu können. Im Mittelpunkt seiner Überlegungen steht das Verhältnis des Dichters Boileau zu dem Inhalt der Satire im Kontext seines gesamten Schaffens, als Poet, als Historiograph bei Hofe, als Mitglied der Académie Française (1684) und Mitglied der Académie des Inscriptions et Belles Lettres (1685; vgl. auch Schober 1968: VI-XVI; Arnold 1967: 105–116), und speziell die „im letzten Drittel des Jahres 1674 beendete und dem im Kreis seiner aristokratischen Bekannten zu findenden früheren Parlamentspräsidenten von Bordeaux und nunmehrigen Redakteur der *Gazette de France,* dem Vicomte de Guilleragues, gewidmete fünfte Epître" (Kortum 1966: 135).

So berechtigt diese Lesart der Satire für das Schaffen von Boileau selbst auch sein mag, für den Naturwissenschaftler und Wissenschaftsforscher Hessen haben andere Gesichtspunkte Vorrang: Die Satire ist eines der wenigen literarischen Zeugnisse, in denen das Verhältnis von experimenteller und theoretischer (Natur)wissenschaft, von Experiment und Theorie in den Mittelpunkt gerückt wird. So heißt es bei Boileau: „in den letzten Jahren habe ein unbekanntes Wesen, namens *Raison*, den Versuch unternommen, gewaltsam in die Schulen besagter Universität einzudringen [...] und dies ohne jede Berechtigung, allein unter Verweis auf das *Experiment* (kursiv – RLW), dessen Zeugnis von besagten Schulen niemals akzeptiert worden ist".[7] Die Wissenschaft hat sich in ihrer historischen Entwicklung in dem Maße emanzipiert, wie sie experimentell wurde, wie die Gelehrten es vermochten, ihre Tätigkeit den Bedingungen von Beobachtung und Experiment zu unterwerfen. Die experimentelle Naturwissenschaft ist außerhalb der (mittelalterlichen) Universitäten entstanden, in den sich seit den 50er Jahren des 17. Jahrhunderts bildenden wissenschaftlichen Gesellschaften, den Akademien in Italien (Florenz), Frankreich, England – und dies ist der Gegenstand der Erörterungen Hessens. Treffender, wie es in dieser Satire zum Ausdruck kommt, war dies kaum zu formulieren. Hessen weist darauf hin, dass es schon zu Lebzeiten von Descartes in Frankreich Gesellschaften und Vereinigungen von Gelehrten gab, die seine Philosophie ausarbeiteten und sich bemühten, ihre Ergebnisse mit physikalischen Versuchen und anatomischen Untersuchungen zu untermauern. „Die Pariser Gelehrten trafen sich im Kloster der Ordensbrüder der minimes bei Marin Mersenne, bei dem Abt Picot[8] oder bei Louis-Henri Habert de Montmort, der Parlamentsmitglied war [...]. Die Nachfolger Descartes` führten öffentliche Lesungen und Diskussionen durch, zu denen Vertreter aller Schichten kamen [...]. So hielt der bekannte Physiker J. Rohault jeden Mittwoch in seinem Haus öffentliche Sitzungen, an denen Bischöfe, Äbte, Doktoren bei Hofe, Philosophen, Mathematiker, Lehrer, Studenten, Provinziale, Ausländer, Handwerker teilnahmen, d.h. Menschen aller Altersgruppen, aller Berufe und unabhängig vom Geschlecht. In dieser Gesellschaft hatten ‚Damen den ersten Rang' inne."[9]

---

7 Boileau. *Arrest burlesque*. Dt. Übersetzung von J. Klare.
8 Der Name konnte nicht aufgefunden werden (russ. Пико).
9 Гессен. *Материалы и документы по истории физики*. (грандки 1936?): 689f.

Auch unter den heutigen Entwicklungsbedingungen der Wissenschaft sind die Beziehungen von universitärer und akademischer Wissenschaft hinsichtlich ihrer empirisch-experimentellen Basis keineswegs konfliktlos und widerspruchsfrei. Zu Hessens Zeit, am Beginn des 20. Jahrhunderts, wurde der Wissenschaft eine Schlüsselrolle für die Entwicklung der Gesellschaft zugesprochen. Das Verhältnis von experimenteller und theoretischer Physik, wie allgemein von experimenteller und theoretischer Forschung, die Beziehungen von angewandter und reiner Wissenschaft (Grundlagenforschung) gehörten zu den meist erörterten Fragen der Wissenschaftler. Wie kann man die günstigsten Entwicklungsbedingungen für Wissenschaft und Technologie schaffen, unter welchen Bedingungen entstehen herausragende wissenschaftliche Leistungen an den Universitäten und Akademien?

In der Satire von Boileau wird die Unfruchtbarkeit des scholastischen Denkens, der Verschulung von Lehreinrichtungen überdeutlich: „Das Gericht hat folgende Schriften beurteilt: die Physik des Rohault, die Logik von Port-Royal, die Traktate über Chinin, ebenso die [Exercitationes paradoxicae] Adversus Aristoteleos von Gassendi und andere Schriftstücke. [...] im Einvernehmen mit dem Gesuch [...] wird Folgendes angeordnet: Aristoteles wird von den Lehrern, Magistern, Doktoren und Professoren besagter Universität für immer gelehrt, was [...] nicht dazu verpflichtet, den Aristoteles *zu lesen,* seine Sprache und Empfindungen zu kennen. Hinsichtlich der Grundlagen seiner Lehre verweist sie das Gericht *auf ihre eigenen Lehrhefte*“ (*kursiv* – RLW).

Somit erhalten die Entstehungsgeschichte und der Inhalt der Satire Boileaus in der Arbeit von Boris Hessen einen über die unmittelbare Zeitgeschichte weit hinausreichenden Horizont. Sie kann als klassisches Dokument für die Entlarvung jeglichen dogmatischen Denkens gelten. Es wird deutlich, dass wissenschaftliches Erkennen nicht den Beschlüssen von staatlichen und anderen Gremien unterliegen kann, erst recht keinen Urteilen von Gerichten. Analoge Situationen, wie sie in dieser Satire dargestellt werden, sind wohl in der Geschichte der Wissenschaft in allen Ländern keineswegs selten. Zu Hessens Zeit traf dies auch für die Wissenschaft in der UdSSR zumindest in Teilbereichen zu: Empirische soziologische Forschungen unterlagen zunehmend Restriktionen, in der Physik gab es die Auseinandersetzung um die einsteinsche Relativitätstheorie, in der Hessen selbst öffentlich bezichtigt wurde, dem Einfluss bürgerlicher Einstellungen zu unterliegen.

Boris Hessen kann selbst nicht mehr dazu befragt werden oder Stellung nehmen. Er wurde, wie wir heute wissen, am 20.12.1936 aufgrund konstruierter Anschuldigungen vom Obersten Militärgericht der UdSSR zum Tode verurteilt und am gleichen Tag hingerichtet. Vor diesem Hintergrund ist es mir eine besondere Verpflichtung, seine prägnante Analyse der „sozialökonomischen Ursprünge der newtonschen Mechanik“ von 1931 und den Reichtum seiner in der unvollendeten, nicht mehr zur Veröffentlichung gelangten Arbeit „Materialien und Dokumente zur Geschichte der Physik“ von 1935/1936 dargelegten Gedanken und Einsichten in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu tragen, zu der auch diese Satire von Boileau zählt. Wenn dies darüber hinaus dazu beiträgt, den Blick der Wissenschaftssoziologen und Literaturwissenschaftler für fächerübergreifende Fragen ihrer Disziplin zu schärfen, so ist damit ein wesentliches Anliegen von Boris Hessen erfüllt.

Bibliographie

Arnold, Heinz Ludwig (1967): „Nachwort“ zu Nicolas Boileau, *L'Art poétique en vers. Die Dichtkunst*. Stuttgart: Philipp Reclam jun.

Hessen, Boris (1931): "The Social and Economic Roots of Newton's Principia". *Science at the Crossroads. Papers presented to the International Congress of the History of Science and Technology held in London from June 29th to July 3rd*, 2. Aufl. London 1970. London: Russian Foreign-Languages Press, Kniga, 149–212.

Гессен, Борис М. (1933): *Социально-экономические корни механики Ньютона*. ОНТИ Гос. технико-теоретическое изд.-во М.-Л-д. I-ое изд.,72-74. (1934 . II-ое изд., 71–73).

Jourdain, Charles (1862–1866): *Histoire de l`Université de Paris au XVIIe et au XVIIIe siècle*. Reprint Bruxelles 1966. Paris: Hachette 1862–1866.

Kortum, Hans (1966): *Charles Perrault und Nicolas Boileau: der Antike-Streit im Zeitalter der klassischen französischen Literatur*. Berlin: Rütten & Loening.

Любимов, Николай Алексеевич (1892–1896): *История физики: Опыт изучения логики открытий в их истории*. Bd. 1–3. St. Petersburg: Balašev.

Schober, Rita (1968): „Einführung“ zu Nicolas Boileau-Despréaux, *Die Dichtkunst. L`Art poétique*. Halle: VEB Max Niemeyer Verlag, VI–XVI

Winkler, Rose-Luise (2007): „Ein unveröffentlichtes Manuskript von Boris Hessen: ‚Materialien und Dokumente zur Geschichte der Physik‘“ (1936?). *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften* (92), 133–152.

E-Mail-Adresse der Verfasserin: roseluisewinkler@gmail.com

Leibniz Online, Nr. 44 (2022)
Zeitschrift der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e. V.
ISSN 1863-3285

Nachbetrachtungen und Reflexionen zum Workshop „Streitfall Ostdeutschland – Grenzen einer Transformationserzählung“[1]

Michael Thomas
Berlin, MLS

Veröffentlicht: 12. Januar 2022

Abstract
First, the respective “state of the art” of transformation research and transformation discourse are outlined briefly; for these. Then three systematic questions are dealt with: Firstly, this concerns the background and the way in which an established (saturated) self-understanding of transformation research and transformation discourse is questioned. This puts the East German case in a new light. This applies above all to the more consistent consideration of independent, idiosyncratic developments that are taking place and whose relevance for further-reaching upheavals and shaping processes, which constitute the second focus, is at stake. It is precisely with this open process perspective that research can emerge from the impasse of deadlocked orientations. Both perspectives have consequences not only for an interpretation of the case as a contemporary historical phenomenon, but also directly for transformation research and the discourse on transformation.

Keywords/Schlüsselwörter
transformation research, transformation discourse, East German case
Transformationsforschung, Transformationsdiskurs, ostdeutscher Fall

1 Einführung

Im Thema dieses Beitrags liegt nicht nur eine systematische Spannung, es steht ebenso für ein eher nicht erwartetes, also ein unerwartetes, Ereignis. Die Spannung ist damit gesetzt, dass nicht einfach von einer thematischen Kongruenz zwischen einem spezifischen Fall wie Ostdeutschland und dem Thema Transformation bzw. Transformationserzählung auszugehen ist. Letztere geht in der Regel nicht auf einzelne Länderfälle ein. Insofern soll nachfolgend auch keine Kongruenz behauptet werden. Zugleich aber bringt ein eher *unerwartetes Ereignis*, nämlich die gerade sich am besonderen zeitgeschichtlichen Untersuchungsfall Ostdeutschlands entzündende Kritik der Transformationsforschung und Transformationserzählung, beide auf anregende Weise zusammen. Schien nach etwa dreißig Jahren diese

[1] Der Workshop des Arbeitskreises „Gesellschaftsanalyse“ der Leibniz-Sozietät wurde in Kooperation mit der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung und dem Fachgebiet Arbeitslehre/Ökonomie und nachhaltiger Konsum der TU Berlin durchgeführt. Die Verantwortung lag seitens des Arbeitskreises bei Ulrich Busch, Dieter Segert und Michael Thomas. Der angeführten Kooperation und in Person Gerrit von Jorck war die räumliche Tagungsmöglichkeit an der TU zu verdanken. Am Workshop nahmen 31 Teilnehmer*innen teil; es gab krankheits- und pandemiebedingt einige kurzfristige Absagen. Allerdings war die mögliche Zahl von Teilnehmenden (34) dennoch nahezu ausgeschöpft. Neben den angeführten Organisatoren nahmen zwei weitere Mitglieder der Leibniz-Sozietät teil.

Forschung langsam „gesättigt“ und zu einem so oder so fixierbaren Ergebnis gekommen – mit einer als akademisch reputierlich fixierten Mainstreamperspektive und einzelnen, eher randständigen kritischen Konzepten[2] –, so trat vor einigen Jahren mit erstaunlicher Vehemenz und Breite eine Kritik auf, die genau einen solchen Sättigungsprozess bestritt und Ergebnisse der etablierten Transformationsforschung zur Disposition stellte. Dies betraf die postsozialistische Transformationsforschung generell, wofür insbesondere Krastev/Holmes (2019) stehen, wie den ostdeutschen Fall speziell, auf den nachfolgend einzugehen ist. Für den Gesprächskreis „Gesellschaftsanalyse“, der nach über zehn Jahren vielfältiger Forschungen und Debatten zum Thema Transformation selbst eine gewisse Sättigungsgrenze erreicht hatte, lag hierin der Anlass neuer Fokussierung, welche dann zu der dem Workshop vorangehenden Buchpublikation (Thomas/Busch 2021) wie auch dem Workshop selbst führte.

Zugleich ist ersichtlich, dass beide – Buch wie Workshop – so ihre besondere Schwerpunktsetzung bzw. Fokussierung erfahren mussten, welche auch die folgende Darstellung bestimmen soll. Es geht vor allem um Aufnahme von kritischen Impulsen und damit verbundene neue Forschungsfragen, nicht um ein Referieren des Workshops. Die Schwerpunktsetzung liegt somit also auf möglichen neuen Debatten (offensiv gesetzt als *Streitfall*), die aufzudecken und voran zu bringen wären. Das Buch war so angelegt. Der Workshop, der unter den Pandemiebedingungen mehrfach verschoben werden musste, konnte mit der beachtlichen Beteiligung und einer nach Disziplinen wie Generationen erfreulich heterogenen Zusammensetzung über die Publikation hinaus nochmals Anregungen geben. Eine Weiterführung von einzelnen Ansätzen und Fragestellungen lässt sich durchaus erwarten. Dazu soll ein für den Frühsommer 2022 geplanter Workshop zu Strukturwandel und Transformation in der Lausitz beitragen. Inhaltliche Ansatzpunkte finden sich in den Buchbeiträgen von Steffen Groß sowie Paula Walk/Laura Stognief wie weiteren Forschungskontakten sowie zahlreichen eigenen Forschungen und Projekten in dieser Region. Kommen wir zu einigen Nachbetrachtungen, die Workshop und einsteuernde Publikation nutzen, um in deren Rahmen eine offene Diskurs- und Forschungslandschaft abzustecken.

Zunächst werden knapp und eher stilisiert der jeweilige „state of the art“ von Transformationsforschung und Transformationsdiskurs skizziert; für diese wurde eine weitgehende Sättigung behauptet. Danach werden drei systematische Fragestellungen abgehandelt:[3] Einmal betrifft das Hintergründe und Art und Weise des Infrage-Stellens eines etablierten (gesättigten) Selbstverständnisses von Transformationsforschung und Transformationsdiskurs. Damit wird der ostdeutsche Fall in ein neues Licht gestellt. Dies betrifft vor allem die konsequentere Berücksichtigung sich vollziehender *eigenständiger*, *eigensinniger* Entwicklungen, um deren Relevanz für weitergehende Umbrüche und Gestaltungsprozesse, die den zweiten Schwerpunkt ausmachen, es geht. Genau mit dieser öffnenden Prozessperspektive kann die Forschung aus der Sackgasse festgefahrener Orientierungen kommen. Beide Perspektiven haben Konsequenzen nicht nur für eine Interpretation des Falles als zeitgeschichtliches Phänomen, sondern direkt für Transformationsforschung und Transformationsdiskurs. Das betrifft die postsozialistische Transformation ebenso wie neue, umgreifende Herausforderungen moderner Gesellschaften (vom globalen bis zum Fall der Bundesrepublik Deutschland), die konzeptionell wiederum als Transformationen thematisiert werden.

---

2 Vgl. dazu etwa Kollmorgen/Merkel/Wagener (2015).

3 Eine systematische Einführung in die Fragestellungen erfolgte durch Michael Thomas. Die ersten beiden stehen für die folgenden thematischen Panel, die dritte für die übergreifende Perspektive. Einsteuerung und Moderation des ersten Panels lagen bei Ulrich Busch, thematische Inputs gaben Thomas Ahbe (Leipzig), Judith Enders (Berlin) und Clemens Villinger (Mannheim). Für das zweite Panel lagen Einsteuerung und Moderation bei Dieter Segert, thematische Inputs gaben Gerrit von Jorck (Berlin), Rainer Land (Potsdam) und Lilian Pungas (Jena).

2 Postsozialistische Transformation – eine gestandene Forschungsperspektive?

Transformation war in der jüngeren Geschichte thematisch insbesondere mit dem Ende des sozialistischen Systems und mit den folgenden, also den postsozialistischen Umbrüchen verbunden – als Analyse- und Deutungskonzept für dieses Ende wie vor allem die folgenden Umbrüche.[4] War der Zusammenbruch des Sozialismus so kaum erwartet worden, so schien die eintretende konzeptionelle Ungewissheit, schien die gleichsam paradigmatische Erschütterung der Sozialwissenschaften die Suche nach neuartigen, nach angemessenen konzeptionellen Orientierungen zu befördern.[5] Eine solche, zunehmend akzeptierte Orientierung war eben „Transformation“, als theoretische, als begriffliche Fassung für diese auf die Agenda getretene Art sozialen Wandels. Unter diesem Dach etablierte sich so ein auf unterschiedliche Disziplinen ausstrahlendes Forschungsprogramm. Das Dach war allerdings eher Sammeletikett oder Passepartout, statt eindeutiges begriffliches Werkzeug; von Anfang an kam es zu divergierenden Interpretationen und anhaltend blieben viele Unklarheiten, Unschärfen. Von Zeit zu Zeit wurde die Totenglocke für das Forschungsprogramm geläutet, wurde es von unterschiedlichen ideologischen und politischen Richtungen attackiert, dann wiederum folgten erstaunliche Boom-Phasen.[6] Das hatte vielfältige Gründe, die hier nicht nachzuzeichnen sind – vielmehr verweisen sie über die vorliegenden Referierungen hinaus bereits auf weitere, aufzuarbeitende offene Forschungsfragen. Letztlich führte eine klare politische und ideologische Dominanz, die mit dem unterstellten „Sieg des Westens“ ihre starke Begründung fand, zu einer eindeutigen Interpretation, welche Transformation als eine (nachholende) An- und Einpassung an bzw. in Westeuropa bzw. die alte Bundesrepublik sah. In diesem Verständnis schienen politische Gestaltung, wissenschaftliche Interpretation und die Wahrheit kultureller, öffentlicher Diskurse zur Übereinstimmung zu kommen – als Begründung einer geltenden „Meistererzählung“.[7]

Da eine solche umfassende Dominanz kaum zu erschüttern ist, jeglicher Kritik ihre Legitimation abgesprochen oder diese in die Nische einer sogenannten „zweiten Kultur“ abgeschoben werden konnte,[8] sollten sich nunmehr noch offene Detailfragen auf institutionell gesichertem Fundament und quasi im fachwissenschaftlichen Normalverfahren bearbeiten lassen. Wie auch anders, mit einem deklarierten (Fukuyama) „Ende der Geschichte“? Erlangt schien eine ausreichende wissenschaftliche Reife bzw. eben eine Sättigungsgrenze. Dies wurde nach den vielfachen Irritationen und dem Auf und Ab der postsozialistischen Transformationsforschung, die zudem lange am Katzentisch arrivierter Wissenschaft bleiben musste, als verdienter Lohn der Mühen genommen[9]. Der dafür zu akzeptierende Preis lag in

---

4 Dazu liegt neben dem erwähnten Handbuch eine Reihe von systematischen Überblicken vor. Das schließt etwa unsere eigenen Bände in den Abhandlungen der Sozietät, die von Michael Brie seit 2015 herausgegebenen „Beiträge zur kritischen Transformationsforschung“, die seit 2005 von Rolf Reißig und Michael Thomas herausgegebenen „Texte aus dem Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien“ sowie Einzelpublikationen von Dieter Klein, Raj Kollmorgen, Rolf Reißig, Dieter Segert u.a. ein. Der Stand ist insgesamt gut dokumentiert.

5 Vgl. etwa Thomas (1992).

6 Dazu jüngst zusammenfassend Enders/Kollmorgen/Kowalczuk (2021); Kollmorgen (2020).

7 Das gilt in den angeführten Arbeiten weitgehend als unstrittig. Die Bezeichnung „Meistererzählung“ folgt der Interpretation von Jarausch/Sabrow (2002), welche deren besondere Rolle in der neueren historischen Diskussion reflektieren. Der Begriff spielt in der weiteren Debatte und bezogen auf Ostdeutschland eine systematische Rolle.

8 Die Meistererzählung war hier weniger offenes Deutungsangebot unter mehreren und letztlich auch nicht schlicht Mainstream, sondern gleichsam *Normalitätsmodus* für Wissenschaft schlechthin.

9 Bei dieser Fixierung eines „state of the art“ handelt es sich um eine idealtypische Zuspitzung nach Max Weber. Zudem werden drei Problemkomplexe, die sich nicht widerspruchslos unter diesem

der umrissenen paradigmatischen Grundfigur, einem so über die Wissenschaft hinaus gesetzten und als Meistererzählung über alle möglichen Kanäle verkauften Deutungsanspruch.

3 Doch noch offen und gehörig qualmend[10]

Statt nun dies als befriedigendes Fazit festzuhalten und nur in allen möglichen Details fortzuschreiben, gibt es seit einigen Jahren einen gleichsam konzertierten Affront gegen diese Art Mainstream bzw. die so verkündete Meistererzählung.[11] Insbesondere mit der immer offensichtlicher werdenden Erkenntnis, dass sich Ostdeutschland keinesfalls auf einem glatten und letztlich erfolgreichen Pfad der Einpassung in die bisherige Bundesrepublik befinden würde – was eben Kern der vom Mainstream betriebenen Gesellschaftsdeutung oder Meistererzählung ist –, sondern die hier ablaufenden Prozesse weit konfliktreicher, ambivalenter wären, sich neben ökonomischen vor allem politische und kulturelle Verwerfungen, ja Abstoßungen zeigen würden, kam es zu einer sich rasch ausbreitenden Kritik von Deutung bzw. Erzählung. Diese war zunächst vor allem durch politische Ereignisse wie Angriffe auf Migranten oder Wahlerfolge der AfD, einen sich ausbreitenden Populismus und Nationalismus hervorgerufen und verband sich zunehmend mit der Einsicht, dass solche Ereignisse eben nicht nur aus der Herkunft aus der DDR bzw. anderen in der früheren Geschichte wurzelnden Eigenheiten der Ostdeutschen zu erklären wären. Sie sind vielmehr auch mit den Brüchen und Umbrüchen des Einheitsprozesses verbunden. Folglich werden nicht nur Deutung und Erzählung fraglich, sondern mehr noch geraten die sie tragenden ökonomischen, sozialen und politischen wie kulturellen Prozesse in die Kritik.[12]

Die jüngere Zeitgeschichte, die sich mit einem erforderlichen minimalen Abstand und angesichts nunmehr verstärkt zugänglicher Archive diesen Umbrüchen in Ostdeutschland zuzuwenden begann, gab dem Ganzen noch eine besondere Pointe. Sie machte sozusagen die Kritik an der dargestellten Transformationsperspektive und Transformationsforschung zur konzeptionellen Klammer ihres eigenen Wissenschaftsprogramms: Statt einer linearen Verlaufsgeschichte den konzeptionellen Primat zu geben, würden Kontingenz und Ambivalenz ins Zentrum rücken: „*Die neue Meistererzählung heißt Differenzierung.*“ (Brückweh/Villinger/Zöllner 2020: 258.)

Dach fassen lassen, ausgespart: Transformationsforschung und Transformationsdebatte, soweit sie nicht dem Jargon dieser Meistererzählung folgen – also die Arbeiten einer international beachtlichen kritischen Transformationsforschung. Weiter ist die Neukonturierung des Transformationskonzeptes unter dem Gesichtspunkt erforderlicher Zukunftsgestaltung, eines sozial-ökologischen Umbaus, nicht einbezogen. Auch diese hat sehr unterschiedliche Konturen. Schließlich wäre zudem auf die Diffusion der Begrifflichkeit in nahezu alle Bereiche der politischen und öffentlichen Debatte hinzuweisen – Transformation ist heute alles („disruptiver Wandel“) – bis zur herausgehobenen Verwendung im neuen Koalitionsvertrag. Auf solche heterogenen Begriffsverwendungen sind wir mehrfach eingegangen.

10 So schließen Enders/Kollmorgen/Kowalczuk (2021: 60f.) ihre Übersicht zur postsozialistischen Transformationsgeschichte ab. „Die wissenschaftliche Zeitgeschichtsschreibung steht vor einem Forschungsfeld, das sich erst allmählich zu erschließen beginnt. […] Noch aber qualmt der historische Boden mächtig.“

11 Im Buch ist dies von Michael Thomas ausführlich dargestellt; für den Workshop wurde einleitend darauf hingewiesen. Zugleich war Clemens Villinger als einer der Vertreter dieser jüngeren zeithistorischen Debatte Inputgeber und Diskussionspartner auf dem Workshop. Das von Kerstin Brückweh, ihm und Kathrin Zöller herausgegebene Buch „Die lange Geschichte der ‚Wende‘. Geschichtswissenschaft im Dialog“ (2020) steht beispielhaft für diese Debatte.

12 Für ergänzende Ausarbeitungen zu den bereits angeführten (außerhalb der jüngeren Zeitgeschichte) vgl. auch: Bollinger/Zilkenat (2020); Hofmann (2020); Röseberg/Walter (2020).

All dies ist nunmehr bereits selbst zum Gegenstand der Reflexion geworden (vgl. die Arbeiten in FN 6). Auf dem Workshop wurde vor allem von Thomas Ahbe mit seinem thematischen Input auf die dominierenden und so problematischen geschichtspolitischen Weichenstellungen verwiesen, welche auf ein rasches „Überschreiben“ ostdeutscher Selbstaufklärungsprozesse durch westdeutsche Interprationsmuster hinauslief. Dieser hegemoniale Diskurs hätte über die spezifische Normalsicht „West“ seine Wurzeln zudem in milieuspezifischen Fremdheiten zwischen den westdeutschen Medienintellektuellen bürgerlicher 68er Kultur einerseits wie den ostdeutschen, eher „arbeiterlichen“ Akteuren andererseits. Damit mussten sich Verfestigung und längerfristige Wirksamkeit verbinden, kommen solche Deutungen immer wieder hoch. Wie bereits in einzelnen Buchbeiträgen (so etwa neben Thomas Ahbe von Ulrich Busch oder Yana Milev) konnte dies auch auf dem Workshop weiter belegt und untersetzt werden. Dem „Normalbild West“ wurde ein ideologisches „Zerrbild Ost“ gegenübergestellt. Daran ist durchaus zu erinnern, tauchen doch solche Stereotypen immer wieder auf. Inwieweit sich die neuen und aktiven Milieus jüngerer Generationen im Osten von solchen einseitigen Bildern befreien können, konsequent ihren eigenen Einstieg finden (wofür es gute Beispiele gibt) ist sicher eine offene Frage. Wenn man nicht einfach reflexartig auf eine Pauschalverteidigung „des Ostens“ oder „der Ostsicht“ setzt, sondern einen produktiven Dialog „auf Augenhöhe“ sucht, dann verstärkt sich eben die Forderung nach differenzierteren Perspektiven und Analysen nochmals. Es ist erfreulich konsequent, dass diese Frage, verbunden mit der Forderung nach öffentlich wirksamer Verantwortung ausdrücklich aus dem Kreis der zeitgeschichtlichen Forschung heraus artikuliert wird.

Das konnte Clemens Villinger auf dem Workshop nochmals unterstreichen, ohne allerdings damit auch verbundene Schwierigkeiten wissenschaftlicher „Resonanz“ zu verschweigen. So wurde ein Eindruck bestätigt, der sich vielfach bei Diskussionen um mehr öffentliche Wirksamkeit („citizen science“; „public sociology“) oder gezielte Transdisziplinarität einstellt – die Diskrepanz zu den Praktiken im institutionalisierten akademischen Bereich (zum Teil auch dem der Förderinstitutionen) ist erheblich; hier ist noch viel „Transformationsarbeit“ zu leisten. Gerade deshalb, weil die skizzierte zeitgeschichtliche Forschung – trotz überzeugender erster Arbeiten und konzeptioneller Ansätze, auf die Villinger verweisen konnte – „noch am Anfang stehen“ würde, sollten ihr hinreichende Optionen gegeben werden. Es geht im Grunde nicht nur darum, den sogenannten „Elfenbeinturm“ durchlässiger zu machen, sondern ihn abzureißen und so wissenschaftlicher Verantwortung ein Fundament zu bereiten.[13]

Ein Beispiel der gezielten Organisation oder Institutionalisierung von wissenschaftlicher Expertise und öffentlichem Diskurs stellte Judith Enders mit Verweis auf die Arbeit der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit“ dar. Einerseits ruft eine solche Kommission aus langjähriger Erfahrung einige Vorbehalte auf. Andererseits sah sich etwas Judith Enders selbst mit ihrer Arbeit und mit den in der Tat interessanten Ergebnissen bestätigt, dass sich so auch zum Teil festgefahrene Diskurse öffnen ließen.[14] Beispielsweise wurde im Ergebnis interner Interventionen tatsächlich der Blick auf die Vorgeschichte der Wende und somit die DDR ausgeweitet. Das belegen Studien und die angeführten

[13] Mit dem gewählten Tagungsort konnte Michael Thomas einleitend auf eine besondere Initiative hinweisen, die von 2006 über knapp zehn Jahre an eben der TU institutionell angebunden war und sich einer solchen Verantwortung verschrieben hatte, die „Neue Ostdeutschlandforschung“ (siehe: Berliner Debatte, Heft 5/2006). Aus dieser sind weitere Ausarbeitungen und Forschungsprojekte hervorgegangen.

[14] Auf eine Ergebnisform wurde bereits hingewiesen (Enders/Kollmorgen/Kowalczuk 2021). Neben Judith Enders war u.a. Raj Kollmorgen (Hochschule Zittau-Görlitz, Mitglied der Leibniz-Sozietät) als wissenschaftlicher Experte maßgeblich an der Kommission beteiligt.

Publikationen. Die eigentliche Prüfung dafür, die dann auch für die weitere Transformationsforschung bedeutsam sein könnte, liegt in dem beschlossenen „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“. Ein solches könnte über die vielen Einzelaktivitäten der Transformationsforschung „gut tun“. Nur müsste man dann, was offenbar in der Kommission in Ansätzen gelungen ist, allerdings von Ahbe an einem anderen Beispiel mit viel Skepsis thematisiert wurde, die eingeschliffenen Dominanzmuster und einseitigen Interpretationen zum Osten endgültig aufgeben. Das geschieht nicht im Selbstlauf. Insofern braucht es den *Streitfall*. Folglich verbinden sich fachwissenschaftlich-analytische mit wissenschaftspolitischen und wissenschaftsorganisatorischen Herausforderungen, ohne deren Einlösung die am Beispiel der jüngeren zeitgeschichtlichen Forschung skizzierte Öffnung der Debatte nur ein Strohfeuer bleiben würde. Auch darauf sollte, gerade aus einer eigentlich stärker gegebenen Verantwortungsübernahme der Leibniz-Sozietät heraus, die für transformationsspezifische Interdisziplinarität und Transdisziplinarität prädestiniert wäre,[15] hingewiesen werden.

Nun muss nicht auf alle Aspekte der (zeitgeschichtlichen) Kritik an einer dominierenden Transformationsperspektive eingegangen werden. Gerade weil diese mit ihren ersten und beachtlichen Ergebnissen noch am Anfang steht, wäre näher auf einzelne auch in der zeitgeschichtlichen Offerte angelegte oder auch drohende theoretische wie analytische Engführungen hinzuweisen. So beispielsweise darauf, dass eine bloße Ausweitung der Forschungsperspektive auf Ambivalenzen und lebensweltlich-alltagskulturelle Inkongruenzen gegenüber einer gesetzten Prozesslogik nachholender Anpassung, noch *keine wirklich andere* Erzählung gegenüber der kritisierten Meistererzählung hervorbringt. Damit könnte man zunächst einmal lediglich im „normalen“ Ritus der Zeitgeschichte verbleiben, nämlich Institutionengeschichte durch Personengeschichte ergänzen, von den großen Persönlichkeiten den Blick auf den Alltag der kleinen Leute lenken. Zudem würde man, wenn lediglich die zeitliche Verzögerung einer Anpassung im Sinn des bekannten cultural lag“ (Ogburn) thematisiert wird, im kritisierten linearen modernisierungstheoretischen Schema verbleiben. Das wird so keineswegs unterstellt, ist aber auch nicht aus der Luft gegriffen. Der geäußerte Anspruch, stärker Struktur und Praxis zusammenzubringen, oder eben dafür die konzeptionellen „Brücken“ zu finden, könnte durchaus auch disziplinübergreifende Anstrengungen zur Profilierung befördern, denn hier liegt zweifellos eine für Transformation und Transformationsforschung zentrale Herausforderung.[16] Diese sollte in der Emphase einer Entdeckung von Alltag und von Erzählen nicht unterschätzt werden. Ein Etikettentausch reicht nicht.

Ausdrücklich festzuhalten ist noch einmal aus der zeitgeschichtlichen Forschung, dass diese Ostdeutschland als einen relativ eigenständigen gesellschaftlichen Kontext begreift – beispielsweise mit dem Konzept einer *Übergangsgesellschaft* – der so auch eigensinnige Entwicklungen aufweisen kann, spezifische politische, aber auch soziale, kulturelle Wirkungen hervorrufen sollte und deshalb zugleich besondere Gestaltungsherausforderungen signalisiert. Es geht auch aus der Sicht der Zeitgeschichte um Handlungspotenziale. Damit lässt sich direkt zum zweiten systematischen Schwerpunkt überleiten.

---

15 Als mögliche und partiell so ausgewiesene Beispielfelder seien Energiewende und Digitalisierung genannt.

16 Dies spielt im Buch eine Rolle in den Beiträgen von Thomas und Walter, aber auch bereits in früheren thematischen Bänden aus unserem Arbeitskreis. Interessant hierfür ist jüngst auch Reckwitz/Rosa (2021).

4 Ein eigenständiger Wirkungskontext

Im kritisierten einseitigen Konzept von Transformation als nachholende Anpassung konnte und musste die widersprüchliche Realität Ostdeutschlands keine Rolle spielen. Und mehr noch galt dies für die DDR, die gleichsam in der „Stunde Null“ einer Übernahme verschwand. Angleichung war alles. Ostdeutschland und die DDR wurden erst dann thematisch aufgenommen, als sich die Anpassung als zunehmend schwierig zeigte. Dann aber (und konzeptionell folgerichtig) wurden sie als Ärgernis oder auch als Sündenbock wichtig. Es ließe sich über die angeführten Hinweise hinaus zeigen, dass diese einfache wie einseitige Interpretation noch bis in viele aktuelle Erklärungen gilt (siehe eben AfD). Dennoch hat das Bild, auch mit den angeführten kritischen Initiativen, etwas vom Schwarz-Weiß verloren. Sowohl für die voraussetzungsvollen Übergänge aus der DDR wie für die ostdeutsche Transformationsgesellschaft hat sich unter den Leitbegriffen von Ambivalenz, Kontingenz oder Heterogenität die Perspektive geweitet. Zweifellos hängt das auch mit vielen sozialen, kulturellen und durchaus auch ökonomischen Entwicklungen in ostdeutschen Regionen zusammen, die sich längst nicht mehr als Angleichung oder Anpassung interpretieren lassen.[17]

Insofern ist mittlerweile ein recht breites Diskussionsfeld aufgemacht, zum Teil gibt es diesbezüglich bereits wissenschaftlich gut bearbeitete Beispiele und bemerkenswerte Initiativen verschiedener Stiftungen. Das bereits erwähnte „Zentrum für Transformationsforschung“ müsste eben vor allem diesbezüglich seine Impulse setzen. Dennoch haben bisher ignorante oder einseitige Leitperspektiven zu erheblichen Lücken und auch zu Fehlinterpretationen geführt und ist ein markanter Bias auszumachen zwischen den Fragen nach weitergehender Transformation – ob nun als „Große Transformation“, sozial-ökologischem Umbau oder Postwachstum – und so zu gestaltender Zukunftsaufgaben einerseits, und andererseits den Fragen nach Status und Platz Ostdeutschlands dabei.[18] Beide Fragen scheinen sich auszuschließen, oder anders: Ostdeutschland bleibt anhaltend ein ökonomischer Problemfall und wird politisch wie kulturell zunehmend eine Blockade. Vor diesem Hintergrund ist die Durchsetzung einer neuen Perspektive kein Selbstläufer. Vor allem auch deshalb, weil sie erst dann zu Handlungsermächtigung wird und Gestaltungsoptionen definieren kann, wenn sie sich einer Kritik der Defizite (sowohl der DDR wie Ostdeutschlands) nicht verschließt, sondern tatsächlich Ambivalenz stark macht und eben über solche Defizite nicht die Möglichkeiten übersieht. Das definiert den intellektuellen Auftrag für Transformationsforschung. Um eine solche geht es also aus naheliegenden Gründen.

Damit ist der Kern des zweiten Themas benannt: Was wäre eigentlich so interessant an der Geschichte Ostdeutschlands und der DDR, dass eine ausbleibende Thematisierung nicht nur dem Fall nicht „gerecht“ werden würde, sondern für die benannten Fragen der Zukunftsgestaltung[19] eine empfindliche Leerstelle bedeuten müsste?

Diese Fragen wurden verschiedentlich in unserem Arbeitskreis diskutiert und finden sich so in einigen der vorliegenden Arbeiten wie unter anderem in kooperativen mit der Rosa-

---

[17] Eine der ersten Stellungnahmen dazu ist Links/Volke (2009). Jüngst setzte ein Artikel in der Sächsischen Zeitung von Grit Lemke die treffende Überschrift: „Lasst uns im Osten doch mal selber machen“ (SZ, 16/17. Oktober 2021, S. 6). Hinzuweisen wäre auch auf das Projekt „Neulandgewinner“ der Robert-Bosch-Stiftung u.a.

[18] Das betrifft nicht nur Ostdeutschland, das sei nochmals unterstrichen. Dazu auch Dieter Segert (2013): Transformation Osteuropas im 20. Jahrhundert, Kirsten Ghodsee/Mitchell A. Orenstein (2021): Taking Stock of Shock: Social Consequences of the 1989 Revolutions.

[19] Siehe beispielsweise aus einer jüngeren philosophischen Debatte mit einigen diesbezüglich interessanten Beiträgen Narthex. Heft für radikales Denken: Und der Zukunft zugewandt, Vol. 6/2020.

Luxemburg-Stiftung und dem BISS e.V. (vgl. auch FN 4). Darüber hinaus ist bemerkenswert, wie engagiert sich seit einigen Jahren eine Gruppe von Wissenschaftler*innen aus dem Kontext alternativer ökonomischer Ansätze bzw. der ökologischen Wirtschaftsforschung genau diesen Fragen stellt. Sie haben dazu eine Reihe von Ausarbeitungen vorgelegt und sind wissenschaftspolitisch aktiv: Es geht darum, den blinden Fleck einer zu einseitig westzentrierten Postwachstums- bzw. Degrowth-Forschung und -Bewegung zu beseitigen. Insofern war eine direkte Kooperation ein deutlicher Gewinn für Buchprojekt und Workshop; auch hiermit lassen sich Folgeerwartungen verbinden. Dass sich so zugleich eine Schnittmenge mit der zeitgeschichtlichen Forschung ausmachen lässt, sollte als (angestrebte) Nebenfolge des Workshops verbucht werden und kann, wie noch zu zeigen ist, die Transformationsforschung befruchten. Auf dem Workshop wurden zwei systematische Schwerpunkte diskutiert.

Einmal geht es um konzeptionelle Ansätze der sozialistischen Planwirtschaft, die für Fragen nach der zukünftigen wirtschaftlichen Gestaltung und vor allem nach Alternativen zum zerstörerischen kapitalistischen Modus von Relevanz sind. Das betrifft etwa die Frage nach der Art und Weise von Planung, das betrifft dann die nach der sozialistischen Produktionsweise. Beides greift wissenschaftliche und politische Konzepte wie damit verbundene Erfahrungen auf. Beispielsweise lassen sich mögliche Konzepte für Zukunftsgesellschaften, in dem Fall von Degrowth-Gesellschaften dadurch profilieren.[20] Gerrit von Jorck hat das mit Rückgriff auf die Sozialismus- und Transformationsanalysen von János Kornai gezeigt. So lässt sich einerseits gegen einseitige Suffizienzorientierungen, die dann auf eine Mangelwirtschaft hinauslaufen könnten, einwenden, dass eben Mangelwirtschaften paradoxerweise strukturell und folgelogisch Verschwendung mit sich bringen (Knappheit und Horten von Waren). Dies kann in Degrowth-Ansätzen mit dezentralen Koordinierungsformen (z.B. commons) vermieden werden. Insofern lässt sich ein systematisches Verständnis dafür gewinnen, dass eben eine zukunftsfähige Degrowth- oder Postwachstumsgesellschaft weder eine einfache Spielart des Kapitalismus noch eben eine solche des Sozialismus sein kann. Der erforderliche Bruch schließt aber zugleich den Blick auf Übergangsphänomene ein, so eben differenzierte Planungs- und Eigentumsformen.

Hier schließen zugleich andere Debatten an, die sich von denen um Degrowth und Postwachstum unterscheiden, aber ein identisches Problem bearbeiten. Wenn nämlich, wie auf dem Workshop von Rainer Land getan, nach hinreichend differenzierten und komplexen „Einbettungen“ der Wirtschaft mit dem Ziel gefragt wird, tatsächlich Präferenzen für nachhaltiges, zukunftsfähiges Wirtschaften zu implementieren, dann kann hierzu etwa sinnvoll auf Erfahrungen sozialistischer Reformüberlegungen zurückgegriffen werden. Was nämlich mit dem Konzept einer „gelenkten Marktwirtschaft“, wie es beispielsweise bei Mazzucato[21] vertreten wird, erreicht werden soll, nämlich genau diese Präferenzänderung für Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung, zielt auf komplexe Formen von „Einbettung“. Dem Staat kommt eine besondere Verantwortung zu (als eine „innovative Organisation“), es ist aber das demokratische Zusammenspiel von Wirtschaft, Staat und Bürgergesellschaft, dem erst ein Umlenken der Werte mit der Praxis kollaborative Wertschöpfung auf öffentliche Interessen und auf die von Planet und Menschheit gelingen könne. Diese attraktive Perspektive, für welche freilich auch in der genannten Arbeit die Frage nach dem Wie? eher offen bleibt, kann durchaus direkt auf Debatten um Wirtschaftsreformen (NÖS) in den späten 1960er

---

[20] Die Konzepte von Degrowth oder Postwachstum selbst waren nicht Gegenstand auf dem Workshop. Dazu liegen anderen Arbeiten vor. Es ging um den thematischen Brückenschlang bzw. die „Leerstelle Ost“.

[21] Siehe dazu etwa Mazzucato (2021).

Jahren in den sozialistischen Ländern (insbesondere die Reformbewegung in der ČSSR) bezogen werden. Praktische Versuche, die zu starre Planung aufzubrechen, die eigenständige Rolle wirtschaftlicher Subjekte wie der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen, sind konzeptionell ebenso informativ wie ihr Scheitern aufschlussreich ist. Andererseits lohnt dann genau aus diesen Gründen, worauf Land aufmerksam machte, der direkte Vergleich mit dem besonderen Transformationsfall China, für welchen sich Praktiken einer „gelenkten Marktwirtschaft“ aufzeigen lassen. Insofern wird dabei zugleich ein herausfordernder transformationsspezifischer Bogen gesetzt und erweist sich, dass die vertiefende Fallanalyse keinesfalls bedeuten muss, auf Fallvergleiche zu verzichten. Eher liefert sie dafür solide Voraussetzungen.

Ein zweiter Aspekt betrifft vorliegende Erfahrungen und alltägliche Praktiken aus dem Sozialismus und den postsozialistischen Übergangsgesellschaften. Lilian Pungas ging dabei vor allem auf solche Beispiele aus Estland ein. Es geht aber auch hier nicht allein um die einzelnen Beispiele, so etwa die von ihr ausführlich und sehr plausibel diskutierten Praktiken von Selbstversorgung in Kleingärten, wenngleich solche nicht nur unter den gegenwärtigen Pandemiebedingungen größere Aufmerksamkeit erfahren. Es geht um eine Vielzahl ähnlicher Erfahrungen und Praktiken – verweisen ließe sich auf Ansätze der Kreislaufwirtschaft, auf den Stellenwert des Reparierens, auf lokale Unterstützungs- und Versorgungseinrichtungen bzw. diesbezügliche Praktiken etc. Solche entziehen sich häufig dem wissenschaftlichen Zugriff – sie liegen unterhalb bzw. außerhalb von Messinstrumenten und Kategorien quantitativer Untersuchungen –, und sie erfahren gegenüber vergleichbaren in modernen, urbanen westlichen Zentren ihre Abwertung: Urban gardening ist schick, Suffizienz im Kleingarten jedoch altmodisch. Die Referentin sprach demgegenüber von einer „stillen Nachhaltigkeit“[22].

Erfahrungen und Praktiken bringen also einmal Handlungsfähigkeiten und Handlungspotenziale in den Blick, die unter dem Radar von An- und Einpassung verschwinden. Es geht um eine hinreichende Blicköffnung, die entsprechende Anforderungen stellt an wissenschaftlich-analytische Konzepte. Es geht aber dann vor allem auch um politische Gestaltungskonzepte, eben im Kontrast zum engen Nexus zwischen wissenschaftlicher Sicht und politischer Gestaltung im Konzept nachholender Modernisierung. Es ist durchaus ein zweifelhaftes Paradoxon, dass gerade eine deutlich gesellschaftskritische und linke Sicht auf Ostdeutschland nahezu ungebrochen einem solchen nachholenden Angleichungsmodus folgt. Differenzierte Gestaltungsfragen verschwinden demgegenüber. Im Gegenzug aber können solche Erfahrungen und Praktiken, wie sie eben hier von Lilian Pungas aufgezeigt wurden, transformative Potenziale sein, gleichsam erste verfügbare Lösungsansätze. Sie eröffnen neue Handlungsmöglichkeiten und umsetzbare Entwicklungsperspektiven. Offensichtlich stellen sich hier unmittelbar Fragen nach regionaler, nach lokaler Entwicklung, nach diesbezüglich wirksamen „sozialen Innovationen“ und erforderlichen ökonomischen Grundlagen.[23] Es geht eben um praktikable Auswege aus einer übersteigerten Wachstums- und Beschleunigungslogik (Rosa). Dafür kann man sich allerdings den Osten oder Ostdeutschland wohl nicht als „blinden Fleck“ leisten (erwähnt sei nur nochmals der Strukturwandel in der Lausitz), und damit verbinden sich die anstehenden Transformationsherausforderungen. So lässt sich zum dritten Themenkomplex überleiten.

---

[22] Diese Erfahrung macht man immer wieder in direkter Begleit- und Projektarbeit. So auch ein Aktivist aus der Umweltbewegung der DDR: „Also es kommt etwas von Leuten, die sich da eigentlich nicht für zuständig halten, und die schließlich effektiver und umweltfreundlicher leben als mache wohlhabenden Umweltschützer und Globalisierungsgegner.“ (Gensichen 2005, hier zitiert nach Kowalsczuk/Ebert/Kulick (2021: 409).

[23] Vgl. hierzu etwa: Foundational Economy Collective (2019); Barlösius (2019).

5 Transformation – ein offenes Feuer

Die zeithistorische Debatte war, wie aufgezeigt, mit einer dezidierten Kritik an Transformationsforschung und der Transformationsperspektive (oder Meistererzählung) eingestiegen. Insofern ist es nur folgerichtig, worauf einleitend in den Workshop hingewiesen wurde, diese Kritik aus Sicht der Transformationsforschung auch zum Anlass zu nehmen für Selbstreflexion und sie vor allem konstruktiv zu wenden in eine Aufforderung zum Dialog. Mit beiden dargestellten Schwerpunkten und aus den beiden skizzierten wissenschaftlichen Zugängen, also Zeitgeschichte und ökologischer Wirtschaftsforschung, sind mögliche Ansatzpunkte aufgezeigt. Die Diskussion wurde begonnen, nunmehr und abschließend sind in den bisher verfolgten thematischen Grenzen einige übergreifende Linien aufzuzeigen. Konsequenzen würden weit über den Fall und die angeführten Themen hinausgehen, und diesbezüglich ließe sich eine breite Debatte nachzeichnen. Das ist aber nicht der Zweck, es sollen vielmehr einige konkrete Zugänge zum Themenfeld abgesteckt werden.

Die zeithistorische Forschung ist aus ihrem wissenschaftlichen Selbstverständnis heraus gezwungen, sich die Frage zu stellen, wie mit dem umfangreichen materialen Fundus der Transformationsforschung (es sei nur daran erinnert, dass der ostdeutsche Fall übereinstimmend als der sozialwissenschaftlich „besterforschte“ gilt) umzugehen ist. Es handelt sich ja nicht nur um nackte Daten, sondern um erhobene, interpretierte. Insofern ist die Frage, was die Transformationsforschung wie gemacht hat, zentral. Mit der Kritik an der „Meistererzählung“ macht die Zeitgeschichte darauf aufmerksam, dass eine ganze Reihe von Phänomenen nicht in den Blick genommen wurde, also auch am besterforschten Fall analytisch „nachzuarbeiten“ ist. Das betrifft eben Alltag, Lebenswelt, unterschiedliche praktische Logiken und Prozesse, bis zu einer für diese relevanten längeren Vorgeschichte der Wende. Damit sollten (oder müssten) sich dann nicht nur Verfeinerungen der Analyse und tiefere Erkenntnisse ergeben, sondern durchaus neue, weiterführende. Ganz im Sinn einer von ihr oft geforderten „Problemgeneseforschung“ (Hockerts), also der zeithistorischen Aufschlüsselung aktueller Konstellationen.

Um hierbei wirklich konsequent aus dem Schatten der kritisierten Großkonzepte zu treten, sollte sich die Zeitgeschichte stärker auch alternativen Ansätzen der frühen Transformationsforschung zuwenden. Bei aller Schwäche, die auch diese haben, sind sie doch häufig und weit stärker und zudem empirisch auf die Dimensionen ausgerichtet, die als defizitär benannt werden (also etwa Alltag, Lebenswelt) und haben sie zudem in einigen Fällen auch komplexe Übergangsprozesse aus der DDR zum Gegenstand. Eine darauf gerichtete kritische Einschätzung hätte so einen breiteren Materialfundus (das sollte auch vorliegende Untersuchungen aus bzw. zur DDR einschließen)[24] und könnte so tatsächlich das Transformationsfeld ausmessen. Damit wären wohl auch häufig kolportierte Einschätzungen zu korrigieren, die von einer „theorielosen, bloß empirischen“ frühen Transformationsforschung bzw. von einem „ausbleibenden Theoriesprung“ reden. Viele dieser Forschungen waren durchaus gut begründet, „passten nur nicht“ in das modernisierungstheoretische Schema. Und ein Theoriesprung konnte mit diesem dominanten Schema nicht gelingen. Auch hier geht es zweifellos nicht nur um Aspekte historischer Reflexion; ebenso lassen sich Anregungen finden für die aktuelle wissenschaftliche Debatte, etwa die um Alltag, Lebenswelt und Praxis. Diese Debatte hatte für beide Themenfelder des Workshops eine Rolle gespielt. Insofern also könnte der „Streitfall“ wiederum produktiv für beide Perspektiven bzw. die jeweils unterschiedlichen Disziplinen werden.

---

[24] In der Debatte wird häufig auf die Untersuchungen von Niethammer verwiesen. Naheliegend wäre noch eine Reihe anderer – also, „es qualmt noch mächtig!“

Die zeithistorische Forschung stellt die Debatte um gesellschaftliche Umbrüche und Transformation in einen epochalen Zusammenhang, der mit einem gleichsam „revolutionären Bruch“ in den späten 1970er Jahren beginnt. Dies ist zwar eine Auffassung, die längere Zeit bereits in unseren eigenen Forschungen,[25] etwa der erwähnten Neuen Ostdeutschlandforschung oder den Debatten um die Moderne, vertreten wurde, die aber für die bisherige postsozialistische Transformationsdebatte kaum eine Rolle spielt. Im Detail gehen die Interpretationen auch hier relativ weit auseinander, übergreifend lässt sich ihr herausfordernder Kern darin sehen, dass sich aus diesem Bruch die „Problemgenese“ für das bestimmen lässt, was dann eben für den historischen Kontext als „Transformation“ zu verhandeln ist. Es geht nicht um einen weiteren Zyklus kapitalistischer Entwicklung zwischen „Entbettung“ und „Einbettung“. Es geht um das sich seit dieser Zeit immer stärker abzeichnende Erfordernis, einen Ausweg aus dem eskalierenden kapitalistischen Entwicklungsmodus zu finden. Dies gilt für die zusammengebrochenen realsozialistischen Gesellschaften ebenso wie für den weiterlebenden Kapitalismus. In der Konsequenz wirft eine solche Interpretation einige neue Fragen auf. So etwa verlieren die voraussetzungsvollen Umbrüche nach 1989 zwar keinesfalls ihre Relevanz – das ist mit dem Hinweis auf die Übergangsgesellschaft als Wirkungskontext aufgezeigt –, sie sind aber als Transformation „nur“ Teilprozesse einer umfassenderen und weitergehenden. Aber genau darin liegt ihre aktuelle Relevanz, wie für den Workshop dargestellt. Insofern ist es nicht nur wichtig, mit einer nach wie vor „gängigen“ Schematisierung der Übergangsprozesse in Ostdeutschland zu brechen, welche unter Transformation eine Folgephase vorausgehender Transition sieht, also den „Beginn“ mit Institutionenübertragung setzt und dem Transformationsprozess so sein zentrales Moment – nämlich den voraussetzungsvollen Übergang – nimmt: Mit der „Stunde-Null-Metapher“ wird nicht gebrochen.[26] Das sich eben das „transformationsspezifische Moment“ am ostdeutschen Fall auf alltägliche Praktiken verlagern musste, war eine gleichsam für die frühe kritische Transformationsforschung konstitutive Einsicht und kann somit nochmals eine Dialogstelle mit der zeithistorischen Forschung markieren.

Wichtig ist ebenso, den Gedanken der Ambivalenz ernst zu nehmen und konzeptionell zu unterscheiden zwischen denjenigen Prozessen (also auch Erfahrungen und Praktiken), denen einen weitergehende Transformationsrelevanz zukommt (wie mit einigen Beispielen auf dem Workshop gezeigt) und denjenigen, die eher den nachholenden Modus oder das neoliberale Experimentierfeld exekutieren (mit welchen Folgen auch immer). Das aber hätte über die Tatsache hinaus, dass Aussagen zur Transformation für den ostdeutschen Fall zu spezifizieren wären, auch Anregungen für einen weiterführenden Dialog mit der zeithistorischen Forschung wie eben auch für die aktuelle Transformationsforschung und Transformationsdebatte. Wenn nämlich in jüngerer Zeit zunehmend die „Rückwirkung des Ostens auf den Westen“ als bisher weitgehend vernachlässigte Folge der Umbrüche von 1989 thematisiert wird, eine damit sich abzeichnende und zu untersuchende „Kotransformation“[27] auf die wissenschaftliche Agenda gebracht wird, dann ist das zweifellos eine wichtige Korrektur an den Einseitigkeiten der bisherigen Transformationsforschung. Abgehoben wird damit auf die Auswirkungen der im Osten nach 1989 durchgeführten neoliberalen „Experimente“ auf den Westen und auf damit sich verkomplizierende Herausforderungen. Vor allem geht es also um Transformationsblockaden. Anschließend an die hier diskutierte

---

25 Vgl. hierzu etwa Busch/Land (2013); Brie/Klein (1991). Im Rahmen der Ostdeutschlandforschung war das mehrfach Diskussionspunkt zwischen dieser und der Zeitgeschichte.

26 Eine durchaus interessante Studie von Schroeder/Buhr (2021) nimmt leider diese politikwissenschaftliche Engführung der Perspektive von Holtmann auf und begrenzt sich damit doch.

27 Diesbezüglich wird auf die Arbeiten von Philipp Ther (2014; 2019) verwiesen.

Schwerpunktsetzung würde jedoch Kotransformation eher bedeuten, mit Blick auf die anstehenden und übergreifenden Transformationen vor allem der modernen kapitalistischen Gesellschaften gezielt die zum Teil verborgenen transformativen Potenziale des Ostens zu berücksichtigen. Der Transformationsperspektive würde dies eine größere Eindeutigkeit geben. Der „Streitfall Ostdeutschland“ wäre kein provinzieller Einzelfall, sondern hätte seine markanten, relevanten Eigenheiten in einem umfassenderen Transformationsgeschehen. Buch und Workshop sollten hinreichende Argumente und aufzugreifende Anregungen gebracht haben.

Bibliographie

Barlösius, Eva (2019): *Infrastrukturen als soziale Ordnungsdienste. Ein Beitrag zur Gesellschaftsdiagnose*. Frankfurt a.M./New York: Campus.

Bollinger, Stefan/Zilkenat, Reiner (Hrsg.) (2020): *Zweimal Deutschland. Soziale Politik in zwei deutschen Staaten – Herausforderungen, Gemeinsamkeiten, getrennte Wege*. Buskow bei Neuruppin: edition bodoni.

Brie, Michael/Klein, Dieter (Hrsg.) (1991): *Umbruch zur Moderne? Kritische Beiträge*. Hamburg: VSA-Verlag.

Brückweh, Kerstin/Villinger, Clemens/Zöller, Kathrin (Hrsg.) (2020): *Die lange Geschichte der ‚Wende‘. Geschichtswissenschaft im Dialog*. Berlin: Ch. Links Verlag.

Busch, Ulrich/Land, Rainer (2013): *Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010*. Norderstedt: Books on Demand.

Enders, Judith/Kollmorgen, Raj/Kowalczuk, Sascha-Ilko (Hrsg.) (2021): *Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung*. Frankfurt a.M./New York: Campus-Verlag.

Foundational Economy Collective (2019): *Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik*. Berlin: Suhrkamp.

Ghodsee, Kirsten/Orenstein, Mitchell A. (2021): *Taking Stock of Shock: Social Consequences of the 1989 Revolutions*. Oxford: Oxford University Press.

Hofmann, Michael (Hrsg.) (2020): *Umbruchserfahrungen. Geschichten des deutschen Wandels von 1990 bis 2020 erzählt von ostdeutschen Sachverständigen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Jarausch, Konrad H./Sabrow, Martin (2002): *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht Verlag.

Kollmorgen, Raj (2020): „Eine ungeahnte Renaissance? Zur jüngsten Geschichte der Transformations- und Vereinigungsforschung“. *Jahrbuch Deutsche Einheit*, hrsg. v. Marcus Böick, Constantin Goschler, Ralf Jessen. Berlin: Ch. Links Verlag, 46 – 72.

Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015): *Handbuch Transformationsforschung*. Wiesbaden: Springer.

Kowalsczuk, Ilko-Sascha/Ebert, Frank/Kulick, Holger (Hrsg.) (2021): *(Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews*. Teil I – *Gegenwart und Zukunft*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Krastev, Ivan/Holmes, Stephen (2019): *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung*. Berlin: Ullstein.

Links, Christoph/Volke, Kristina (Hrsg.) (2009): *Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland*. Berlin: Ch. Links Verlag.

Mazzucato, Mariana (2021): *Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.

Reckwitz, Andreas/Hartmut Rosa (2021): *Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie?* Berlin: Suhrkamp.

Röseberg, Dorothee/Walter, Monika (Hrsg.) (2020): *Die DDR als kulturhistorisches Phänomen zwischen Tradition und Moderne*. (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 63). Berlin: trafo-Verlag.

Schroeder, Wolfgang/Buhr, Daniel (2021): „30 Jahre Transformation und Vereinigung – Forschungsstand, gesellschaftliche Problemlagen, Gestaltungsperspektiven“. *Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung*, hrsg. von Judith Enders/Raj Kollmorgen/Sascha-Ilko Kowalczuk. Frankfurt a.M./New York: Campus-Verlag, 77 – 158.

Segert, Dieter (2013): *Transformation Osteuropas im 20. Jahrhundert*. Stuttgart: UTB.

Ther, Philipp (2014): *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent*. Berlin: Suhrkamp.

Ther, Philipp (2019): *Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation*. Berlin: Suhrkamp.

Thomas, Michael (Hrsg.) (1992): *Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozess*. Berlin: Akademie-Verlag.

Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.) (2021): *Streitfall Ostdeutschland. Grenzen einer Transformationserzählung*. (Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 72). Berlin: trafo-.

E-Mail-Adresse des Verfassers: Thomas.Micha@t-online.de